

Bericht über die Prüfung des Gesamtabchlusses der Stadt Duisburg zum 31.12.2016

Inhaltsverzeichnis

I	Allgemeines	1
II	Grundsätzliche Feststellungen	2
1	Stellungnahme zur Lagebeurteilung des Oberbürgermeisters	2
2	Weitere grundsätzliche Feststellungen und Empfehlungen	8
III	Gegenstand, Art und Umfang der Prüfungsdurchführung	9
IV	Erläuterungen und Feststellungen zur Gesamtabchlussrechnungslegung	11
1	Konsolidierungskreis und Gesamtabchlussstichtag	11
2	Gesamtabschlussrichtlinie	12
3	Konsolidierungssoftware	13
4	Saldenabstimmung	14
5	Ordnungsmäßigkeit der in den Gesamtabschluss einbezogenen Abschlüsse	16
6	Ordnungsmäßigkeit des Gesamtabchlusses	21
V	Bestätigungsvermerk	24
	Anlagen	25
Anlage 1	Gesamtbilanz	
Anlage 2	Gesamtergebnisrechnung	
Anlage 3	Gesamtanhang	
Anlage 4	Gesamtlagebericht	

Abkürzungsverzeichnis

DRS	Deutsche Rechnungslegungs Standards
GemHVO NRW	Gemeindehaushaltsverordnung Nordrhein-Westfalen
GO NRW	Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen
GoB	Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung
GPA NRW	Gemeindeprüfungsanstalt Nordrhein-Westfalen
HGB	Handelsgesetzbuch
Handreichung	NKF in Nordrhein-Westfalen, Handreichung für Kommunen, 7. Auflage (Oktober 2016)
IDW	Institut der Wirtschaftsprüfer in Deutschland e.V.
IMD	Immobilien-Management Duisburg
MIK	Ministerium für Inneres und Kommunales NRW
IKS	Internes Kontrollsystem
KB	Kommunalbilanz
vAB	verselbständigte Aufgabenbereiche
WBD-AöR	Wirtschaftsbetriebe Duisburg - Anstalt öffentlichen Rechts

I Allgemeines

Die Aufstellung und Prüfung des Gesamtabchlusses, der dem Konzernabschluss in der Privatwirtschaft entspricht, erfolgt nach kommunal- und privatrechtlichen Regelungen wie der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW), der Gemeindehaushaltsverordnung Nordrhein-Westfalen (GemHVO NRW) und dem Handelsgesetzbuch in der „alten“ Fassung vom 25.05.2009 (HGB (a. F.)). In § 116 GO NRW wird präzisiert, aus welchen Komponenten ein Gesamtabchluss besteht und welche verselbständigten Aufgabenbereiche (vAB) in öffentlich-rechtlicher oder privatrechtlicher Form (u. a. eigenbetriebsähnliche Einrichtungen, GmbH, Stiftungen) einzubeziehen sind, um ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzgesamtlage der Gemeinde zu vermitteln. Er soll somit Rechenschaft über die tatsächliche Aufgabenerledigung und die wirtschaftliche Entwicklung der Gemeinde unter Einbeziehung der vAB ablegen. Zur eigentlichen Konsolidierung sind die nach § 50 GemHVO NRW anzuwendenden Regelungen des HGB (a. F.) maßgeblich.

Der Gesamtabchluss ist nach § 116 Abs. 6 GO NRW in Verbindung mit § 101 Abs. 2 bis 8 GO NRW vom Rechnungsprüfungsausschuss zu prüfen. Dieser bedient sich zur Durchführung der Prüfung der örtlichen Rechnungsprüfung (vgl. § 101 Abs. 8 und § 103 Abs. 1 Nr. 3 GO NRW). Die Prüfung erfolgt dahingehend, ob der Gesamtabchluss ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzgesamtlage der Gemeinde unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung (GoB) ergibt.

Der Gesamtabchluss besteht aus der Gesamtbilanz, der Gesamtergebnisrechnung, dem Gesamtanhang und ist um einen Gesamtlagebericht zu ergänzen. Der Gesamtlagebericht ist dahingehend zu prüfen, ob er im Einklang mit dem Gesamtabchluss steht. Der jährlich zu erstellende Beteiligungsbericht ist nach § 117 GO NRW und § 49 GemHVO NRW beizufügen, ist aber nicht Gegenstand der Prüfung.

Der von der Stadtdirektorin/Stadtkämmerin aufgestellte und vom Oberbürgermeister am 27.02.2018 bestätigte Entwurf des Gesamtabchlusses 2016 (DS 18-0215) ist dem Rat der Stadt in seiner Sitzung am 05.03.2018 vorgelegt und zur Prüfung an den Rechnungsprüfungsausschuss überwiesen worden.

Das Rechnungsprüfungsamt (RPA) prüft den Gesamtabchluss nach § 103 Abs. 1 Nr. 3 GO NRW als gesetzliche Pflichtaufgabe.

Im Auftrag des Rechnungsprüfungsausschusses wurde das Ergebnis der Prüfung in einem Prüfbericht und einem Bestätigungsvermerk zusammengefasst. Der Bestätigungsvermerk ist gemäß § 116 Abs. 6 GO NRW in Verbindung mit § 101 Abs. 7 GO NRW von dem Vorsitzenden des Rechnungsprüfungsausschusses zu unterzeichnen.

II Grundsätzliche Feststellungen

1 Stellungnahme zur Lagebeurteilung des Oberbürgermeisters

Inhalt

Der Gesamtabschluss ist durch einen Gesamtlagebericht zu ergänzen (§ 116 Abs. 1 GO NRW). Der Gesamtlagebericht gemäß § 51 GemHVO NRW ist daraufhin zu prüfen, ob er mit dem Gesamtabschluss in Einklang steht und seine sonstigen Aussagen ein korrektes Bild der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzgesamtlage der Gemeinde einschließlich der vAB vermitteln.

Dazu sind in einem Überblick der Geschäftsablauf mit den wichtigsten Ergebnissen des Gesamtabchlusses und die Gesamtlage in ihren tatsächlichen Verhältnissen darzustellen. Außerdem hat der Gesamtlagebericht eine ausgewogene und umfassende, den Umfang der gemeindlichen Aufgabenerfüllung entsprechende Analyse der Haushaltswirtschaft der Gemeinde unter Einbeziehung der vAB und der Gesamtlage der Gemeinde zu enthalten. Dabei ist auch auf die Chancen und Risiken für die künftige Gesamtentwicklung der Gemeinde einzugehen; zu Grunde liegende Annahmen sind anzugeben.

Der Gesamtlagebericht im Gesamtabschluss 2016 enthält folgende Kernaussagen zur Vermögens- und Schuldengesamtlage des Konzerns Stadt Duisburg:

1. Rahmenbedingungen (Anlage 4, S. 3 ff.)
2. Auflistung ausgewählter verselbständigter Aufgabenbereiche nach Aufgabengebieten (Anlage 4, S. 5 ff.)
3. Informationen zu Vorgängen von besonderer Bedeutung (Anlage 4, S. 8 ff.)
4. Informationen zur Ertragslage sowie zur Vermögens-, Schulden- und Finanzlage (Anlage 4, S. 10 ff.)
5. Risiko-, Chancen- und Nachtragsbericht (Anlage 4, S. 17 ff.)
6. Analyse der haushaltswirtschaftlichen Gesamtsituation auf der Grundlage von Kennzahlen (Anlage 4, S. 26 ff.)
7. Wesentliche Veränderungen und Entwicklungen der Beteiligungen in 2016 auf einen Blick (Anlage 4, S. 30).

Der Gesamtlagebericht der Stadt Duisburg (Anlage 4 dieses Berichtes) entspricht den gesetzlichen Anforderungen.

Der Gesamtlagebericht 2016 enthält erstmals einen eigenen Berichtsteil „Ausblick und Prognose“, der die Darstellung von Chancen und Risiken der Stadt Duisburg im Einzelabschluss bzw. einzelner, ausgewählter vAB enthält. Die Besonderheiten mit Risiken einzelner vAB sind gut dargestellt. Hier wird auch erläutert, dass z. B. das Zinsänderungsrisiko der Kernverwaltung bedingt durch die hohen Kassenkredite ein Risiko für das Gesamtergebnis darstellt. Die Darstellung der Gewichtung/Bedeutung könnte in den Folgejahren noch deutlicher dargestellt werden, z. B. welche Bedeutung hat das Zinsrisiko von 1 % / 16 Mio. EUR auf das Gesamtergebnis. Gleiches gilt für die vAB.

Auf eine Angabe am Schluss des Gesamtlageberichtes gemäß § 116 Abs. 4 GO NRW (Verwaltungsvorstand und Ratsmitglieder, Angaben zu Name, Beruf, Mitgliedschaften in Aufsichtsräten etc.) wurde auch in 2016 verzichtet, da sie Bestandteil des Einzelabschlusses der Kernverwaltung ist.

Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzgesamtlage der Stadt Duisburg

Das konsolidierte Gesamtjahresergebnis beträgt 55,905 Mio. EUR. Das positive Jahresergebnis ist insbesondere auf das Ergebnis des DVV-Konzerns (40,523 Mio. EUR) zurückzuführen; auch das Immobilien-Management Duisburg (IMD, 21,078 Mio. EUR) sowie die Wirtschaftsbetriebe Duisburg - Anstalt öffentlichen Rechts (WBD-AöR, 8,533 Mio. EUR) zeigen eine positive Entwicklung. Zudem entfielen im Berichtsjahr die noch 2015 angefallenen außerordentlichen Aufwendungen aus der Rückstellungsbildung für Restrukturierungsmaßnahmen des DVV-Konzerns. Das Jahresergebnis der Kernverwaltung (-23,580 Mio. EUR) hat sich hingegen deutlich verschlechtert. Dies resultiert maßgeblich aus der Bildung einer Rückstellung für die Sanierung der Mercatorhalle von 25,100 Mio. EUR gegenüber dem IMD. Die Hintergründe für das Ergebnis des Jahresabschlusses 2016 der Kernverwaltung sind in DS 17-0260 und im Prüfbericht des RPA zum Jahresabschluss 2016 (DS 17-1176) ausführlich dargestellt. Das verbesserte Ergebnis des DVV-Konzerns resultiert insbesondere aus dem Umstand, dass die im Vorjahr noch anfallenden Belastungen aus dem Anlaufen des Restrukturierungsprogramms „RePower“ entfielen.

Die Aufteilung des Gesamtergebnisses auf die konsolidierten vAB ist in Anlage 4, S. 12 dargestellt.

Im Vergleich zu den Vorjahren hat sich das Gesamtergebnis kontinuierlich verbessert. Nach dem Jahr 2015 konnte der Konzern Stadt Duisburg in 2016 zum zweiten Mal in Folge ein positives Gesamtjahresergebnis erzielen.

Die Gesamtbilanz (Anlage 1) stellt die Vermögens- und Schuldenlage dar. Die Gesamtbilanzsumme beträgt 7.719,232 Mio. EUR. Die Bilanzsumme der Kernverwaltung von 5.328,568 Mio. EUR (inkl. Finanzanlagen) zeigt im Vergleich die Bedeutung der Kernverwaltung im Gesamtkonzern. Trotz des im Berichtsjahr erneut erzielten Überschusses der Kernverwaltung vor Konsolidierung muss die Haushaltslage weiterhin als kritisch angesehen werden, so dass Konsolidierungsmaßnahmen auch in den Folgejahren fortzuführen sind.

Der überwiegende Teil der Aktivseite entfällt auf Sachanlagen, die in der Anlage 4, S. 14 auf die verschiedenen Bilanzpositionen aufgeschlüsselt werden. Von den Sachanlagen in Höhe von 6.215,928 Mio. EUR entfallen mit 2.833,896 Mio. EUR rund 46 % auf die Kernverwaltung.

Das Eigenkapital ist auf der Passivseite der Bilanz zwar mit 158,638 Mio. EUR ausgewiesen (Anlage 4, S. 16), unter Berücksichtigung der Bilanzposition „nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag“ der Aktivseite in Höhe von 352,797 Mio. EUR ist der Konzern Stadt Duisburg zum 31.12.2016 jedoch mit 194,159 Mio. EUR überschuldet.

Die wirtschaftliche Lage wird durch den Einsatz von Kennzahlen aus dem NKF-Kennzahlenset in einer weiteren Form dargestellt (Anlage 4, S. 26 ff.). Dieses Kennzahlenset lässt sich nach Auffassung der Gemeindeprüfungsanstalt NRW (GPA NRW) zumindest in Teilen auf den Gesamtabchluss übertragen. Die Kennzahlen werden überwiegend auch im NKF-Jahresabschluss der Kernverwaltung verwendet.

Die „Eigenkapitalquote 1“ wird mit 2,06 % ausgewiesen. Der Gesamtlagebericht weist korrekterweise darauf hin, dass sich dieser rechnerische Wert des NKF-Kennzahlensets ausschließlich durch die Sonderrücklage sowie die Anteile anderer Gesellschafter ergibt, da das Eigenkapital vollständig aufgezehrt wurde.

Da ein interkommunaler Vergleich wegen der unterschiedlichen Strukturen der Kommunen problematisch ist, können die Kennzahlen für den Konzernabschluss insbesondere über Vorjahresvergleiche eine gewisse Aussagekraft gewinnen. Das RPA hat einen Vergleich der Kennzahlen für die Abschlüsse 2010 bis 2016 vorgenommen, die im Folgenden tabellarisch dargestellt werden.

	Aufwandsdeckungsgrad	Eigenkapitalquote 2	Infrastrukturquote	Anlagendeckungsgrad 2	Kurzfr. Verbindlichkeitsquote	Zinslastquote	Zuwendungsquote	Personalintensität
GA 2010	96,17	28,76	49,10	56,53	29,50	4,37	23,92	22,12
GA 2011	99,20	25,80	48,22	43,52	32,07	4,26	22,90	20,91
GA 2012	99,20	26,62	46,84	54,42	32,16	3,23	19,09	17,73
GA 2013	101,20	25,56	45,58	54,12	32,67	2,65	15,76	14,93
GA 2014	100,54	25,21	45,03	53,54	32,73	2,61	17,08	16,14
GA 2015	105,30	26,43	44,78	55,43	30,51	3,50*	20,03	18,94
GA 2016	103,39	25,94	44,58	60,62	25,73	2,21*	21,66	20,61

alle Angaben in %

* Angabe im Gesamtlagebericht nicht korrekt

Aufwandsdeckungsgrad (ADG)

Der „Aufwandsdeckungsgrad“ zeigt an, zu welchem Anteil die ordentlichen Aufwendungen durch ordentliche Erträge gedeckt werden können. Im Jahresvergleich zeigt sich eine positive Entwicklung. Seit 2013 können die ordentlichen Aufwendungen im Konzern durch die ordentlichen Erträge gedeckt werden, auch wenn die Entwicklung in 2016 etwas rückläufig ist.

Eigenkapitalquote 2 (EkQ2)

Die Kennzahl „Eigenkapitalquote 2“ misst den Anteil des „wirtschaftlichen Eigenkapitals“ am gesamten bilanzierten Kapital (Gesamtkapital) auf der Passivseite der Gesamtbilanz. Weil die Sonderposten mit Eigenkapitalcharakter oft einen wesentlichen Ansatz in der Bilanz darstellen, wird die Wertgröße „Eigenkapital“ um diese „langfristigen“ Sonderposten erweitert. Wie schon bei der

Eigenkapitalquote 1 zeigt das Eigenkapital auch unter Berücksichtigung der Sonderposten einen weitgehend statischen Verlauf.

Infrastrukturquote (IsQ)

Diese Kennzahl stellt ein Verhältnis zwischen dem Infrastrukturvermögen und dem Gesamtvermögen auf der Aktivseite der Bilanz her. Sie soll Aufschluss darüber geben, ob die Höhe des Infrastrukturvermögens den wirtschaftlichen Rahmenbedingungen der Gemeinde und ihrer vAB entspricht. Der Anteil des Infrastrukturvermögens am Gesamtvermögen sinkt kontinuierlich.

Anlagendeckungsgrad 2 (AnD2)

Die Kennzahl „Anlagendeckungsgrad 2“ gibt an, wie viel Prozent des Anlagevermögens langfristig finanziert sind. Bei der Berechnung dieser Kennzahl werden dem Anlagevermögen die langfristigen Passivposten Eigenkapital, Sonderposten mit Eigenkapitalanteilen und langfristiges Fremdkapital gegenübergestellt.

Kurzfristige Verbindlichkeitsquote (KVbQ)

Wie hoch die Gesamtbilanz durch kurzfristiges Fremdkapital belastet wird, kann mit Hilfe der Kennzahl „Kurzfristige Verbindlichkeitsquote“ beurteilt werden. Seit zwei Jahren ist ein signifikanter Rückgang zu beobachten.

Zinslastquote (ZIQ)

Die „Zinslastquote“ soll aufzeigen, welche Belastung aus Finanzaufwendungen zusätzlich zu den ordentlichen Aufwendungen aus laufender Verwaltungstätigkeit besteht.

Zuwendungsquote (ZwQ)

Die „Zuwendungsquote“ gibt einen Hinweis darauf, inwieweit die Gemeinde und ihre vAB von Zuwendungen und damit von Leistungen Dritter abhängig ist.

Personalintensität (PI)

Die „Personalintensität“ gibt an, welchen Anteil die Personalaufwendungen an den ordentlichen Aufwendungen ausmachen.

Insgesamt ist die Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzgesamtlage ausführlich dargestellt und vermittelt ein realitätsnahes Bild der Lage im Konzern.

Zukünftige Entwicklung mit ihren wesentlichen Chancen und Risiken

Im Gesamtlagebericht werden eingangs globale Rahmenbedingungen dargestellt (Anlage 4, S. 3 ff.). Weiterhin sind „Vorgänge von besonderer Bedeutung“, ausschließlich für den Bereich der Kernverwaltung, aufgelistet (Anlage 4, S. 8 ff.). Diese beiden Abschnitte haben Bezug auf den Abschnitt „Risiko-, Chancen- und Nachtragsbericht“ (Anlage 4, S. 17 ff.). Die Verknüpfung zwischen den globalen Rahmenbedingungen und der wirtschaftlichen Entwicklung Duisburgs könnte detaillierter beschrieben werden. Derzeit liegen jedoch keine spezifischen detaillierten Daten vor. Ein Herunterbrechen der Informationen auf NRW könnte helfen, die besonderen Herausforderungen der Stadt darzustellen und eine Erwartungshaltung für die nächsten Jahre zu formulieren.

Die Auswirkungen z. B. des Stärkungspaktgesetzes und seiner Auswirkungen auf den Konzern Stadt Duisburg als Chance sowie die Höhe der städtischen Kassenkredite inklusive der ungewissen Zinsentwicklung als Risiko werden korrekt dargestellt.

Wegen der großen Bedeutung der Kernverwaltung an der wirtschaftlichen Situation für den Konzern Stadt Duisburg ist es richtig, dass die Chancen und Risiken aus diesem Bereich ausführlich dargestellt werden. Die Ausführungen enthalten die wesentlichen Entwicklungen und entsprechen im Zusammenhang mit den vorhergehenden finanzwirtschaftlichen Aussagen den tatsächlichen Gegebenheiten.

Weitere Risiken werden beim DVV-Konzern, bedingt durch Energiewende und anstehende Investitionen ins ÖPNV-Netz, sowie der WBD-AöR, bedingt durch die weitere Entwicklung der Verbrennungsentgelte, dargestellt.

Erstmals enthält der Gesamtlagebericht ein Kapitel „Ausblick und Prognose“, der sich mit der zukünftigen Entwicklung des Konzerns befasst. Darin werden perspektivische Chancen und Risiken von Kernverwaltung und wesentlichen Gesellschaften, die Auswirkungen auf den Konzern haben könnten, plausibel dargestellt. Stellenweise werden Risiken quantifiziert, z. B. bei der Darstellung, welche finanziellen Auswirkungen eine nur einprozentige Zinserhöhung auf das Jahresergebnis der Kernverwaltung hätte. An dieser beispielhaft ausgewählten Stelle hätte es sich aus Sicht des RPA angeboten, das für die Kernverwaltung wesentliche Risiko auf Ebene des Konzernergebnisses ins Verhältnis zu setzen. Grundsätzlich ist die Stadtkämmerei (Amt 20) dem langjährigen Wunsch des RPA nach einem Prognosebericht entgegengekommen.

Dementsprechend könnte der Gesamtlagebericht noch informativer gestaltet werden, wenn die Entwicklung des Konzerns - losgelöst vom auf die Gesellschaften gerichteten Blick - für die nächsten beiden Geschäftsjahre dargestellt und bewertet würde. Dazu gehört auch die Darstellung von Erwartungen der Konzernleitung an die Entwicklung des Konzerns.

Wenn man die Informationen aus dem Gesamtlagebericht - auch über diesen Absatz hinausgehend - betrachtet, ist festzuhalten, dass sich keine Einwendungen

gegen die dargestellte Einschätzung zur Lage, zum Fortbestand und zur künftigen Entwicklung der Stadt Duisburg ergeben.

Die Chancen und Risiken für die künftige Entwicklung des Konzerns Stadt Duisburg sind im Wesentlichen vollständig und zutreffend dargestellt.

Zusammenfassende Feststellung

Auf der Grundlage der zuvor aufgeführten Annahmen, der geprüften Unterlagen sowie der im Rahmen dieser Prüfung durchgeführten Analysen ergeben sich keine Einwendungen gegen die Einschätzung zur Lage und zur künftigen Entwicklung der Stadt Duisburg. Auch wenn Hinweise auf Erwartungen zur künftigen Entwicklung der Stadt Duisburg ausgeweitet werden können, ist die Lage doch korrekt dargestellt.

Der Gesamtlagebericht entspricht formal den gesetzlichen Vorschriften. Er ist plausibel und nachvollziehbar und steht mit den bei der Prüfung des Gesamtabchlusses gewonnenen Erkenntnissen im Einklang. Die Darstellungen und Beurteilungen der Lage vermitteln insgesamt ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzgesamtlage der Stadt Duisburg.

2 Weitere grundsätzliche Feststellungen und Empfehlungen

Der von der Stadtdirektorin/Stadtkämmerin aufgestellte und vom Oberbürgermeister am 27.02.2018 bestätigte Entwurf des Gesamtabchlusses 2016 (DS 18-0215) ist dem Rat der Stadt in seiner Sitzung am 05.03.2018 vorgelegt und zur Prüfung an den Rechnungsprüfungsausschuss überwiesen worden. Die nach der GO NRW gesetzlich geforderte Frist, den Gesamtabschluss innerhalb von neun Monaten nach Ablauf des Haushaltsjahres aufzustellen, wurde nicht eingehalten.

Die im Konzern bereits vorhandenen internen Kontrollsysteme (IKS) und Risikomanagementsysteme sind grundsätzlich stärker als bisher zu einem konzernweiten System auszubauen. Die daraus gewonnenen Erkenntnisse wären im Gesamtlagebericht aufzunehmen. Für 2016 wurde erstmalig ein Prognoseberichtsteil erstellt, der in den Folgejahren noch stärker auf die Konzernsicht ausgerichtet werden könnte.

Mit dem Gesamtabschluss 2016 wurden verschiedene Anregungen und Empfehlungen aus den Prüfungen der Vorjahre umgesetzt.

III Gegenstand, Art und Umfang der Prüfungsdurchführung

Gegenstand der Prüfung

Gegenstand der Prüfung ist der Gesamtabchluss zum 31.12.2016 mit seinen in § 116 GO NRW aufgeführten Bestandteilen. In die Prüfung wurden die Buchführung und weitere zur Verfügung gestellte erläuternde Unterlagen einbezogen.

Der von der Stadtdirektorin/Stadtkämmerin aufgestellte und vom Oberbürgermeister bestätigte Entwurf des Gesamtabchlusses 2016 wurde vom Rat der Stadt zur Prüfung an den Rechnungsprüfungsausschuss überwiesen. Nach § 116 Abs. 6 in Verbindung mit § 101 Abs. 8 GO NRW und § 4 Abs. 2 Buchstabe d) der Rechnungsprüfungsordnung der Stadt Duisburg bedient sich der Rechnungsprüfungsausschuss zur Prüfung des Gesamtabchlusses des RPA.

Art und Umfang der Prüfung

Auf der Grundlage eines risiko- und systemorientierten Prüfansatzes wurden zunächst eine Prüfstrategie entwickelt und Prüfungsschwerpunkte festgelegt. Die Prüfung der einzelnen Prüffelder wurde von einem Prüfteam des RPA nach Zuständigkeitsbereichen durchgeführt.

Als Ergebnis des Risikobeurteilungsprozesses sowie der Festlegung der Prüfstrategie und der Prüfziele wurden in Form von überwiegend System- und Funktionsprüfungen folgende Schwerpunkte für die Prüfung festgelegt:

- Überleitungsrechnungen
- Gesamtlagebericht

Die Überleitungsrechnungen von der Handelsbilanz bis zur Kommunalbilanz III (KB III) wurden auftragsgemäß von den Abschlussprüfern der vAB aus dem Vollkonsolidierungskreis bestätigt. Das RPA hat alle NKF-Abschlüsse der vAB auf Nachvollziehbarkeit und Plausibilität geprüft.

Bei der Durchführung der Gesamtabchlussprüfung wurden die Vorschriften der GO NRW, der GemHVO NRW, die Handreichung des Ministeriums für Inneres und Kommunales NRW (MIK) und weitere gesetzliche Vorgaben herangezogen. Für weitergehende Fragestellungen wurden auch das HGB und die vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgelegten Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfungen in die Prüfhandlungen mit einbezogen.

Die Prüfung wurde so geplant und durchgeführt, dass wesentliche Fehler mit hinreichender Sicherheit hätten erkannt werden müssen. Es wurden System- und Funktionstests, analytische Prüfungshandlungen sowie Einzelprüfungen durchgeführt. Die Ergebnisse sind in den Arbeitspapieren des RPA ausführlich dokumentiert. Die Aussagen in diesem Bericht stellen lediglich eine Zusammenfassung der Endergebnisse dar.

Im Rahmen des gesetzlichen Prüfauftrages ist die Einhaltung der für den Gesamtabchluss maßgeblichen gesetzlichen Vorschriften und der sie ergänzenden Satzungen und sonstigen ortsrechtlichen Vorschriften sowie die Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung geprüft worden.

Die Prüfung wurde in den Monaten Februar bis Mai 2018 durchgeführt.

IV Erläuterungen und Feststellungen zur Gesamtabchlussrechnungslage

1 Konsolidierungskreis und Gesamtabchlussstichtag

Im Rahmen der Prüfung der Eröffnungsbilanz der Kernverwaltung zum 01.01.2008 wurden die unter der Bilanzposition Finanzanlagen ausgewiesenen vAB dahingehend überprüft, ob es sich um Aufgabenbereiche von untergeordneter Bedeutung für die Vermittlung eines den tatsächlichen Verhältnissen entsprechenden Bildes der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzlage handelt. Dementsprechend wurde die Bewertungsmethode und bilanzielle Zuordnung für den jeweiligen vAB gewählt. Aufgrund der gesetzlichen Regelungen ergaben sich somit – abhängig vom kommunalen Einfluss – auch der Konsolidierungskreis und die Konsolidierungsmethode. Das RPA war hier bereits in begleitender Prüfung tätig. Nicht zu konsolidierende vAB gelangen über den Bilanzposten Finanzanlagen in den Gesamtabchluss.

Der Konsolidierungskreis umfasst die wirtschaftlich und organisatorisch verselbstständigten Aufgabenbereiche (Gesellschaften im Konzern der Stadt Duisburg), die im Wege einer Vollkonsolidierung bzw. At-Equity-Methode in den Gesamtabchluss einbezogen werden müssen.

Eine Vollkonsolidierung ist dann vorzusehen, wenn die vAB mit der Kernverwaltung selbst eine Einheit bilden, also entweder unter einer einheitlichen Leitung der Kommune stehen oder das Control-Konzept Anwendung findet (§ 50 Abs. 2 GemHVO NRW). Betriebe von untergeordneter Bedeutung für die Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzgesamtlage der Kommune müssen nicht einbezogen werden.

Kann die Kommune nur einen maßgeblichen Einfluss auf die vAB ausüben, ist die At-Equity-Methode gemäß § 50 Abs. 3 GemHVO NRW i. V. m. §§ 311 und 312 HGB (a. F.) anzuwenden. Danach werden die nach der Buchwertmethode ermittelten Wertansätze auf den fiktiven Erwerbszeitpunkt 01.01.2010 umgerechnet. Die Bewertungsmethoden werden beibehalten.

Die vollkonsolidierten Unternehmen und die nach der At-Equity-Konsolidierung einbezogenen Unternehmen sind im Gesamtanhang in Anlage 3, S. 3 ff dargestellt. Außerdem ist dargestellt, welche Unternehmen wegen der aus Sicht der Konzernfinanzen untergeordneten Bedeutung nicht in den Gesamtabchluss aufgenommen wurden.

Ausgehend von den Bilanzen und Gewinn- und Verlustrechnungen der vAB ergibt sich in Relation zur Gesamtlage des Konzerns die Wesentlichkeit der einzelnen vAB. Diese Wesentlichkeit ist nicht gesetzlich normiert, sondern richtet sich nach der Gesamtbilanz und der individuellen Beurteilung der vAB. Dabei wurden Ermessensspielräume ausgeübt.

2 Gesamtabchlussrichtlinie

Die Gesamtabchlussrichtlinie für den Konzern Stadt Duisburg regelt organisatorische und fachliche Fragen. Sie ist von der Stadt Duisburg und ihren verselbstständigen Aufgabenbereichen (vAB) verpflichtend anzuwenden.

Die Gesamtabchlussrichtlinie dient der Erstellung des Gesamtabchlusses des Konzerns Stadt Duisburg. Mit dieser Richtlinie soll vor allem ein gemeindeeinheitliches Vorgehen zur Erstellung der Gesamtergebnisrechnung und der Gesamtbilanz einschließlich einheitlicher Bewertungsmaßstäbe sowie zur Erstellung des Gesamtanhangs und des Gesamtlageberichts sichergestellt werden.

Die zu beachtenden Änderungen der Gesamtabchlussrichtlinie für den Abschluss 2016 sind den vAB und den anderen Beteiligten in geeigneter Form zugegangen.

Die Gesamtabchlussrichtlinie ist dem Grunde nach sachgerecht. Sie enthält alle erforderlichen Regelungen und gewährleistet bei Einhaltung die korrekte Erstellung des Gesamtabchlusses.

3 Konsolidierungssoftware

Die gesetzlichen Rahmenbedingungen für eine IT-gestützte Buchführung sind im HGB (a. F.), der GemHVO NRW und der Abgabenordnung geregelt. Bei einer DV-Buchführung sind die Grundsätze ordnungsmäßiger DV-gestützter Buchführungssysteme (z. B. § 31 GemHVO NRW) anzuwenden. Dies trifft auch auf die im Gesamtabchluss eingesetzte Konsolidierungssoftware „IDL.Konsis“ zu.

Zum Zweck der Konsolidierung und der entsprechenden Dokumentation nutzt die Stadtkämmerei (Amt 20) die Konsolidierungssoftware „IDL.Konsis“ der Firma IDL. Diese ist eine Standardsoftware für das Konzernreporting. Für den Gesamtabschluss 2016 wurde der Stand IDL Release 2016.0 D verwendet. Der Releasewechsel erfolgte in 04/2017. Dem RPA wurden entsprechende Leserechte eingeräumt.

Grundsätzlich konnte festgestellt werden, dass bei sachgerechter Anwendung eine den Ordnungsmäßigkeitsanforderungen entsprechende Konzernrechnungslegung durch „IDL.Konsis“ gegeben ist.

Wie bereits in den Vorjahren festgestellt, war die Beleg- und Journalfunktion der Software bis zum Gesamtabchluss 2015 nicht ausreichend, um die Anforderungen an die Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung zu erfüllen. Diese Mängel waren zwischenzeitlich durch organisatorische Änderungen zur Dokumentation und Festlegung von Fristen zur Aufbewahrung der jeweiligen Datenbestände weitgehend kompensiert worden. Für den Gesamtabchluss 2016 wurde die Software „IDL.Konsis“ um das Modul „Änderungsprotokollierung“ der Firma IDL ergänzt. Durch dieses neue Modul ist seitdem sichergestellt, dass alle manuellen Eingaben in ausreichendem Maße dokumentiert werden.

Im Konzern Stadt Duisburg schreiben die vAB ihre NKF-Abschlüsse in eigener Verantwortung fort. Durch die Stadtkämmerei (Amt 20) wird sichergestellt, dass die daraus resultierenden Packages (tabellarische Form der Unternehmensbilanzen einschließlich Gewinn- und Verlustrechnung/Ergebnisrechnung) in die Konsolidierungssoftware übertragen werden. Anschließend wird durch Amt 20 die Durchführung der Konsolidierungsbuchungen angestoßen und auch überwacht. Durch das neue Modul werden auch diese automatischen Prozesse dauerhaft nachvollziehbar gesichert.

Die Übereinstimmung der in „IDL.Konsis“ übertragenen Werte mit den Packages der Wirtschaftsprüfer ist Bestandteil der Prüfung durch das RPA. Ein entsprechender Abgleich dieser Werte ergab keine Beanstandungen.

Mit Hilfe der Konsolidierungssoftware werden die Kapitalkonsolidierung, die Schuldenkonsolidierung und die Aufwands- und Ertragskonsolidierung im Rahmen des Gesamtabchlusses automatisch durchgeführt. Vorab wurden entsprechende Schwellenwerte in „IDL.Konsis“ hinterlegt. Die entsprechenden Buchungen sind im System von „IDL.Konsis“ nachvollziehbar. Entsprechende Dokumentationen sind bei Amt 20 hinterlegt.

4 Saldenabstimmung

Im Rahmen der Prüfung des Gesamtabchlusses zum 31.12.2016 wurde die Saldenabstimmung (Konsolidierung) zwischen der Kernverwaltung und den verselbständigten Aufgabenbereichen betrachtet.

Nach der Vorschrift des § 50 Abs. 1 GemHVO NRW sind verselbständigte Aufgabenbereiche in öffentlich-rechtlichen Organisationsformen entsprechend den gesetzlichen Bestimmungen des Handelsgesetzbuches (HGB) zu konsolidieren. Dabei wird zwischen der Schuldenkonsolidierung (§ 303 HGB) und der Aufwands- und Ertragskonsolidierung (§ 305 HGB) unterschieden.

Die Schuldenkonsolidierung nach § 303 HGB bezeichnet die Aufrechnung von Forderungen und Verbindlichkeiten im Konzernabschluss. Der Konzernabschluss stellt den Konzern als ein einziges Unternehmen dar (§ 297 Abs. 3 HGB). Der Konzern kann keine Forderungen und Verbindlichkeiten gegenüber sich selbst ausweisen. Diese müssen deshalb durch die Schuldenkonsolidierung eliminiert werden. Als Ergebnis sind im Konzernabschluss ausschließlich Forderungen und Verbindlichkeiten gegenüber anderen (nicht in den Konzernabschluss einbezogenen) Unternehmen vorhanden.

Die Aufwands- und Ertragskonsolidierung nach § 305 HGB eliminiert die konzerninternen Aufwendungen und Erträge, die in den Einzelabschlüssen der in den Konzernabschluss einbezogenen Unternehmen enthalten sind. Hierzu zählen u. a. die Konsolidierung der Innenumsatzerlöse (§ 305 Abs. 1 Nr. 1 HGB) und die Konsolidierung anderer Erträge und Aufwendungen, z. B. Mieterträge, Zinsen (§ 305 Abs. 1 Nr. 2 HGB).

Sofern die zu eliminierenden Beträge unwesentlich sind, kann auf die Schuldenkonsolidierung verzichtet werden (§ 303 Abs. 2 HGB). Dieses trifft gemäß § 305 Abs. 2 HGB für die Aufwands- und Ertragskonsolidierung ebenfalls zu.

Die Vorgehensweise zur Saldenabstimmung ist in der Anlage 7 „Richtlinie für Saldenbestätigungen im Konzern Stadt Duisburg“ der Gesamtabchlussrichtlinie beschrieben.

Die Prüfung ergab, dass die von der Stadtkämmerei (Amt 20) vorgelegten Unterlagen vollständig waren. Die dokumentierte Vorgehensweise der Schulden-, Ertrags- und Aufwandskonsolidierung zum 31.12.2016 war transparent und nachvollziehbar. Die einzelnen Buchungen und Arbeitsschritte konnten in „IDL.Konsis“ nachvollzogen werden.

Die zwangsläufig aufgetretenen Differenzen nach Einspielen der Erfassungsformulare (Packages) der einzelnen vollkonsolidierten vAB in „IDL.Konsis“ wurden von Amt 20 ausgeräumt. Dazu wurden von der Stadtkämmerei die Finanzbuchhaltung des Amtes für Rechnungswesen und Steuern (Amt 21) und die Gesellschaften angeschrieben und gebeten, eine Saldenabstimmung untereinander vorzunehmen. Die sich aus der Abstimmung ergebenden Korrekturen wurden von Amt 20 manuell gebucht. Die entsprechenden Saldenbestätigungen dieser Saldenabstimmung lagen vor.

Für die Schuldenkonsolidierung wurde daraufhin entsprechend der Vorschrift des § 303 Abs. 2 HGB ein Schwellenwert von 0,800 Mio. EUR und für die Aufwands- und Ertragskonsolidierung gemäß § 305 Abs. 2 HGB ein Schwellenwert von 1,000 Mio. EUR festgelegt und in „IDL.Konsis“ eingerichtet. Nach Durchführung der Konsolidierungen wurden Differenzen unter dem jeweiligen Schwellenwert automatisch ausgeräumt.

5 Ordnungsmäßigkeit der in den Gesamtabschluss einbezogenen Abschlüsse

Jahresabschlüsse zum 31.12.2016

Die Prüfung der handelsrechtlichen sowie die Bestätigung der übergeleiteten NKF-Abschlüsse der vAB wird den jeweiligen Wirtschaftsprüfern als Abschlussprüfer überlassen. Dabei verbleibt die volle Verantwortung für den Bestätigungsvermerk des Gesamtabchlusses beim Abschlussprüfer des Gesamtabchlusses, d. h. dem RPA. Alle in den Konsolidierungskreis einbezogenen handelsrechtlichen Abschlüsse erhielten von den zuständigen Abschlussprüfern einen uneingeschränkten Bestätigungsvermerk.

Die Überleitungsrechnungen von den Handels- zu den NKF-Abschlüssen der vAB aus dem Vollkonsolidierungskreis werden vereinbarungsgemäß von den Abschlussprüfern der vAB bestätigt und bilden die Grundlage für weitere Prüfungshandlungen des RPA unter Berücksichtigung des risikoorientierten Prüfungsansatzes. Das RPA hat die NKF-Abschlüsse der vAB auf ihre Plausibilität und Nachvollziehbarkeit überprüft.

Der Jahresabschluss 2016 der Kernverwaltung wurde durch das RPA geprüft. Die Prüfung hat keine Tatsachen ergeben, die der Feststellung des Jahresabschlusses durch den Rat entgegenstehen.

Prüferische Durchsicht der Jahresabschlüsse durch das RPA

Die vorliegenden Jahresabschlüsse und Unterlagen der vAB, insbesondere die Überleitungsrechnungen von der Handelsbilanz in die Kommunalbilanz III der vAB, die einer prüferischen Durchsicht der Abschlussprüfer unterzogen wurden, waren vollständig, nachvollziehbar und wurden für eine Übernahme in die Prüfung des Gesamtabchlusses als geeignet angesehen.

Zu allen Jahresabschlüssen der vAB des Vollkonsolidierungskreises lagen die Jahresabschluss-Prüfberichte, sowie die Bestätigungen der Abschlussprüfer vollständig vor. Die prüferische Durchsicht der Unterlagen der Kernverwaltung erfolgte durch das RPA, da dieses auch den NKF-Einzelabschluss für das Jahr 2016 geprüft hat.

Hinweise zu den Einzelabschlüssen der vAB

DuisburgSport (DUSport)

Die Prüfung des Jahresabschlusses der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung DuisburgSport wurde für das Jahr 2016 an eine Wirtschaftsprüfungsgesellschaft übertragen (DS 16-0950). Der mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk geprüfte Jahresabschluss zum 31.12.2016 wurde am 28.09.2017 durch den Rat der Stadt Duisburg festgestellt und die Betriebsleitung sowie der Betriebsausschuss für das Geschäftsjahr 2016 entlastet (DS 17-0867).

DuisburgSport wird als eigenbetriebsähnliche Einrichtung (Sondervermögen) in vollem Umfang konsolidiert.

Es ergaben sich bei den Prüfungen keine maßgeblichen Beanstandungen, die Auswirkungen auf den Gesamtabchluss der Stadt Duisburg zum 31.12.2016 haben. Bezüglich der Überleitungsbuchungen in den Jahresabschlüssen zwischen HGB-Bilanz (KB I) und NKF-Bilanz (KB III) konnten die aufgetretenen Fragen mit DuisburgSport in hinreichendem Maße erläutert und ausgeräumt werden.

Duisburger Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft mbH (DVV-Konzern)

Der testierte DVV-Konzernabschluss 2016 wurde nach den Bestimmungen des HGB (a. F.) in einen NKF-Abschluss übergeleitet und in dieser Form als vAB in den Gesamtabschluss übernommen.

Die wesentlichen Einflussgrößen auf Konzernebene sind die großen Gesellschaften Stadtwerke Duisburg AG, die Duisburger Verkehrsgesellschaft AG sowie die Duisburger Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft mbH.

Das Konzernergebnis hat sich gegenüber dem Vorjahr um 64,362 Mio. EUR auf einen Jahresüberschuss von 12,244 Mio. EUR verbessert. Ursächlich ist hier im Wesentlichen ein verbessertes Betriebsergebnis im Jahr 2016.

Der Anstieg des Betriebsergebnisses ist insbesondere durch die im Vorjahr außerordentlichen Belastungen aus dem Restrukturierungsprogramm „RePower“ begründet.

Im Berichtsjahr erfolgte eine ergebnisneutrale Anpassung des zu hoch ausgewiesenen Ausgleichspostens für Anteile anderer Gesellschafter.

GEBAG Duisburger Baugesellschaft mbH (GEBAG)

Die GEBAG Duisburger Baugesellschaft mbH (GEBAG) ist eine 100%ige Tochter der Stadt Duisburg und eine bedeutende Beteiligung im Sinne der GO NRW. Sie erfüllt originäre Kernaufgaben der Stadt Duisburg (Errichtung, Betreuung, Bewirtschaftung und Verwaltung von Bauten in allen Rechts- und Nutzungsformen, darunter Eigenheime und Eigentumswohnungen) und hat wesentlichen Anteil am Gesamtabchluss der Stadt Duisburg.

Die Prüfung des Jahresabschlusses der GEBAG wurde für das Jahr 2016 an den Verband der Wohnungs- und Immobilienwirtschaft Rheinland Westfalen e.V. übertragen (DS 16-0613 vom 07.06.2016). Der mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk geprüfte Jahresabschluss zum 31.12.2016 wurde am 03.07.2017 durch den Rat der Stadt Duisburg festgestellt und der Geschäftsführer sowie der Aufsichtsrat für das Geschäftsjahr 2016 entlastet (DS 17-0667 vom 19.06.2017).

Die Rückabwicklung des Projektes „Museum Küppersmühle“ war auch im Geschäftsjahr 2016 nach wie vor einer der wesentlichen Sachverhalte der GEBAG. Es bestehen Schadensersatzansprüche mehrerer am Umbau beteiligter Unternehmen gegenüber der GEBAG. Im Geschäftsjahr 2016 wurden durch den Abschluss von drei Vergleichsvereinbarungen die passivierten Rückstellungen in Anspruch genommen bzw. angepasst. Aufgrund eingetretener Verjährung von Ansprüchen mussten weitere Rückstellungen aufgelöst werden. Für einen verbliebenen Sachverhalt bestehen zum 31.12.2016 für möglicherweise entstehende Verpflichtungen noch Rückstellungen in Höhe von 4,720 Mio. EUR.

Die Vermietungssituation der Immobilie „Tausendfensterhaus“ in Duisburg-Ruhrort stellte auch im Geschäftsjahr 2016 ein Risiko dar. Diese Immobilie wurde durch die Beteiligungsgesellschaft „Haus Ruhrort Verwaltungs- und Vermietungsgesellschaft mbH & Co. KG“ als Eigentümerin bewirtschaftet. Aufgrund verbesserter finanzieller Lage der Beteiligungsgesellschaft war in 2016 von Seiten der GEBAG keine wirtschaftliche und finanzielle Unterstützung notwendig. Mit notariell beurkundetem Vertrag vom 16.12.2016 wurden sämtliche Immobilien der Haus Ruhrort Verwaltungs- und Vermietungsgesellschaft mbH & Co. KG veräußert, mithin auch das „Tausendfensterhaus“. Der wirtschaftliche Übergang der Objekte erfolgte in der Zeit vom 14.02.2017 bis zum 08.03.2017. Im Geschäftsjahr 2017 soll die Beteiligungsgesellschaft an die GEBAG Duisburger Baugesellschaft mbH anwachsen.

Die Bewirtschaftung des eigenen Immobilienbestandes und die Wohnbauflächenentwicklung stellen die beiden Kerngeschäftsfelder der GEBAG dar. Diese beiden Geschäftsfelder haben sich im Geschäftsjahr 2016 wie folgt entwickelt:

Im Bereich der eigenbewirtschafteten Immobilien konnte der Wohnungsleerstand mit einer Quote von 5,5 % zum 31.12.2016 gegenüber dem Vorjahr (6,1 %) gesenkt werden. Der Abbau der Leerstände resultiert u. a. aus der Vermietung modernisierter Wohnungseinheiten, vor allem im Bereich der alters- und behindertengerechten Wohnobjekte.

Das zweite Geschäftsfeld der Wohnbauflächenentwicklung ist im Geschäftsjahr 2016 weiter vorangeschritten. Von den zu entwickelnden Projekten kommen den drei Maßnahmen „Am alten Angerbach“, „Mercator-Viertel“ und „Wedau-Süd“ besondere städtische Bedeutungen zu.

Das bisherige Kerngeschäftsfeld „Bauträgergeschäft“ der GEBAG wurde im Geschäftsjahr 2016 eingestellt. Nur noch bereits veräußerte Maßnahmen werden noch fertiggestellt, soweit der Baubeginn bereits erfolgt war.

Die GEBAG erwirtschaftete im Geschäftsjahr 2016 einen Jahresüberschuss in Höhe von 3,780 Mio. EUR (Vorjahr 4,881 Mio. EUR).

Bedingt durch die grundsätzlich solide Substanz der Gesellschaft und der konstant erwirtschafteten Jahresüberschüsse, die der vAb zur Stärkung des Eigenkapitals einbehält, ergeben sich keine wesentlichen Auswirkungen auf den Konzern Stadt Duisburg. Auch für das Geschäftsjahr 2017 wird ein Jahresüberschuss von 4,300 Mio. EUR erwartet.

Immobilien-Management Duisburg (IMD)

Der geprüfte und mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk vom 12.06.2017 versehene Jahresabschluss zum 31.12.2016 sowie der Lagebericht wurden in der Sitzung des Rates der Stadt am 03.07.2017 entgegengenommen und festgestellt (DS 17-0622).

Die Bilanz des IMD zeichnet sich durch eine hohe Anlagenintensität aus. So wird die Aktivaseite mit 96,9 % durch das Anlagevermögen bestimmt.

Der Immobilienbestand des IMD setzt sich überwiegend aus Immobilien für Schulen jeglicher Schulformen, Kinder- und Jugendeinrichtungen, kulturellen und sozialen Einrichtungen sowie Veranstaltungs- und Feuerwehreinrichtungen zusammen. Insofern erbringt das IMD nahezu ausschließlich Leistungen für die Stadt Duisburg. Die entsprechenden Miet- und Nebenkostenzahlungen der Kernverwaltung und von DuisburgSport prägen die Ertragslage des IMD maßgeblich. In der Konzernbetrachtung haben diese Erlöse des IMD allerdings keine Auswirkungen, da sie im Rahmen der Aufwands- und Ertragskonsolidierungen sowohl zwischen den vollkonsolidierten vAB als auch mit der Kernverwaltung entsprechend verrechnet werden.

Stiftung Wilhelm Lehmbruck Museum (WLM)

Das Geschäftsjahr 2016 schließt mit einem minimalen positiven Jahresergebnis in Höhe von 0,001 Mio. EUR ab, welches mit dem Bilanzverlust aus Vorjahren in Höhe von 0,030 Mio. EUR verrechnet wurde. Somit beträgt der Bilanzverlust zum 31.12.2016 nur noch 0,029 Mio. EUR.

Ausweislich des am 25.11.2016 beschlossenen Wirtschaftsplanes 2017 wird ein Jahresdefizit in Höhe von 0,040 Mio. EUR prognostiziert. Derzeit ergeben sich keine Erkenntnisse, die Auswirkungen auf den Gesamtabchluss der Stadt Duisburg zum 31.12.2017 haben. Die weitere wirtschaftliche Entwicklung der Stiftung WLM bleibt abzuwarten.

Wirtschaftsbetriebe Duisburg AöR (WBD-AöR)

Die Prüfung des Jahresabschlusses der WBD-AöR wurde für das Jahr 2016 an eine Wirtschaftsprüfungsgesellschaft übertragen. Dies ergibt sich aus der DS 16-0585. Mit DS 17-0602 wurde der ordnungsgemäße Abschluss dem Rat zur Entscheidung vorgelegt. In der öffentlichen Ratssitzung vom 03.07.2017 hat der Rat die Entlastung des Vorstandes einstimmig beschlossen.

Die WBD-AöR wird in vollem Umfang konsolidiert.

Es ergaben sich bei den Prüfungen keine Beanstandungen. Bezüglich der Überleitungsbuchungen in den Jahresabschlüssen zwischen HGB-Bilanz (KB I) und NKF-Bilanz (KB III) für die WBD-AöR waren diese nachvollziehbar.

6 Ordnungsmäßigkeit des Gesamtabchlusses

Im Gesamtabchluss einer Kommune ist die Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzgesamtlage der Kernverwaltung selbst und der konsolidierten vAB so darzustellen, als wären diese eine Einheit. Dies setzt die Zusammenfassung der Jahresabschlüsse der Kernverwaltung und der vAB zum Konzern Stadt Duisburg voraus. Danach hat der Konzern so Rechnung zu legen, als bilde er eine einzige wirtschaftliche Einheit.

Der dem RPA zur Prüfung vorliegende Entwurf des Gesamtabchlusses zum 31.12.2016, bestehend aus Gesamtbilanz, Gesamtergebnisrechnung, Gesamtanhang und Gesamtlagebericht, ist nach den Vorschriften der GO NRW und GemHVO NRW vollständig aufgestellt worden. Die Gesamtbilanz und die Gesamtergebnisrechnung sind ordnungsgemäß aus den erstellten Abschlüssen und Überleitungsrechnungen der konsolidierten vAB und den weiteren geprüften Unterlagen abgeleitet worden. Die Konsolidierungsbuchungen wurden ordnungsmäßig nach den gesetzlichen Regelungen durchgeführt und im Anhang zutreffend dargestellt.

Die Gesamtbilanz und die Gesamtergebnisrechnung sind gemäß § 49 Abs. 3 GemHVO NRW entsprechend der Regelungen für den Jahresabschluss der Kommunen zu gliedern, soweit ihre Eigenarten keine Abweichungen bedingen. Diese Vorgaben wurden erfüllt. Die Gesamtbilanz zum 31.12.2016 und die Gesamtergebnisrechnung 2016 (siehe Anlagen 2 und 3 dieses Berichtes) sind entsprechend den gesetzlichen Vorschriften gegliedert und entsprechen in ihrem Aufbau den vom Innenministerium vorgegebenen Mustern. Die gesetzlichen Ansatz-, Ausweis- und Bewertungsvorschriften gemäß § 49 Abs. 3 GemHVO wurden eingehalten.

Der Gesamtanhang enthält im Wesentlichen Angaben zum Konsolidierungskreis, zu den Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden und zur Aufgliederung einzelner Posten aus dem Gesamtabchluss 2016.

Im Konsolidierungskreis sind die voll zu konsolidierenden Gesellschaften unter Einbeziehung der assoziierten Unternehmen vollständig dargestellt worden. Es wurden darüber hinaus die vAB aufgeführt, die unter Berücksichtigung von Wesentlichkeitsgesichtspunkten nicht konsolidiert wurden. Hinsichtlich der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden wurden die im NKF zugelassenen Methoden angewendet. Diesbezüglich wurden die für den Gesamtabchluss wesentlichen Vorschriften und Sonderregelungen der GemHVO NRW zugrunde gelegt.

Dem Gesamtanhang wurde eine Gesamtkapitalflussrechnung gemäß § 51 Abs. 3 GemHVO NRW beigelegt, die unter Beachtung des Deutschen Rechnungslegungsstandards Nr. 2 (DRS 2) erstellt wurde. Die Kapitalflussrechnung soll über die finanzielle Entwicklung des Konzerns Stadt ergänzende Angaben machen, die aus dem Gesamtabchluss nicht oder nicht unmittelbar entnommen werden können. Sie gibt innerhalb der Abrechnungsperiode des Jahres 2016 Aufschluss über die Liquiditätssituation des Konzerns Stadt Duisburg.

Bei der Gesamtkapitalflussrechnung werden die aus den Aktivitäten der Stadt und der voll zu konsolidierenden Gesellschaften resultierenden Geschäftsvorfälle in gemeindlichen Zahlungsströmen erfasst. Für den Bereich der laufenden Geschäftstätigkeiten wurde die indirekte Methode gewählt, das bedeutet, das Jahresergebnis der Gesamtergebnisrechnung wurde zugrunde gelegt und um die zahlungsunwirksamen Vorgänge bereinigt, wie z. B. Ab- und Zuschreibungen, Änderungen der Rückstellungen oder Auflösungen von Sonderposten.

Für die Bereiche Investitions- und Finanzierungstätigkeit wurde die direkte Methode gewählt, das bedeutet, dass die einzelnen Positionen der Finanzrechnungen der Stadt Duisburg und aller voll zu konsolidierenden Gesellschaften aufsummiert wurden.

Somit gliedern sich die Zahlungsströme wie folgt:

- Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit
- Cashflow aus Investitionstätigkeit
- Cashflow aus Finanzierungstätigkeit.

Von der Beteiligungsverwaltung wurden für die vABs und für die Kernverwaltung folgende Cashflows errechnet.

Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit	227,718 Mio. EUR
Cashflow aus Investitionstätigkeit	-109,270 Mio. EUR
Cashflow aus Finanzierungstätigkeit	-52,684 Mio. EUR
Cashflow gesamt	65,764 Mio. EUR

Die zugrundeliegenden Werte wurden aus der Gesamtbilanz und der Gesamtergebnisrechnung abgeleitet.

Die Prüfung der Cashflows ergab, dass die angewandten Errechnungsmethoden den Vorschriften des DRS 2 entsprechen.

Der Gesamtanhang wird gemäß § 49 Abs. 3 GemHVO NRW um einen Verbindlichkeitspiegel ergänzt, welcher der Mindestgliederung des § 47 GemHVO NRW entspricht. Außerdem sind zum besseren Verständnis ein für den Gesamtabchluss gesetzlich nicht vorgeschriebener Anlagen- und Rückstellungsspiegel beigelegt.

Der vorgelegte Verbindlichkeitspiegel zum 31.12.2016 entspricht in seinem Aufbau dem auf Grundlage der Bestimmungen der GemHVO NRW vom Ministerium für Inneres und Kommunales NRW (MIK) empfohlenen Muster.

Der Gesamtlagebericht entspricht formal den gesetzlichen Vorschriften. Er steht im Einklang mit dem Gesamtabchluss sowie mit den vom RPA bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen und vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzgesamtlage der Stadt Duisburg. Die wesentlichen Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung, auch bezogen auf die vAB, sollten im nächsten Gesamtabchluss stärker im Hinblick auf die Aus-

wirkungen bundesweiter Entwicklungen auf die Stadt Duisburg ausgerichtet werden.

Dem Gesamtabschluss ist gemäß § 117 GO NRW i. V. m. § 49 GemHVO NRW ein Beteiligungsbericht beizufügen. Er enthält detaillierte Informationen zu den einzelnen Beteiligungen der Stadt Duisburg. Im Beteiligungsbericht werden alle städtischen Gesellschaften und Beteiligungen aufgeführt, auch wenn sie nicht dem Konsolidierungskreis angehören. Der Beteiligungsbericht wurde dem Entwurf des Gesamtabchlusses (DS 18-0215) als Anlage 6 beigelegt. Er ergänzt den im Gesamtabschluss vermittelten Gesamtüberblick über die wirtschaftliche Gesamtlage der Kommune.

Der Beteiligungsbericht ist nicht Gegenstand der Prüfung durch das RPA. Nach prüferischer Durchsicht ist er geeignet, den im Gesamtabschluss vermittelten Gesamtüberblick über die wirtschaftliche Lage der Stadt Duisburg zu unterstützen.

V Bestätigungsvermerk

Der Rechnungsprüfungsausschuss hat den Gesamtabchluss 2016 der Stadt Duisburg zum 31.12.2016, bestehend aus der Gesamtergebnisrechnung, der Gesamtbilanz und dem Gesamtanhang gemäß § 116 Abs. 6 GO NRW geprüft. In die Prüfung einbezogen wurde auch der Gesamtlagebericht.

Zur Durchführung der Prüfung hat sich der Rechnungsprüfungsausschuss der Stadt Duisburg des Rechnungsprüfungsamtes bedient.

Die Prüfung wurde vom RPA nach den Vorschriften der Gemeindeordnung NRW, der Gemeindehaushaltsverordnung NRW, der Handreichung des MIK und in Anlehnung an die vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgelegten Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen.

Die Prüfung wurde so geplant und durchgeführt, dass wesentliche Unrichtigkeiten und Verstöße mit hinreichender Sicherheit erkannt werden.

Der Gesamtabchluss vermittelt ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzgesamtlage der Stadt Duisburg unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung.

Die gesetzlichen Vorschriften, die ergänzenden Bestimmungen der Satzungen und die sonstigen ortsrechtlichen Bestimmungen wurden beachtet.

Der Gesamtlagebericht steht im Einklang mit dem Gesamtabschluss und vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzgesamtlage der Stadt Duisburg. Er stellt die zum Zeitpunkt der Erstellung des Lageberichtes absehbaren Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung im Wesentlichen zutreffend dar.

Der Bestätigungsvermerk wird ohne Einschränkungen erteilt.

Die Prüfung des Gesamtabchlusses 2016 hat keine Tatsachen ergeben, die der Feststellung des Gesamtabchlusses und der Entlastung des Oberbürgermeisters durch den Rat entgegenstehen.

Duisburg, den 03.09.2018

Duisburg, den 06.08.2018



Frank Heidenreich
Vorsitzender des
Rechnungsprüfungsausschusses

Dirk Tabel
Leiter des
Rechnungsprüfungsamtes

Anlagen

Anlage 1	Gesamtbilanz
Anlage 2	Gesamtergebnisrechnung
Anlage 3	Gesamtanhang
Anlage 4	Gesamtlagebericht

Anlage 1

Gesamtbilanz Stadt Duisburg		Stand 31.12.2016 EUR	Stand 31.12.2015 EUR	Gesamtbilanz Stadt Duisburg		Stand 31.12.2016 EUR	Stand 31.12.2015 EUR
A K T I V A				P A S S I V A			
1	Anlagevermögen			1	Eigenkapital		
1.1	Immaterielle Vermögensgegenstände			1.1	Allgemeine Rücklage		
1.1.1	Geschäfts- oder Firmenwert	11.819.588,16	13.297.036,68	1.2	Sonderrücklagen	55.242.041,49	55.242.041,49
1.1.2	Sonstige immaterielle Vermögensgegenstände	7.351.780,54	8.569.119,31	1.3	Ausgleichsrücklage		
1.1.3	Anzahlungen auf immat. Vermögensgegenstände	170.690,99	191.965,21	1.4	Gewinn- und Verlustvortrag		
	Summe immaterielle Vermögensgegenstände	19.342.059,69	22.058.121,20	1.5	Gesamtbilanzergebnis		
1.2	Sachanlagen			1.6	- davon Gesamjahresergebnis		
1.2.1	Unbeb. Grundstücke und grundstücksgl. Rechte	482.244.044,31	477.981.866,91	1.7	Ausgleichsposten für Anteile anderer Gesellschafter	103.396.371,57	185.691.698,49
1.2.2	Bebaute Grundstücke und grundstücksgl. Rechte	1.829.199.878,09	1.835.904.989,83		Summe Eigenkapital	158.638.413,06	240.933.739,98
1.2.3	Infrastrukturvermögen	3.441.101.842,07	3.497.630.393,86	2	Sonderposten		
1.2.4	Bauten auf fremdem Grund und Boden	1.342.677,35	0,00	2.1	Sonderposten für Zuwendungen	1.671.203.401,60	1.646.361.073,00
1.2.5	Kunstgegenstände, Kulturdenkmäler	89.765.087,89	89.803.904,89	2.2	Sonderposten für Beiträge	172.156.726,27	177.492.096,51
1.2.6	Maschinen und technische Anlagen, Fahrzeuge	112.636.639,41	105.321.138,37	2.3	Sonderposten für den Gebührenaussgleich	7.439.387,72	18.217.794,72
1.2.7	Betriebs- und Geschäftsausstattung	118.458.906,50	120.890.161,64	2.4	Sonstige Sonderposten	27.286.751,93	64.647.394,26
1.2.8	Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	141.178.721,92	143.711.725,58		Summe Sonderposten	1.878.086.267,52	1.906.718.358,49
	Summe Sachanlagen	6.215.927.797,54	6.274.244.181,08	3	Rückstellungen		
1.3	Finanzanlagen			3.1	Pensionsrückstellungen	1.107.557.288,88	1.085.426.231,47
1.3.1	Anteile an verbundenen Unternehmen	15.108.964,53	16.434.964,53	3.2	Instandhaltungsrückstellungen	10.464.470,57	8.722.152,28
1.3.2	Beteiligungen	26.925.065,55	27.927.286,84	3.3	Steuerrückstellungen	12.745.269,12	11.656.752,16
1.3.3	Assoziierte Unternehmen	351.900.635,03	384.235.527,81	3.4	Sonstige Rückstellungen	406.435.740,35	371.709.289,94
1.3.4	- davon Unterschiedsbetrag	0,00	0,00		Summe Rückstellungen	1.537.202.768,92	1.477.514.425,85
1.3.5	Wertpapiere des Anlagevermögens	41.253.801,36	40.686.050,99	4	Verbindlichkeiten		
1.3.6	Ausleihungen	52.743.498,04	56.213.015,97	4.1	Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen	2.075.733.237,19	1.715.429.534,21
1.3.7	Sondervermögen	3.802.945,05	1.167.382,80	4.2	Verbindlichkeiten aus Krediten zur Liquiditätssicherung	1.655.964.912,26	1.740.721.265,24
	Summe Finanzanlagen	491.734.909,56	526.664.228,94	4.3	Verbindlichkeiten aus Vorgängen, die Kreditaufnahmen		
	Summe Anlagevermögen	6.727.004.766,79	6.819.966.531,22		wirtschaftlich gleichkommen	29.154.127,27	337.399.545,93
2	Umlaufvermögen			4.4	Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	93.272.380,91	87.867.511,21
2.1	Vorräte	53.230.882,98	52.725.089,61	4.5	Verbindlichkeiten aus Transferleistungen	8.711.320,12	6.784.808,25
2.2	Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände			4.6	Sonstige Verbindlichkeiten	99.612.829,23	97.634.977,46
2.2.1	Öffentlich-rechtliche Forderungen u. Forderungen aus Transferleistung	94.430.053,83	74.002.821,24	4.7	Erhaltene Anzahlungen	99.379.822,44	113.005.982,44
2.2.2	Privatrechtliche Forderungen	172.108.759,79	181.634.839,72		Summe Verbindlichkeiten	4.061.828.629,42	4.098.843.624,74
2.2.3	Sonstige Vermögensgegenstände	78.598.591,49	53.037.170,09	5	passive Rechnungsabgrenzungsposten		
	Summe Forderungen u. son. Verm.gegenstände	345.137.405,11	308.674.831,05			83.476.401,93	87.544.537,85
2.3	Wertpapiere des Umlaufvermögens	254.330,61	0,51				
2.4	Liquide Mittel	173.469.446,18	106.401.533,33				
	Summe Umlaufvermögen	572.092.064,88	467.801.454,50				
3	Aktive Rechnungsabgrenzungsposten	67.338.460,98	70.260.902,39				
4	Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	352.797.188,20	453.525.798,80				
	Summe Aktiva	7.719.232.480,85	7.811.554.686,91		Summe Passiva	7.719.232.480,85	7.811.554.686,91

Gesamtergebnisrechnung Stadt Duisburg	Ergebnis 2016 EUR	Ergebnis 2015 EUR
Ordentliche Erträge		
Steuern und ähnliche Abgaben*	592.659.524,91	595.208.017,15
Zuwendungen und allgemeine Umlagen*	704.883.363,43	673.196.203,66
Sonstige Transfererträge*	18.961.029,76	20.929.167,15
Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	227.967.371,73	219.400.201,39
Privatrechtliche Leistungsentgelte	1.318.354.443,40	1.456.047.605,02
Kostenerstattungen und Kostenumlagen	200.236.613,47	153.468.053,05
Sonstige ordentliche Erträge	167.608.111,14	214.730.928,93
Aktiviert Eigenleistungen	23.596.780,36	27.851.142,90
Bestandsveränderungen	0,00	0,00
Summe ordentliche Erträge	3.254.267.238,20	3.360.831.319,25
Ordentliche Aufwendungen		
Personalaufwendungen	648.786.649,55	604.404.824,80
Versorgungsaufwendungen	61.756.940,29	83.391.227,22
Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	1.428.290.502,22	1.516.221.294,37
Bilanzielle Abschreibungen	235.752.119,94	210.177.270,41
Transferaufwendungen	599.307.848,93	549.077.739,72
Sonstige ordentliche Aufwendungen		
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	10.825.008,44	16.105.116,64
Sonstige Steuern	2.229.648,88	2.330.815,75
Übrige sonstige ordentliche Aufwendungen	160.560.333,96	210.061.702,83
Summe sonstige ordentliche Aufwendungen	173.614.991,28	228.497.635,22
Summe ordentliche Aufwendungen	3.147.509.052,21	3.191.769.991,74
Ordentliches Gesamtergebnis	106.758.185,99	169.061.327,51
Gesamtfinanzergebnis		
Erträge aus Beteiligungsverhältnissen	12.745.578,73	11.033.587,25
Anteil am Ergebnis v. assoziierten Unternehmen	2.034.408,30	4.103.703,09
Zinsen und ähnliche Erträge	4.219.037,02	31.355.287,54
Aufwendungen aus Gewinnabführungsverträgen	152.968,78	224.699,49
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	69.698.863,69	111.730.940,52
Summe Gesamtfinanzergebnis	-50.852.808,42	-65.463.062,13
Gesamtergebnis der laufenden Geschäftstätigkeit	55.905.377,57	103.598.265,38
Außerordentliches Gesamtergebnis		
Außerordentliche Erträge	0,00	3.591.661,95
Außerordentliche Aufwendungen	0,00	90.586.581,56
Summe außerordentliches Gesamtergebnis	0,00	-86.994.919,61
Gesamtjahresergebnis	55.905.377,57	16.603.345,77
Jahresergebnis Anteil Fremder * ¹	-3.842.906,72	-3.832.134,89
Ergebnisverwendung * ²	-12.681.738,82	44.457.664,16
Gesamtbilanzergebnis	39.380.732,03	57.228.875,04
Nachrichtlich: Verrechnung v. Erträge/Aufwendungen m. d. allg. Rücklage gem. § 38 (3) GemHVO		
Verrechnete Erträge bei Vermögensgegenständen	4.918.949,05	23.382.105,56
Verrechnete Erträge bei Finanzanlagen	450.152,12	0,00
Verrechnete Aufwendungen bei Vermögensgegenständen	5.003.145,23	9.598.938,00
Verrechnete Aufwendungen bei Finanzanlagen	30.940.356,10	20.865.341,63
Verrechnungssaldo	-30.574.400,16	-7.082.174,07

* 1 im Jahresergebnis enthaltener, anderen Gesellschaftern zustehender Gewinn oder der auf sie entfallende Verlust

*² Entnahmen/Zuführungen Allgemeine Rücklage

Gesamtabschluss 2016

für das Haushaltsjahr vom 01.01.2016 – 31.12.2016

Gesamtanhang



Inhaltsverzeichnis

Allgemeine Grundlagen	3
Konsolidierungskreis des Konzerns Stadt Duisburg	3
Überblick über die in den Gesamtabschluss einbezogenen vAB	5
Überblick über die nicht einbezogenen vAB.....	6
Konsolidierungsgrundsätze	11
Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden	13
Aufgliederung einzelner Posten aus dem Gesamtabschluss.....	15
A K T I V A	15
1. Anlagevermögen	15
2. Umlaufvermögen	19
3. Aktive Rechnungsabgrenzungsposten	21
4. Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	21
P A S S I V A.....	21
1. Eigenkapital.....	21
2. Sonderposten	22
3. Rückstellungen	24
4. Verbindlichkeiten	24
5. Passive Rechnungsabgrenzungsposten	24
Überblick über die Ertragslage des Konzerns.....	25
Haftungsverhältnisse	25
Finanzinstrumente	26
Gesamtkapitalflussrechnung	26
Sonstige Angaben	28
Anlagenspiegel zum 31.12.2016	29
Rückstellungsspiegel zum 31.12.2016	30
Verbindlichkeitspiegel zum 31.12.2016	31

Allgemeine Grundlagen

Die Stadt Duisburg, Burgplatz 19 in 47051 Duisburg, hat in jedem Haushaltsjahr für den Abschlussstichtag 31. Dezember einen Gesamtabschluss aufzustellen. Er besteht aus der Gesamtergebnisrechnung, also der Aufstellung der erfassten Erträge und Aufwendungen sowie der Gesamtbilanz und dem Gesamtanhang und ist um einen Gesamtlagebericht zu ergänzen. Zudem ist dem Gesamtabschluss der gemeindliche Beteiligungsbericht beizufügen.

Zum Gesamtabschluss hat die Gemeinde ihren Jahresabschluss und die Jahresabschlüsse des gleichen Geschäftsjahres ihrer verselbständigten Aufgabenbereiche (vAB) in öffentlich-rechtlicher oder privatrechtlicher Form zu konsolidieren.

Aufgestellt wird der Gesamtabschluss nach den maßgeblichen Vorschriften aus Gemeindeordnung NRW (GO), Gemeindehaushaltsverordnung NRW (GemHVO), Handelsgesetzbuch in der Fassung vom 25. Mai 2009 (HGB) und der Gesamtabchlussrichtlinie des Konzerns Stadt Duisburg.

Zum Zwecke einer klareren Darstellung sind verschiedene Posten der Gesamtbilanz und der Gesamtergebnisrechnung zusammengefasst worden. Hier im Anhang werden diese Posten gesondert ausgewiesen und erläutert. Die Gesamtergebnisrechnung ist nach den Vorschriften des Neuen Kommunalen Finanzmanagements (NKF) gegliedert.

Der Gesamtabschluss wird in Euro aufgestellt. Alle Beträge sind – soweit nicht anders angegeben – in Euro (EUR) ausgewiesen.

Der vorliegende Abschluss bezieht sich auf das Geschäftsjahr 2016 (1. Januar bis 31. Dezember).

Aufstellung, Vollständigkeit und Richtigkeit des Gesamtabchlusses sowie des Gesamtlageberichts liegen in der Verantwortung des Oberbürgermeisters der Stadt Duisburg.

Der Gesamtabschluss des Konzerns Stadt Duisburg wird vom Rechnungsprüfungsausschuss der Stadt Duisburg gem. § 116 Abs. 6 GO NW geprüft.

Erstellt wurde der Gesamtabschluss mit Hilfe der Konsolidierungssoftware IDL.Konsis der Firma IDL GmbH Mitte, Schmitten.

Konsolidierungskreis des Konzerns Stadt Duisburg

In den Gesamtabchluss sind neben der Stadt Duisburg alle wesentlichen verbundenen verselbständigten Aufgabenbereiche (vAB) einbezogen. Wesentliche assoziierte Unternehmen werden nach der Equity-Methode bilanziert.

VAB, die aus Konzernsicht von untergeordneter Bedeutung sind, werden nicht konsolidiert und unter den Finanzanlagen auf der Aktivseite der Bilanz ausgewiesen.

Bei der Beurteilung der untergeordneten Bedeutung wurde ein mehrdimensionaler Ansatz gewählt, bei dem u.a. die Kriterien Bilanzsumme, Ergebnis und Verschuldung herangezogen wurden.

Im Berichtsjahr wurden folgende vAB zusätzlich zur Stadt Duisburg in den Gesamtabschluss miteinbezogen:

Vollkonsolidierte vAB:

- Immobilien Management Duisburg (IMD) – eigenbetriebsähnliche Einrichtung
- DuisburgSport (DuSport) – eigenbetriebsähnliche Einrichtung
- Duisburger Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft mbH – Konzern (DVV)
- Wirtschaftsbetriebe Duisburg – Anstalt öffentlichen Rechts (WBD)
- GEBAG Duisburger Baugesellschaft mbH
- Stiftung Wilhelm Lehmbruck Museum (WLM)

Assoziierte Unternehmen (Einbeziehung nach der Equity-Methode¹)

- Duisburger Hafen AG – Konzern (duisport)

Nachfolgende vAB wurden aufgrund des Grundsatzes der Wesentlichkeit nicht konsolidiert:

Verbundene Unternehmen:

- Duisburg Kontor Hallenmanagement GmbH
- Duisburg Kontor GmbH
- Zoo Duisburg AG (Zoo)
- filmforum GmbH (filmforum)
- Duisburger Bau- und Verwaltungsgesellschaft mbH & Immobilien KG (DBV Immo KG)
- Immobilien Service Duisburg GmbH (ISD) – inaktiv
- Duisburger Einkaufsgesellschaft mbH (DEG)
- MSV Duisburg Stadionprojekt GmbH & Co. KG

Beteiligungen:

- Duisburger Werkstatt für Menschen mit Behinderung gGmbH (wfbm)
- Revierpark Mattlerbusch GmbH (RPM)
- Entwicklungsgesellschaft Duisburg mbH (EGDU)
- Deutsche Oper am Rhein gGmbH (DOR)
- Gesellschaft für Wirtschaftsförderung Duisburg mbH (GFW)
- Sana Kliniken Duisburg GmbH (bis 2015 - Assoziiertes Unternehmen)

Die Stadt Duisburg ist Trägerin der örtlichen Sparkasse. Diese wird mitsamt ihrer Beteiligungen und ihr zugehörigen Betriebe gem. § 1 Abs. 1 S. 2 Sparkassengesetz NW nicht konsolidiert. Ebenso nicht konsolidiert wird der Sparkassenzweckverband der Städte Duisburg und Kamp-Lintfort.

¹ Die Equity-Methode ist dadurch charakterisiert, dass der Wertansatz für den gemeindlichen Betrieb, ausgehend von den historischen Anschaffungskosten, in den Folgejahren entsprechend der Entwicklung des anteiligen bilanziellen Eigenkapitals des assoziierten Unternehmens fortgeschrieben wird.

Überblick über die in den Gesamtabchluss einbezogenen vAB

Vollkonsolidierungskreis

Die **Duisburger Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft mbH - DVV-Konzern** ist als 100%ige Tochter der Stadt Duisburg eine bedeutende Beteiligung im Sinne der §§ 116 Abs. 3 GO NRW und 50 GemHVO NRW. Sie erfüllt originäre Kernaufgaben der Kommune (ÖPNV, Stadtwerke etc.). Der Konzern ist daher voll zu konsolidieren.

Die **Wirtschaftsbetriebe Duisburg – Anstalt öffentlichen Rechts (WBD)** ist eine bedeutende Beteiligung der Stadt Duisburg im Sinne der GO NRW. Die Stadt Duisburg ist alleinige Trägerin der Anstalt (100% Anteil). Die WBD-AöR erfüllt originäre Kernaufgaben der Stadt Duisburg (Entsorgung etc.). Sie ist voll zu konsolidieren.

Das **Immobilien Management Duisburg (IMD)** hat als öffentlich-rechtlicher Betrieb wesentlichen Anteil am Gesamtabchluss und ist somit als bedeutend gem. GO NRW einzustufen. Es liegt zudem eine einheitliche Leitung der Stadt Duisburg vor, da es sich um eine eigenbetriebsähnliche Einrichtung handelt. Das IMD bilanziert den Großteil des bebauten, städtischen Immobilienvermögens und ist daher voll zu konsolidieren.

Die **Duisburger Baugesellschaft mbH (GEBAG)** ist eine 100%ige Tochter der Stadt Duisburg und eine bedeutende Beteiligung im Sinne der GO NRW. Sie erfüllt originäre Kernaufgaben der Kommune (Bereitstellung von Wohnraum etc.) und hat wesentlichen Anteil am Gesamtabchluss. Die GEBAG ist voll zu konsolidieren.

Duisburg Sport (DuSport) ist eine eigenbetriebsähnliche Einrichtung der Stadt Duisburg und steht somit auch unter einheitlicher Leitung der Kommune. DuSport hat keinen wesentlichen Anteil am Gesamtabchluss, wenn es darum geht, ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzlage zu vermitteln. Durch die Einbeziehung in den Vollkonsolidierungskreis werden wichtige Vermögensgegenstände des Sachanlagevermögens (Sportstätten) dargestellt. DuSport ist voll zu konsolidieren.

Die **Stiftung Wilhelm Lehmbruck Museum (WLM)** ist eine Stiftung der Stadt Duisburg. Es liegt eine einheitliche Leitung der Kommune vor (Stadt Duisburg ist Hauptstifterin). WLM hat keinen wesentlichen Anteil am Gesamtabchluss, wenn es darum geht ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzlage zu vermitteln. Allerdings würden bei Nicht-Einbeziehung wichtige Vermögensgegenstände des Sachanlagevermögens (Kunstgegenstände, Kulturdenkmäler) nicht dargestellt. Um dies zu vermeiden, ist WLM voll zu konsolidieren.

At-Equity-Konsolidierung

Die **Duisburger Hafen AG – duisport** ist eine bedeutende Beteiligung im Sinne der GO NRW und hat wesentlichen Anteil am Gesamtabchluss. Allerdings liegt zum einen keine einheitliche Leitung der Stadt Duisburg vor (33,33% der Anteile fallen auf die Stadt) und auch die im Prüfschema genannten Kontrollmöglichkeiten finden auf die AG keine Anwendung.

Jedoch kann die Kommune maßgeblichen Einfluss auf die AG ausüben. Die Duisport – AG ist somit nach der Equity-Methode einzubeziehen und als assoziiertes Unternehmen auszuweisen.

Die in den Konzernabschluss einbezogenen Abschlüsse der vAB werden nach einheitlichen Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden gemäß den Vorschriften des NKF im Gesamtabchluss abgebildet (siehe Konsolidierungsgrundsätze).

Überblick über die nicht einbezogenen vAB

Verbundene Unternehmen

Die **Duisburg Kontor Hallenmanagement GmbH (DKH)**, ehemals Duisburg Marketing GmbH (DMG) ist eine 100%ige Beteiligung der Stadt Duisburg. Die DKH erfüllt Aufgaben der Stadt Duisburg im Zusammenhang mit dem Betrieb und der Vermarktung von Veranstaltungsstätten auf dem Gebiet der Stadt Duisburg, insbesondere der Mercatorhalle im City-Palais sowie des Landschaftsparks Duisburg-Nord. Das Geschäftsvolumen, die Bilanzsumme und der Wert der Verbindlichkeiten umfassen allerdings jeweils nur einen geringen Anteil des Gesamtvolumens im Konzern Stadt Duisburg. An die DKH wird zwar jährlich ein Verlustausgleich geleistet, dieser macht aber nur einen geringen Anteil der Aufwendungen der Stadt Duisburg aus. Insgesamt ist die DKH also von untergeordneter Bedeutung, wenn ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzgesamtlage der Stadt vermittelt werden soll.

Die **Duisburg Kontor GmbH (DK)**, ehemals FrischeKontor Duisburg GmbH (FKD) ist eine 100%ige Beteiligung der Stadt Duisburg. Das Betreiben von Fleischzentren und Märkten, die Organisation von Veranstaltungen und die Förderung des Tourismus sind keine originären Aufgaben von Kommunen. Das Geschäftsvolumen, die Bilanzsumme und der Wert der Verbindlichkeiten von DK umfassen jeweils nur einen geringen Anteil des Gesamtvolumens im Konzern Stadt Duisburg. An die DK wird zwar jährlich ein Verlustausgleich geleistet, dieser macht aber nur einen geringen Anteil der Aufwendungen der Stadt Duisburg aus. Insgesamt ist die DK also von untergeordneter Bedeutung, wenn ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzgesamtlage der Stadt vermittelt werden soll.

Die **Zoo Duisburg AG** ist eine Tochtergesellschaft, an der die Stadt Duisburg einen Anteil von 72,86% hält. Es werden keine originären Aufgaben der Stadt erfüllt. Es gibt keine Beschränkung der Ausübung der Rechte der Stadt als Muttergesellschaft. Das Geschäftsvolumen, die Bilanzsumme und der Wert des Unternehmens umfassen jeweils nur einen geringen Anteil des Gesamtvolumens aller Finanzanlagen.

An die Zoo AG wird jährlich ein Verlustausgleich geleistet, dieser entspricht aber nur einem geringen Anteil der Aufwendungen der Stadt Duisburg. Insgesamt ist die Zoo AG von untergeordneter Bedeutung, wenn ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzgesamtlage der Stadt vermittelt werden soll.

Die **filmforum GmbH Kommunales Kino & filmhistorische Sammlung der Stadt Duisburg (filmforum)** ist eine 100%ige Beteiligung der Stadt Duisburg. Die Gesellschaft erfüllt keine originären Aufgaben der Stadt. Es gibt keine Beschränkung der Ausübung der Rechte der Stadt als Muttergesellschaft. Da das Eigenkapital die Wesentlichkeitsgrenze von 1 Mio. Euro unterschreitet, ist die Gesellschaft von untergeordneter Bedeutung, wenn ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzgesamtlage der Stadt vermittelt werden soll.

Die Stadt Duisburg ist alleinige Kommanditistin der **Duisburger Bau- und Verwaltungsgesellschaft mbH (DBV) & Co. Immobilien KG (DBV Immo KG)** und hat somit die einheitliche Leitung der Gesellschaft. Persönlich haftende Gesellschafterin (Komplementärin) ist die Duisburger Bau- und Verwaltungsgesellschaft mbH (DBV), eine 100 %ige Tochtergesellschaft der GEBAG. Die DBV ist am Kapital der Gesellschaft nicht beteiligt. Das Geschäftsvolumen, die Bilanzsumme und der Wert der Verbindlichkeiten umfassen jeweils nur einen geringen Anteil des Gesamtvolumens im Konzern Stadt Duisburg. Insgesamt ist die DBV Immo KG also von untergeordneter Bedeutung, wenn ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzgesamtlage der Stadt vermittelt werden soll.

Die **Duisburger Einkaufsgesellschaft mbH (DEG)** hat keinen wesentlichen Anteil am Gesamtabchluss. Die DEG ist von untergeordneter Bedeutung, wenn ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzgesamtlage der Stadt vermittelt werden soll. Des Weiteren empfiehlt das Modellprojekt auf die Vollkonsolidierung von Servicebetrieben zu verzichten, wenn folgende Kriterien erfüllt sind: Leistungserbringung im Wesentlichen für die Kommune bzw. den Konzern, kein oder nur geringes Sachanlagevermögen, keine oder nur geringe langfristige Fremdverbindlichkeiten, ein ausgeglichenes Jahresergebnis. Diese Kriterien sind bei der DEG erfüllt.

Die **MSV Duisburg Stadionprojekt GmbH & Co. KG** ist eine Tochtergesellschaft, an der die Stadt Duisburg insgesamt einen Anteil von 50,1 % (unmittelbar 16,8 %, mittelbar über die DBV KG 33,3 %) hält. Die MSV Duisburg Stadionprojekt GmbH & Co. KG ist Besitzgesellschafterin der Schauinsland-Reisen-Arena. Einzige Mieterin ist die Profifußballgesellschaft des MSV Duisburg e. V.. Die Gesellschaft erfüllt keine originäre Aufgabe der Stadt Duisburg und ist von untergeordneter Bedeutung, wenn ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzgesamtlage der Stadt vermittelt werden soll.

Alle vorgenannten vAB werden mit Ihrem Beteiligungsbuchwert aus der Eröffnungsbilanz der Stadt Duisburg zum 01.01.2008 auf der Aktivseite unter „Anteile an verbundenen Unternehmen“ im Gesamtabchluss ausgewiesen.

Beteiligungen

Die **Duisburger Werkstatt für Menschen mit Behinderung gGmbH (wfbm)** ist eine 50%ige Tochtergesellschaft der Stadt Duisburg. Die Stadt Duisburg hat in der Gesellschafterversammlung nicht die Stimmmehrheit. Es wird keine originäre Aufgabe der Stadt erfüllt. Es gibt keine Beschränkung der Ausübung der Rechte der Stadt als Muttergesellschaft. Das Geschäftsvolumen, die Bilanzsumme und der Wert des Unternehmens umfassen jeweils nur einen geringen Anteil des Gesamtvolumens aller Finanzanlagen. Die Stadt Duisburg ist nach Gesellschaftsvertrag verpflichtet, einen im Wirtschaftsplan ausgewiesenen Verlust auszugleichen, dieser Fall ist aber bisher nicht eingetreten. Insgesamt ist die Gesellschaft von untergeordneter Bedeutung, wenn ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzgesamtlage der Stadt vermittelt werden soll.

Die **Revierpark Mattlerbusch GmbH (RPM)** ist eine 50%ige Tochtergesellschaft der Stadt Duisburg. Die Stadt Duisburg hat in der Gesellschafterversammlung nicht die Stimmmehrheit. Es wird keine originäre Aufgabe der Stadt erfüllt. Es gibt keine Beschränkung der Ausübung der Rechte der Stadt als Muttergesellschaft. Das Geschäftsvolumen, die Bilanzsumme und der Wert des Unternehmens umfassen jeweils nur einen geringen Anteil des Gesamtvolumens aller Finanzanlagen. An die Revierpark Mattlerbusch GmbH wird jährlich ein Verlustausgleich geleistet, dieser entspricht aber nur einem geringen Anteil der Aufwendungen der Stadt Duisburg. Insgesamt ist die Gesellschaft also von untergeordneter Bedeutung, wenn ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzgesamtlage der Stadt vermittelt werden soll.

Die **Entwicklungsgesellschaft Duisburg mbH (EG DU)** ist eine 50%ige Beteiligung der Stadt Duisburg. Die Stadt hat keine Mehrheit in der Gesellschafterversammlung. Nur mit geringem Volumen wurden Aufgaben übertragen. Es gibt keine Beschränkung der Ausübung der Rechte der Stadt als Muttergesellschaft. Da das Eigenkapital die Wesentlichkeitsgrenze von 1 Mio. Euro unterschreitet, ist die Gesellschaft von untergeordneter Bedeutung, wenn ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzgesamtlage der Stadt vermittelt werden soll.

Die Stadt Duisburg ist an der **Deutsche Oper am Rhein gGmbH (DOR, Rheinoper)** nur mit 45% beteiligt. Das Geschäftsvolumen, die Bilanzsumme und der Wert des Unternehmens umfassen jeweils nur einen geringen Anteil des Gesamtvolumens aller Finanzanlagen. Insgesamt ist die Gesellschaft von untergeordneter Bedeutung, wenn ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzgesamtlage der Stadt vermittelt werden soll.

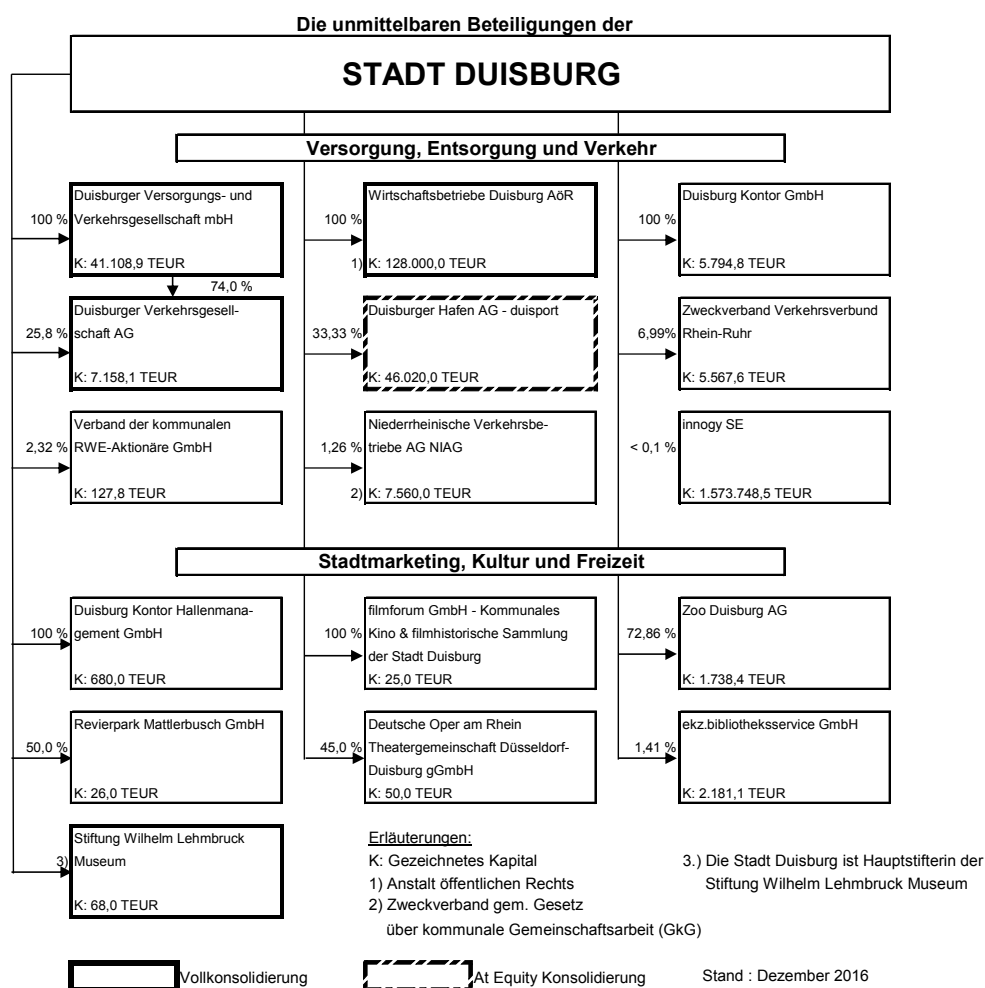
Die **Gesellschaft für Wirtschaftsförderung Duisburg mbH (GFW)** ist eine 50%ige Tochtergesellschaft der Stadt Duisburg. Die Stadt hat keine Mehrheit in der Gesellschafterversammlung. Nur mit geringem Volumen wurden Aufgaben übertragen. Es gibt keine Beschränkung der Ausübung der Rechte der Stadt als Muttergesellschaft. An die GFW wird jährlich ein Verlustausgleich geleistet, dieser entspricht aber nur einem geringen Anteil der Aufwendungen der Stadt Duisburg.

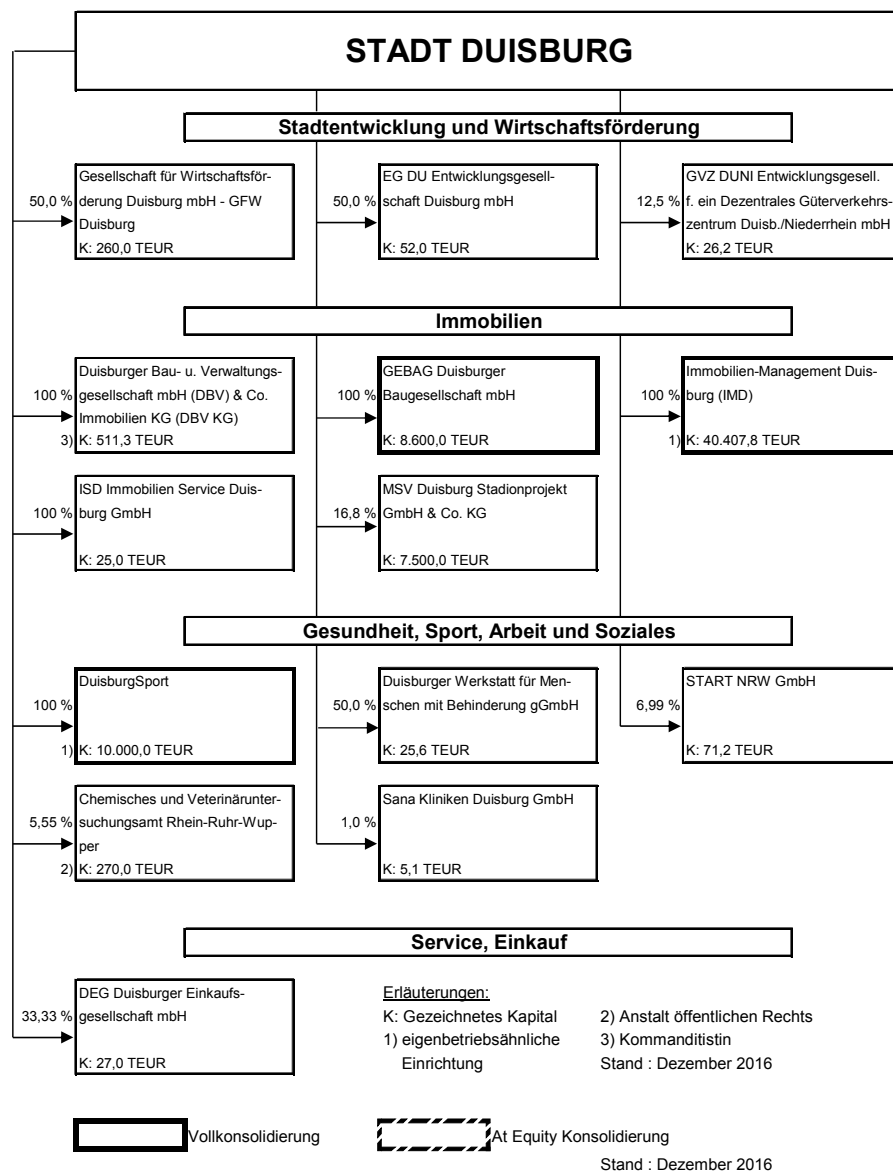
Da das Eigenkapital die Wesentlichkeitsgrenze von 1 Mio. Euro unterschreitet, ist die Gesellschaft von untergeordneter Bedeutung, wenn ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzgesamtlage der Stadt vermittelt werden soll.

Die **Sana Kliniken Duisburg GmbH** (zuvor Klinikum Duisburg GmbH) wurde bis 2015 nach der Equity-Methode einbezogen und als assoziiertes Unternehmen ausgewiesen. Im Juli 2015 wurden weitere 50 von 51% der städtischen Geschäftsanteile an der GmbH an die Sana Kliniken AG veräußert. Bei der Stadt verbleibt 1 % der Geschäftsanteile. Die Beteiligung wurde entkonsolidiert (siehe Gesamtabchluss 2015) und ist nunmehr von untergeordneter Bedeutung, wenn ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzgesamtlage der Stadt vermittelt werden soll.

Alle vorgenannten, d. h. nicht einbezogenen vAB werden mit Ihrem Beteiligungsbuchwert aus der Eröffnungsbilanz der Stadt Duisburg zum 01.01.2008 auf der Aktivseite unter „Beteiligungen“ im Gesamtabchluss ausgewiesen.

Die nachfolgenden Übersichten zeigen eine grafische Darstellung des Konsolidierungskreises des Konzerns Stadt Duisburg.





Vorbemerkung

Der Gesamtabschluss basiert grundsätzlich auf der Grundlage der geprüften Einzelabschlüsse.

Konsolidierungsgrundsätze

Die in den Konzernabschluss einbezogenen Abschlüsse der vAB werden nach einheitlichen Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden gemäß den Vorschriften des NKF im Gesamtabchluss abgebildet. Die **voll zu konsolidierenden** vAB wurden dafür in einem ersten Schritt zum Erstkonsolidierungszeitpunkt 01.01.2010 nach der Neubewertungsmethode neu bewertet. In einem zweiten Schritt erfolgte sodann die Fortschreibung dieser Werte mittels bestimmter, gesetzlich vorgeschriebener Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden (s. u.). Bei der Neubewertung zum Erstkonsolidierungszeitpunkt entstanden im Rahmen der Kapitalkonsolidierung folgende aktive und passive Unterschiedsbeträge:

Aktive Unterschiedsbeträge:

- DVV-Konzern	22.149.738,95 EUR	<u>Bemerkung:</u> Der aktive Unterschiedsbetrag (Firmenwert) resultiert aus dem Bereich der Stadtwerke. Er ergibt sich als Differenz zwischen dem Ertragswert und dem Zeitwert. Faktoren, die zur Bildung eines Firmenwertes führen können, sind Know How, gutes Management, Marktstellung und Kundent Stamm.
- WLM	11.988,85 EUR	Systematische Differenz
<i>Summe</i>	<i>22.161.727,80 EUR</i>	

Passive Unterschiedsbeträge:

- IMD	108.454.831,21 EUR	<u>Bemerkung:</u> Hebung stiller Reserven
- DuSport	1.425.091,30 EUR	Die Differenz entsteht, weil der Bilanzansatz DuSport in der städtischen Bilanz zum 31.12.2009 aufgrund einer Hochrechnung abgewertet wurde. Der tatsächlich eingetretene Fehlbetrag v. DuSport fiel geringer aus, weswegen das Eigenkapital höher als der Bilanzansatz ist.
- WBD	32.274.690,50 EUR	Hebung stiller Reserven
- GEBAG	46.789.731,54 EUR	Hebung stiller Reserven
<i>Summe</i>	<i>188.944.344,55 EUR</i>	

Die aktiven Unterschiedsbeträge sind auf der Aktivseite unter dem Anlagevermögen, bei den Geschäfts- oder Firmenwerten als Geschäftswert Kapitalkonsolidierung ausgewiesen. Sie werden linear über 15 Jahre abgeschrieben.

Die passiven Unterschiedsbeträge aus Kapitalkonsolidierung finden sich normalerweise unter dem Eigenkapital als Teil der allgemeinen Rücklage. Da der Konzern Stadt Duisburg jedoch zum 31.12.2012 erstmals ein negatives Eigenkapital vorweisen musste, werden die Unterschiedsbeträge in der Bilanz nicht mehr dargestellt.

Aufwendungen und Erträge sowie Forderungen und Verbindlichkeiten zwischen den vollkonsolidierten vAB wurden eliminiert. Zwischenergebnisse waren nicht herauszurechnen.

Im Rahmen der Schulden- sowie der Aufwands- und Ertragskonsolidierung wurden sämtliche Differenzen über 1 Mio. € geklärt. Es ergab sich für die Schuldenkonsolidierung ein zu bereinigender Betrag per Gesamtsaldo von 1.777.105,52 EUR und für die Aufwands- und Ertragskonsolidierung ein Betrag per Gesamtsaldo in Höhe von 168.150,05 EUR. Darüber hinaus sind 5,2 Mio. EUR auf die Umsatzsteuerproblematik zurückzuführen. Es handelt sich also dabei um Aufwendungen gegenüber dem Finanzamt. Der sonstige ordentliche Aufwand wurde entsprechend erhöht.

Auch die nach der **Equity-Methode** zu konsolidierenden vAB wurden prinzipiell zum Erstkonsolidierungszeitpunkt 01.01.2010 neu bewertet.

Beim *duisport-Konzern* ergab die Neubewertung einen höheren Unternehmenswert in Höhe von 10.686 TEUR. Gem. § 312 Abs. 1 Satz 3 HGB (alte Fassung von 2002) darf der Wert die Anschaffungskosten für die Anteile an dem assoziierten Unternehmen nicht überschreiten. Somit wurde dem Beteiligungsbuchwert der Stadt der entsprechend gleiche Betrag als anteiliges Eigenkapital des duisport-Konzerns gegenübergestellt. In der Bilanz wird daher kein Unterschiedsbetrag mehr ausgewiesen.

Teilkonzerne

Der DVV-Konzern ist als Teilkonzern in den Gesamtabschluss einbezogen und voll konsolidiert worden. Die in der sechsten Handreichung dafür aufgeführten Voraussetzungen sind gegeben:

- Es wird ein vollständiger handelsrechtlicher Konzernabschluss aufgestellt.
- Die Kapitalverflechtungen und Leistungsbeziehungen zwischen den im Teilkonzern voll zu konsolidierenden Betrieben und anderen zu konsolidierenden gemeindlichen Betrieben wurden aufgedeckt und berücksichtigt.
- Änderungen der Konsolidierungsstruktur wurden berücksichtigt.
- Die im Teilkonzern aufgedeckten stillen Reserven werden fortgeschrieben.

Als assoziiertes Unternehmen ist der duisport-Konzern „at equity“ konsolidiert worden; gem. den Vorschriften des § 312 Abs. 6 HGB erfolgt die Einbeziehung nicht auf Basis des Einzelabschlusses, sondern auf Basis des geprüften Konzernabschlusses. Auch hier waren stille Reserven bzw. stille Lasten zu heben.

Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Grundsätzlich sind sämtliche Vermögensgegenstände und Schulden zum Einbeziehungsstichtag 01.01.2010 neu bewertet worden (s.o.). Dabei wurden nur die im NKF zugelassenen Methoden verwendet. Die Grundsätze der Wesentlichkeit und Wirtschaftlichkeit wurden beachtet. Die Wertansätze werden auf Basis der nachfolgend dargestellten Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden fortgeschrieben.

Immaterielle Vermögensgegenstände werden mit den fortgeführten Anschaffungs- oder Herstellungskosten bilanziert. Sämtliche immaterielle Vermögenswerte weisen eine bestimmbare Nutzungsdauer auf und werden planmäßig linear abgeschrieben. Die Nutzungsdauern und Abschreibungsmethoden werden jährlich überprüft.

Die Ermittlung der Wertansätze für das Sachanlagevermögen in der Eröffnungsbilanz ist gem. § 54 Abs. 1 GemHVO i.V.m. § 92 Abs. 3 GO stichtagsbezogen auf der Grundlage von vorsichtig geschätzten Zeitwerten vorgenommen worden. Bei der Ermittlung der Wertansätze der Vermögensgegenstände wurde hierbei grundsätzlich der Wiederbeschaffungszeitwert herangezogen. Grundlage für die Berechnung sind die (ursprünglichen) Anschaffungs- und Herstellungskosten des Vermögensgegenstandes. Diese wurden dann auf den Bilanzstichtag hochgerechnet, wenn dort stille Reserven vorhanden waren. Entsprechend den Bestimmungen des § 35 GemHVO ist der Wertansatz für Vermögensgegenstände des Anlagevermögens, deren Nutzung zeitlich begrenzt ist, im Rahmen der Zeitwertermittlung um planmäßige, lineare Abschreibungen unter Berücksichtigung der festgesetzten Restnutzungsdauern vermindert worden. Diese Werte gelten als fortgeführte Anschaffungs- oder Herstellungskosten.

Zugänge des Sachanlagevermögens ab 01.01.2010 sind zu Anschaffungs- oder Herstellungskosten, vermindert um planmäßige lineare Abschreibungen, bewertet. Die Abschreibungen sind nach der betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer der Vermögensgegenstände bemessen und können der Abschreibungstabelle für den Konzern Stadt Duisburg entnommen werden. Abschreibungen erfolgen mit Beginn des Folgemonats der Anschaffungen.

Grundsätzlich wird die Einzelbewertung angewandt. Teilbereiche der Betriebs- und Geschäftsausstattung sowie Grünanlagen sind aus Vereinfachungsgründen nach dem Festwertverfahren gemäß § 34 Abs. 1 und Abs. 2 GemHVO bewertet. Es handelt sich im Wesentlichen um

1. Aufwuchs und Ausstattung von Forst- und Parkanlagen
2. Einrichtungen in Schulen
3. Einrichtungen in Kindertagesstätten
4. Fahrzeugbeladungen Feuerwehr
5. Büromobiliar
6. Medienbestände der Stadtbibliothek

Nach § 55 Abs. 3 GemHVO werden für die Kulturpflege bedeutsame Vermögensgegenstände mit ihrem Versicherungswert, ansonsten mit dem einer dauerhaften Versicherung zu Grunde zu legenden Wert angesetzt. Sonstige Kunstgegenstände, Ausstellungsgegenstände und andere bewegliche Kulturobjekte werden mit einem Erinnerungswert (1 €) angesetzt.

Darüber hinaus werden nach § 33 Abs. 4 GemHVO geringwertige Vermögensgegenstände des Anlagevermögens, deren Anschaffungskosten unter 410,00 € zzgl. Umsatzsteuer betragen, aus Vereinfachungsgründen im Jahr des Zugangs vollständig abgeschrieben.

Die Bewertung der verbundenen Unternehmen, Beteiligungen und Sondervermögen, die nicht in den Gesamtabschluss miteinbezogen werden, erfolgt mit Ausnahme von Einzelfällen, in denen die Ertragswertmethode anzuwenden ist, nach der Substanzwertmethode. Beteiligungen von untergeordneter wirtschaftlicher Bedeutung sind nach der Eigenkapitalspiegelmethode bewertet. Sofern Beteiligungen ein negatives Eigenkapital ausweisen, wurde ein Erinnerungswert angesetzt.

Die Bewertung der Vorräte erfolgt grundsätzlich zu Anschaffungskosten. Der Wert der Vorräte wird am Jahresende über die Inventur ermittelt und die Bestandsveränderung aufwandserhöhend bzw. aufwandsmindernd gebucht.

Die Forderungen und die sonstigen Vermögensgegenstände sind zum Nennwert unter Abzug gebotener Wertberichtigungen angesetzt.

Die liquiden Mittel sind zum Nennwert ausgewiesen.

Als aktive Rechnungsabgrenzungsposten werden vor dem Bilanzstichtag geleistete Ausgaben ausgewiesen, soweit sie Aufwand für eine bestimmte Zeit nach diesem Tag darstellen.

Die Sonderposten beinhalten zweckgebundene Zuwendungen für bereits fertig gestellte Vermögensgegenstände. Die ertragswirksame Auflösung der Sonderposten erfolgt parallel zu den Abschreibungen auf den Vermögensgegenständen über die festgelegte Restnutzungsdauer.

Die Rückstellungen wurden nach dem Grundsatz der kaufmännischen Vorsicht für sämtliche erkennbare Risiken und ungewisse Verpflichtungen gebildet. Die Pensionsrückstellungen sind gemäß § 36 Absatz 1 GemHVO nach den beamtenrechtlichen Vorschriften, bezogen auf den Bilanzstichtag bewertet. Der Rechnungszins beträgt 5% für die Pensionsrückstellungen. Die Beihilfen sind pauschal nach dem § 88 des Landesbeamtengesetzes mit 22% bezogen auf die Rückstellungen von Versorgungsbezügen ermittelt. Für sämtliche Rückstellungen gilt § 36 GemHVO.

Der Ansatz der Verbindlichkeiten entspricht ihrem jeweiligen Rückzahlungsbetrag. Verbindlichkeiten in fremder Währung waren zum Bilanzstichtag nicht vorhanden.

Als passive Rechnungsabgrenzungsposten sind Einnahmen vor dem Bilanzstichtag ausgewiesen, die einen Ertrag für eine bestimmte Zeit nach dem Bilanzstichtag darstellen.

Aufgliederung einzelner Posten aus dem Gesamtabschluss

Der Konzern Stadt Duisburg weist zum 31.12.2016 eine

Gesamtbilanzsumme von **7.719.232.480,85** EUR

aus und schließt das Geschäftsjahr 2016 mit einem

Gesamtjahresüberschuss von **55.905.377,57** EUR

ab. Unter Berücksichtigung der Anteile Fremder am Jahresergebnis*¹ sowie der Ergebnisverwendung*² ergibt sich als *Gesamtbilanzergebnis* ein

Überschuss von **39.380.732,03** EUR.

*¹ im Jahresergebnis enthaltener, anderen Gesellschaftern zustehender Gewinn oder der auf sie entfallende Verlust

*² Entnahmen/Zuführungen Allgemeine Rücklage

Aufgliederung der Bilanzpositionen

A K T I V A

1. Anlagevermögen

1.1 Immaterielle Vermögensgegenstände

	31.12.2016	31.12.2015
	EUR	EUR
Geschäfts- oder Firmenwert	11.819.588,16	13.297.036,68
davon: Geschäftswert Kapitalkonsolidierung	11.819.588,16	13.297.036,68
Sonstige immaterielle Vermögensgegenstände	7.351.780,54	8.569.119,31
Anzahlungen auf immat. Vermögensgegenstände	170.690,99	191.965,21
	19.342.059,69	22.058.121,20
Zu den sonstigen immateriellen Vermögensgegenständen zählen Konzessionen, Nutzungsrechte, Lizenzen und Software.		

1.2 Sachanlagen

1.2.1 Unbebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte

	31.12.2016	31.12.2015
	EUR	EUR
Grünflächen	238.012.315,37	228.528.050,24
Ackerland	33.341.725,20	33.398.837,27
Wald, Forsten	19.365.100,43	19.803.675,58
Sonstige unbebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte	191.524.903,31	196.251.303,82
	482.244.044,31	477.981.866,91

Unter den Grünflächen sind Park- und Grünanlagen, Kleingärten, Friedhöfe, Sportflächen, Wasserflächen und Naturschutzflächen bilanziert.

Unter der Position Ackerland werden sowohl der Grund und Boden des begünstigten Agrarlandes (besondere Flächen der Land- oder Forstwirtschaft) als auch die rein landwirtschaftlich genutzten Flächen ausgewiesen.

Unter den sonstigen unbebauten Grundstücken werden insbesondere das Bauland, Rohbau- und Bauerwartungsland sowie Grundstücke, für die Erbbaurechte vergeben worden sind, ausgewiesen.

1.2.2 Bebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte

	31.12.2016	31.12.2015
	EUR	EUR
Kinder- und Jugendeinrichtungen	98.817.340,91	99.668.242,73
Schulen	884.430.264,49	901.815.397,14
Sportstätten	52.767.924,23	54.106.637,66
Wohnbauten	482.026.239,11	461.030.034,42
Grundstücke mit sozialen Einrichtungen	4.178.778,12	2.680.735,38
Grundstücke mit Mehrzweck- und Messehallen	61.003.423,85	61.867.466,33
Grundstücke mit sonstigen Dienst-, Geschäfts- und sonstigen Betriebsgebäuden	245.975.907,38	254.736.476,17
	1.829.199.878,09	1.835.904.989,83

1.2.3 Infrastrukturvermögen

	31.12.2016	31.12.2015
	EUR	EUR
Grund und Boden des Infrastrukturvermögens	376.706.993,35	375.918.109,17
Brücken und Tunnel	155.784.161,95	161.159.599,32
Gleisanlagen mit Streckenausrüstung und Sicherheitsanlagen	82.440.266,68	90.112.191,91
Entwässerungs- und Abwasserbeseitigungs- anlagen	604.015.072,28	603.357.130,55
Straßennetz mit Wegen, Plätzen und Verkehrslenkungsanlagen	779.439.571,40	799.508.428,77
Stromversorgungsanlagen	287.894.916,34	300.946.880,52
Gasversorgungsanlagen	136.474.907,42	140.053.146,48
Wasserversorgungsanlagen	101.932.925,69	101.395.763,08
Sonstige Bauten des Infrastrukturvermögens	916.413.026,96	925.179.144,06
	3.441.101.842,07	3.497.630.393,86

Grund und Boden des Infrastrukturvermögens

Es handelt sich hierbei um einen Sammelposten, der sämtlichen Grund und Boden des gemeindlichen Infrastrukturvermögens enthält. Eine genaue Zuordnung auf die einzelnen Bilanzposten des Infrastrukturvermögens ist nicht erforderlich.

Brücken und Tunnel

Zu diesem Bilanzposten gehören Brücken, Tunnel, Durchlässe und sonstige Ingenieurbauwerke. Diese sind unabhängig von ihrer Nutzung für Fußgänger, Straßen- oder Schienenverkehr.

Gleisanlagen

Hierzu zählen sämtliche dem Betrieb des Streckennetzes unmittelbar dienende Anlagen wie z.B. Gleisunterbau, Schienen, Oberleitungen, Signal- und Funkanlagen, Zugsicherungs- und Zuglenkungsanlagen.

Versorgungsanlagen

Zu den Versorgungsanlagen zählen Strom-, Gas- und Wasserversorgungsanlagen. Ab dem Gesamtabchluss 2013 erfolgt der Ausweis getrennt.

1.2.4 Bauten auf fremdem Grund und Boden

	31.12.2016	31.12.2015
	EUR	EUR
Bauten auf fremdem Grund und Boden	1.342.677,35	0*

* Bis einschl. 2015 sind unter dieser Bilanzposition keine Werte vorhanden. Ab 2016 stellt die Bilanzposition Bauten auf fremdem Grund und Boden im Besitz der DVV und des IMD dar.

Hierunter sind im städtischen Besitz befindliche Gebäude auf Erbbaurechtsgrundstücken erfasst.

1.2.5 Kunstgegenstände, Kulturdenkmäler

	31.12.2016	31.12.2015
	EUR	EUR
Kunstgegenstände, Kulturdenkmäler	89.764.911,89	89.803.728,89
Baudenkmäler	50,00	50,00
Bodendenkmäler	126,00	126,00
	89.765.087,89	89.803.904,89

Diese Bilanzposition beinhaltet zum größten Teil Kunstgegenstände und Kulturdenkmäler der Stiftung Wilhelm Lehmbruck Museum; außerdem Kunstgegenstände des Kultur- und Stadthistorischen Museums, des Museums der Deutschen Binnenschifffahrt sowie Plastiken im Freien.

1.2.6 Maschinen und technische Anlagen, Fahrzeuge

	31.12.2016	31.12.2015
	EUR	EUR
Maschinen und technische Anlagen	63.240.421,37	56.423.995,93
Spezialfahrzeuge	25.690.918,70	23.366.621,74
Fahrzeuge für den ÖPNV	15.385.761,25	17.020.409,53
Sonstige Fahrzeuge	8.319.538,09	8.510.111,17
	112.636.639,41	105.321.138,37

1.2.8 Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau

	31.12.2016	31.12.2015
	EUR	EUR
Geleistete Anzahlungen	51.594,52	0,00
Anlagen im Bau	141.127.127,40	143.711.725,58
	141.178.721,92	143.711.725,58

1.3 Finanzanlagen

	31.12.2016	31.12.2015
	EUR	EUR
Anteile an verbundenen Unternehmen	15.108.964,53	16.434.964,53
Beteiligungen	26.925.065,55	27.927.286,84
Assoziierte Unternehmen	351.900.635,03	384.235.527,81
davon Unterschiedsbetrag	0,00	0,00
Wertpapiere des Anlagevermögens	41.253.801,36	40.686.050,99
Ausleihungen	52.743.498,04	56.213.015,97
Sondervermögen	3.802.945,05	1.167.382,80
Summe Finanzanlagen	491.734.909,56	526.664.228,94

Unter den vorgenannten Positionen werden die Anteile an folgenden nicht vollkonsolidierten Unternehmen und Betrieben ausgewiesen. Diese sind mit dem Wert aus der Eröffnungsbilanz der Stadt Duisburg vom 01.01.2008 einbezogen.

1.3.1 Anteile an verbundenen Unternehmen

Zum Anteilsvermögen der verbundenen Unternehmen zählen:

- Sparkassenzweckverband der Städte Duisburg und Kamp-Lintfort
- Duisburg Kontor Hallenmanagement GmbH (vormals Duisburg Marketing GmbH)
- Duisburg Kontor GmbH (vormals FrischeKontor Duisburg GmbH)
- Zoo Duisburg AG
- filmforum GmbH - Kommunales Kino und Filmhist. Sammlung der Stadt Duisburg
- Duisburger Bau- und Verwaltungsgesellschaft mbH (DBV) & Co. Immobilien KG (DBV KG)
- Immobilien Service Duisburg GmbH (inaktiv)
- Duisburger Einkaufsgesellschaft mbH (DEG)
- MSV Duisburg Stadionprojekt GmbH & Co. KG

1.3.2 Beteiligungen

Das Anteilsvermögen der Beteiligungen umfasst die Anteile an den nachstehend aufgeführten Gesellschaften:

- Sana Kliniken Duisburg GmbH (zuvor Klinikum Duisburg GmbH)
- Duisburger Werkstatt für Menschen mit Behinderung gGmbH (wfbm)
- Revierpark Mattlerbusch GmbH (RPM)
- Entwicklungsgesellschaft Duisburg mbH (EG DU)
- Deutsche Oper am Rhein Theatergemeinschaft Düsseldorf-Duisburg gGmbH (DOR)
- Gesellschaft für Wirtschaftsförderung Duisburg mbH - GFW

1.3.3 Assoziierte Unternehmen

Nachfolgende Beteiligungen werden mit der At-Equity-Methode in den Gesamtabchluss einbezogen:

- Duisburger Hafen AG - duisport

1.3.5 Wertpapiere des Anlagevermögens

- Zweckverband Verkehrsverbund Rhein-Ruhr
- START Zeitarbeit NRW GmbH
- Niederrheinische Verkehrsbetriebe AG NIAG
- ekz.bibliotheksservice GmbH
- Verband der kommunalen RWE-Aktionäre GmbH
- GVZ DUNI (inaktiv)
- RWE AG, Stammaktien
- Stadtbahn-Fonds
- Chemisches und Veterinäruntersuchungsamt Rhein-Ruhr-Wupper AöR
- Zweckverband KDN - Dachverband kommunaler IT-Dienstleister

1.3.6 Ausleihungen

Unter den Ausleihungen sind langfristige Darlehen der Stadt Duisburg, die diese im Rahmen ihrer Aufgabenerzielung vergibt, bilanziert.

1.3.7 Sondervermögen

Unselbstständige Stiftungen

2. Umlaufvermögen

2.1 Vorräte

Der Posten Vorräte umfasst die Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe, unfertige Erzeugnisse und unfertige Leistungen, fertige Erzeugnisse und Waren sowie geleistete Anzahlungen. Als Vorräte sind nur Lagerbestände an verwertbaren Materialien anzusetzen. Sofern bereits Bestände aus Lagern abgegeben worden sind, gelten sie als ver-

braucht. Abweichend von dem Grundsatz der Einzelbewertung sind die Festbewertung, die Gruppenbewertung und die Sammelbewertung als Bewertungsvereinfachungsverfahren zulässig (§ 34 GemHVO).

	31.12.2016	31.12.2015
	EUR	EUR
Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	11.535.207,16	6.856.233,16
Waren (auch Grundstücke des Umlaufvermögens)	14.394.803,24	18.526.842,48
Unfertige Erzeugnisse	26.880.194,20	27.315.460,97
Fertige Erzeugnisse	26.522,00	26.553,00
Geleistete Anzahlungen	394.156,38	0,00
	53.230.882,98	52.725.089,61

2.2 Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände

2.2.1 Öffentlich-rechtliche Forderungen und Forderungen aus Transferleistungen

Öffentlich-rechtliche Forderungen sind öffentlich-rechtliche Ansprüche der Stadt Duisburg/des vAB in der Rolle als Gläubiger, von einem anderen in der Rolle als Schuldner eine Leistung, ein Tun oder ein Unterlassen zu verlangen. Sie resultieren aus der Festsetzung von Gebühren, Beiträgen und Steuern sowie aus Transferleistungen und sonstigen öffentlich-rechtlichen Rechtsverhältnissen.

	31.12.2016	31.12.2015
	EUR	EUR
Gebührenforderungen	21.672.185,77	17.066.473,23
Beitragsforderungen	9.641.176,63	9.255.576,81
Steuerforderungen	18.635.200,77	21.561.383,31
Forderungen aus Transferleistungen	15.878.951,84	8.577.431,37
Forderungen aus sonst. öff.-rechtl. Forderungen	28.602.538,82	17.541.956,52
	94.430.053,83	74.002.821,24

Gebühren sind Geldleistungen, die als Gegenleistung für eine besondere Leistung, Amtshandlung oder sonstige Tätigkeit der Verwaltung (Verwaltungsgebühr) oder für die Inanspruchnahme öffentlicher Einrichtungen und Anlagen (Benutzungsgebühr) erhoben werden. Bei einer Gebührenforderung handelt es sich demnach um einen geldlichen Anspruch der Stadt Duisburg/des vAB gegen einen anderen, der aus der Festsetzung einer Verwaltungs- oder Benutzungsgebühr entsteht.

Beiträge sind Geldleistungen, die dem Ersatz des Aufwandes für die Herstellung, Anschaffung und Erweiterung öffentlicher Einrichtungen und Anlagen, jedoch ohne die laufende Unterhaltung und Instandsetzung, dienen. Bei Beitragsforderungen handelt es sich demnach um einen geldlichen Anspruch der Stadt Duisburg/des vAB gegen einen anderen, der als Gegenleistung aus der Entstehung eines wirtschaftlichen Vorteils erhoben wird.

Transferleistungen sind Geldmittel oder Sachleistungen, die wirtschaftlich Schwächere von wirtschaftlich Stärkeren erhalten. Forderungen aus Transferleistungen sind demnach Ansprüche der Gemeinde gegen einen anderen, bei denen der Tatbestand

zutrifft, an den das Gesetz die Leistungspflicht knüpft, um wirtschaftlich Schwächere zu entlasten. Zu den Forderungen aus Transferleistungen gehören Finanzzuweisungen, Umlagen und Steuerbeteiligungen.

2.2.2 Privatrechtliche Forderungen

	31.12.2016	31.12.2015
	EUR	EUR
Privatr. Forderungen gegen den privaten Bereich	123.220.021,31	138.426.156,08
Privatr. Forderungen gegen den öffentl. Bereich	16.507.512,54	15.677.391,30
Privatr. Ford. gegen verb. nicht vollk. Unternehmen	1.863.145,22	1.279.538,24
Privatr. Forderungen gegen Beteiligungen	30.518.080,72	26.251.754,10
Privatr. Ford. gegen nicht vollk. Sondervermögen		
	172.108.759,79	181.634.839,72

3. Aktive Rechnungsabgrenzungsposten

	31.12.2016	31.12.2015
	EUR	EUR
Disagio	44.107,58	76.835,82
Sonstige aktive Rechnungsabgrenzungsposten	67.294.353,40	64.989.146,91
Aktive latente Steuern	0,00	5.194.919,66
	67.338.460,98	70.260.902,39

4. Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag

Im Gesamtabchluss 2016 wird aufgrund des negativen Eigenkapitals des Konzerns, ein nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag auf der Aktivseite ausgewiesen.

	31.12.2016	31.12.2015
	EUR	EUR
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	352.797.188,20	453.525.798,80

P A S S I V A

1. Eigenkapital

1.1 Allgemeine Rücklage

Die allgemeine Rücklage ist aufgrund des negativen Eigenkapitals seit dem Gesamtabchluss 2012 komplett aufgezehrt.

Nach § 43 (3) GemHVO NRW sind Erträge und Aufwendungen aus dem Abgang und der Veräußerung von Vermögensgegenständen nach § 90 (3) Satz 1 GO NRW sowie aus Wertveränderungen von Finanzanlagen unmittelbar (ergebnisneutral) mit der Allgemeinen Rücklage zu verrechnen. Die Verrechnungen werden unter der Gesamtergebnisrechnung (Anlage 3) nachrichtlich dargestellt. Für 2016 ergibt sich ein Verrechnungssaldo von -30.574.400,16 EUR.

Dieser ergibt sich im Wesentlichen aus den Aufwendungen aus Wertveränderungen von Finanzanlagen in Höhe von -30.940.356,10 EUR, welche überwiegend aus außerplanmäßigen Abschreibungen an Anteilen an der KSBG seitens der DVV resultieren.

Des Weiteren konnten Erträge aus der Veräußerung von Vermögensgegenständen in Höhe von 4.918.949,05 EUR realisiert werden, denen jedoch Aufwendungen aus der Veräußerung von Vermögensgegenständen in Höhe von 5.003.145,23 EUR gegenüberstehen.

Die Aufwendungen resultieren überwiegend aus Straßenbaumaßnahmen, bei denen der Straßenkörper im Vollausbau in allen Schichten erneuert wird (3,0 Mio. EUR). Der Restbuchwert der vorhandenen Bausubstanz wird in diesen Fällen ausgebucht. Die Erträge resultieren überwiegend aus Grundstücksveräußerungen (0,7 Mio. EUR) und der Auflösung von Sonderposten im Rahmen von Straßenerneuerungen (1,7 Mio. EUR) bei der Kernverwaltung. Bei Straßenerneuerungen wird die noch vorhandene Bausubstanz ausgebucht und der in diesem Zusammenhang gebildete Sonderposten aufgelöst.

1.2 Sonderrücklagen

Unter dem Bilanzposten Sonderrücklagen werden die der Stiftung Wilhelm Lehmbruck Museum übertragenen Kunstgegenstände mit 55.242.041,49 EUR ausgewiesen.

	31.12.2016	31.12.2015
	EUR	EUR
Sonderrücklagen	55.242.041,49	55.242.041,49

1.7 Ausgleichsposten für Anteile anderer Gesellschafter

In dieser Position werden die Anteile des Eigenkapitals zusammengefasst, die anderen Gesellschaftern zustehen.

	31.12.2016	31.12.2015
	EUR	EUR
DVV - Konzern	91.061.736,78	173.357.224,33
Stiftung Wilhelm Lehmbruck Museum	12.334.634,79	12.334.474,16
	103.396.371,57	185.691.698,49

2. Sonderposten

2.1 Sonderposten für Zuwendungen

Für erhaltene Zuwendungen, die im Rahmen einer Zweckbindung bewilligt und gezahlt worden sind und für die Anschaffung von Vermögensgegenständen verwendet wurden, sind entsprechende Sonderposten anzusetzen. Die Auflösung der Sonderposten wird entsprechend der Abnutzung des bezuschussten Vermögensgegenstandes vorgenommen.

Wurden bei Eigenbetrieben im Rahmen der Vermögensübertragung Sonderposten nicht mit übertragen (ist also gem. den Wahlrechten der Eigenbetriebsverordnung Eigenkapital entstanden), so wurde im Rahmen der Neubewertung für diese Objekte auf einen Ausweis des anteiligen Sonderpostens für diese Objekte verzichtet. Bei Anlagegütern, die vor dem 01.01.2010 angeschafft wurden und bei denen die Investitionszuschüsse direkt abgezogen wurden (Nettomethode), ist teilweise auch im Gesamtabchluss entsprechend verfahren worden.

Vom 01.01.2010 an werden im gesamten Konsolidierungskreis neu angeschaffte Anlagegüter brutto dargestellt und der Sonderposten für Investitionszuschüsse ausgewiesen.

	31.12.2016	31.12.2015
	EUR	EUR
Sonderposten für Zuwendungen	1.671.203.401,6	1.646.361.073,00

2.2 Sonderposten für Beiträge

Die Sonderposten für Beiträge beinhalten die im Rahmen von Straßenbaumaßnahmen erhaltenen Erschließungsbeiträge sowie Straßenbaubeiträge resultierend aus dem Baugesetzbuch und dem Kommunalabgabengesetz.

	31.12.2016	31.12.2015
	EUR	EUR
Sonderposten für Beiträge	172.156.726,27	177.492.096,51

2.3 Sonderposten für den Gebührenaussgleich

Diese Position beinhaltet Sonderposten der WBD-AöR, die dem Ausgleich von ausstehenden Gebühren dienen.

	31.12.2016	31.12.2015
	EUR	EUR
Sonderposten für den Gebührenaussgleich	7.439.387,72	18.217.794,72

2.4 Sonstige Sonderposten

	31.12.2016	31.12.2015
	EUR	EUR
Sonstige Sonderposten	27.286.751,93	64.647.394,26

3. Rückstellungen

Die Rückstellungen setzen sich wie folgt zusammen:

	31.12.2016	31.12.2015
	EUR	EUR
Pensionsrückstellungen	1.107.557.288,88	1.085.426.231,47
Instandhaltungsrückstellungen	10.464.470,57	8.722.152,28
Steuerrückstellungen	12.745.269,12	11.656.752,16
Sonstige Rückstellungen	406.435.740,35	371.709.289,94
	1.537.202.768,92	1.477.514.425,85

Die Bewertung der Pensionsrückstellungen erfolgt nach versicherungsmathematischen Grundsätzen zum Teilwert. In den Vorschriften zum NKF ist ein Rechnungszinssatz von 5% vorgegeben.

Instandhaltungsrückstellungen

Während nach den Vorschriften des HGB der Zeitraum für die Berücksichtigung von Maßnahmen auf 3 Monate begrenzt ist, können im NKF alle Maßnahmen berücksichtigt werden, die im Zeitraum der mittelfristigen Ergebnis- und Finanzplanung hinreichend konkret beabsichtigt sind.

Steuerrückstellungen

Hierzu gehören alle Rückstellungen für Steuerschulden der Gemeinde und der vABs (nicht nur Ertragsteuern), soweit sie nicht der Höhe und dem Grunde nach feststehen und daher als Verbindlichkeiten auszuweisen sind. Ungewissheit besteht bis zur Festsetzung der Steuer. Dabei ist auch das erkennbare Risiko für Steuernachzahlungen zu berücksichtigen.

Die sonstigen Rückstellungen bestehen im Wesentlichen aus Verpflichtungen im Personalbereich, Rückstellungen für ausstehende Rechnungen sowie andere ungewisse Verbindlichkeiten.

4. Verbindlichkeiten

Es wird auf den beiliegenden Verbindlichkeitspiegel verwiesen.

5. Passive Rechnungsabgrenzungsposten

Der passive Rechnungsabgrenzungsposten weist Einnahmen vor dem Bilanzstichtag aus, die Erträge nach dem Stichtag darstellen.

Überblick über die Ertragslage des Konzerns

Gesamtergebnisrechnung Stadt Duisburg	Ergebnis 2016 EUR	Ergebnis 2015 EUR
Summe ordentliche Erträge	3.254.267.238,20	3.360.831.319,25
Summe ordentliche Aufwendungen	3.147.509.052,21	3.191.769.991,74
Ordentliches Gesamtergebnis	106.758.185,99	169.061.327,51
Summe Gesamtfinanzergebnis	-50.852.808,42	-65.463.062,13
Gesamtergebnis der laufenden Geschäftstätigkeit	55.905.377,57	103.598.265,38
Summe außerordentliches Gesamtergebnis	0,00	-86.994.919,61
Gesamtjahresergebnis	55.905.377,57	16.603.345,77
Jahresergebnis Anteil Fremder	-3.842.906,72	-3.832.134,89
Ergebnisverwendung	-12.681.738,82	44.457.664,16
Gesamtbilanzergebnis	39.380.732,03	57.228.875,04

Haftungsverhältnisse

Bürgschaften

Im Grundbuch von Rheinhausen ist eine Grundschuld in Höhe von 500.000,00 EUR zu Gunsten der Stadt Duisburg zur Absicherung der Fortführung des Bertha-Krankenhauses gemäß Vertrag zwischen der Sana-Kliniken AG, der Klinikum Duisburg GmbH und der Stadt Duisburg vom 03.08.2007 eingetragen worden.

Darüber hinaus hat die Stadt Duisburg Ausfallbürgschaften für folgende Kreditnehmer übernommen:

	31.12.2016 EUR	31.12.2015 EUR
Duisburg Kontor Hallenmanagement GmbH	0,00	110.438,97
Wohnungsgen. Rheinpreußensiedlung eG	547.656,80	571.566,86
	547.656,80	682.005,83

Sonstige Garantieerklärungen

Im Rahmen eines Finanzierungsgeschäftes (Forfaitierung) der GMVA hat die Stadt Duisburg eine Einwendungs- und Einredeverzichtserklärung gegenüber der finanzierenden Bank abgegeben. Am 31.12.2016 betrug die Restforderung der Bank gegenüber der GMVA auf den die Stadt Duisburg betreffenden Anteil (unter Berücksichtigung von Ausgleichsregelungen) 36.014.447,97 EUR.

Über eine mit der GMVA getroffene Rückgriffsvereinbarung ist die GMVA verpflichtet, die durch die Stadt an die Bank geleisteten Zahlungen zu erstatten, welche auf die evtl. Inanspruchnahme aus der oben genannten Einwendungs- und Einredeverzichtserklärung zurückzuführen sind.

Finanzinstrumente

Zum 31.12.2016 bestehen bei der Stadt Duisburg selbst keine Finanzgeschäfte mit Kreditinstituten zur Absicherung von Zinsänderungsrisiken außer der nachfolgend aufgeführten:

DVV-Konzern

Die DVV und ihre Tochtergesellschaften haben entsprechend ihrer operativen Tätigkeit Derivate abgeschlossen. Für die Stadtwerke Duisburg AG wurden Marktpreisrisiken und damit verbundene Zahlungsstromänderungsrisiken in der Rohstoffbeschaffung, in der Beschaffung von Emissionsrechten, in Fremdwährungen sowie im Zinsbereich identifiziert. Vor dem Hintergrund der volatilen Finanzmärkte sind Maßnahmen erforderlich, um die Planungssituation absichern zu können.

Im Rahmen des Zinsmanagements werden die aus variabel verzinsten Darlehen entstehenden Zinsänderungsrisiken für einen wesentlichen Teil des Gesamtportfolios durch den Abschluss von Zinsswaps begrenzt. Im Geschäftsjahr 2016 erfolgte weder bei der DVV noch bei den Tochtergesellschaften ein Abschluss von Zinssicherungsgeschäften. Die DVV hat mit vorzeitiger Rückführung eines Darlehens das zum Grundgeschäft gehörende Sicherungsgeschäft ebenfalls beendet. Zum Ende des Geschäftsjahres 2016 besitzt die DVV daher keine weiteren Zinssicherungsgeschäfte.

Mit der bisher nicht durchgeführten Absicherung von variablen Darlehen verfolgt die DVV sowie die Tochtergesellschaften das Ziel, weiterhin vom niedrigen Zinsniveau partizipieren zu können. Auch weiterhin ist nicht davon auszugehen, dass sich das kurzfristige Zinsniveau in naher Zukunft signifikant erhöhen wird. Zum 31.12.2016 beträgt das Volumen der variablen Grundgeschäfte für die DVV 17,5 Mio. EUR.

Gesamtkapitalflussrechnung

Die Gesamtkapitalflussrechnung soll ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Gesamtfinanzlage des Konzerns Stadt Duisburg vermitteln. Neben den Finanzierungsquellen - unterteilt in Cash-Flow aus laufender Geschäftstätigkeit, aus Investitionstätigkeit und aus Finanzierungstätigkeit - wird ebenso die Veränderung der liquiden Mittel dargestellt.

Die Gesamtkapitalflussrechnung wurde unter Beachtung des Deutschen Rechnungslegungsstandards Nr. 2 (DRS 2) aufgestellt. Für die Bereiche Investitions- und Finanzierungstätigkeit wurde die direkte Methode (Erfassung der entsprechenden Ein- und Auszahlungen) angewendet. Für den Bereich der laufenden Geschäftstätigkeit wurde die indirekte Methode (abgeleitet aus dem Gesamtjahresergebnis zu- bzw. abzüglich zahlungsunwirksamer Vorgänge) gewählt.

		Ergebnis 2016
		in T.Euro
1	Gesamtergebnis aus lfd. Verwaltungstätigkeit vor außerordentlichen Posten	55.905
2 +/-	Abschreibungen / Zuschreibungen auf Gegenstände des Anlagevermögens	230.253
3 +/-	Zunahme / Abnahme der Rückstellungen	59.688
4 +/-	Sonstige zahlungsunwirksame Aufwendungen / Erträge	-76.539
5 +/-	Verlust / Gewinn aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens	0
6 +/-	Abnahme / Zunahme der Vorräte, der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Aktiva, die nicht der Investitions- und Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	-34.046
7 +/-	Zunahme / Abnahme der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Passiva die nicht der Investitions- und Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	-7.464
8 +/-	Ein- und Auszahlungen aus außerordentlichen Posten	0
9 =	Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit	227.798
10	Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Sachanlagevermögens	8.629
11 -	Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen	-130.584
12 +	Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des immateriellen Anlagevermögens	7.234
13 -	Auszahlungen für Investitionen in das immaterielle Anlagevermögen	-61.773
14 +	Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Finanzanlagevermögens	10.077
15 -	Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	-206
16 +/-	Einzahlungen/Auszahlungen aus dem Verkauf/Erwerb von konsolidierten Unternehmen und sonstigen Geschäftseinheiten	0
17 +/-	Einzahlungen/Auszahlungen aufgrund von Finanzmittelanlagen im Rahmen der kurzfristigen Finanzdisposition	0
18 +	Einzahlungen aus investiven Zuwendungen und Beiträgen (Einzahlungen in Sonderposten)	58.740
19 -	Auszahlungen von aktivierbaren Zuwendungen	-1.386
20 =	Cashflow aus der Investitionstätigkeit	-109.270
21	Einzahlungen aus Eigenkapitalzuführungen (Kapitalerhöhungen, Verkauf eigener Anteile)	756
22 -	Auszahlungen an Unternehmenseigner und Minderheitsgesellschafter (Dividenden, Eigenkapitalrückzahlungen, andere Ausschüttungen)	0
23 +	Einzahlungen aus der Begebung von Anleihen und der Aufnahme von (Finanz-) Krediten	1.580.159
24 -	Auszahlungen aus der Tilgung von Anleihen und (Finanz-) Krediten	-1.633.599
25 =	Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit	-52.684
26 =	Zahlungswirksame Veränderung des Finanzmittelfonds (Summe Cashflows)	65.845
27 +/-	Wechselkurs-, konsolidierungskreis- und bewertungsbedingte Änderungen des Finanzmittelfonds	0
28 +	Finanzmittelfonds am Anfang der Periode	106.402
29 =	Finanzmittelfonds am Ende der Periode	172.246

Im Konzern Stadt Duisburg übersteigen die operativen Einzahlungen die laufenden Auszahlungen, so dass der Saldo aus der laufenden Geschäftstätigkeit mit 227,8 Mio. EUR positiv ausfällt. Der negative Saldo aus Investitionstätigkeit von 109,3 Mio. EUR ergibt sich insbesondere durch Investitionen in das Sachanlagevermögen im Konzern Stadt Duisburg. Der Saldo aus Finanzierungstätigkeit i. H. v. rd. -52,7 Mio. EUR ist auf die Einzahlung aus der Eigenkapitalzuführung bei der DVV (0,7 Mio. EUR), die Aufnahme von Liquiditäts-Krediten (1.580,2 Mio. EUR) und Auszahlungen zur Tilgung von Kredite (1.633,6 Mio. EUR) zurückzuführen. Unter Berücksichtigung des Finanzmittelbestands zu Periodenbeginn i.H.v. 106,4 Mio. EUR ergibt sich per Saldo ein Finanzmittelbestand zum 31.12.2016 i.H.v. 172,2 Mio. EUR.

Zwischen dem Finanzmittelfonds am Ende der Periode (172,2 Mio. EUR) und den in der Bilanz ausgewiesenen Liquiden Mittel zum 31.12.2016 (173,4 Mio. EUR) besteht buchungsbedingt eine Differenz in Höhe von 1,2 Mio. EUR. Diese bleibt als unwesentlich bestehen, da sie die Aussage der Gesamtkapitalflussrechnung nicht wesentlich verändert.

Sonstige Angaben

keine

Anlagenspiegel zum 31.12.2016										
Anlagevermögen	Stand		Anschaffungs- und Herstellungskosten			Abschreibungen				
	Stand 31.12.2016 TEUR	Stand 31.12.2015 TEUR	Zugänge TEUR	Um- buchungen TEUR	Abgänge TEUR	Zugänge TEUR	Um- buchungen TEUR	Abgänge TEUR	Zuschrei- bungen TEUR	
Immaterielle Vermögensgegenstände										
Geschäfts- oder Firmenwert	11.820	13.297	0	0	0	1.477	0	0	0	0
Sonstige immaterielle Vermögensgegenstände	7.352	8.569	2.058	154	219	3.415	0	205	0	0
Anzahlungen auf immaterielle Vermögensgegenstände	171	192	15	-36	0	0	0	0	0	0
Summe immaterielle Vermögensgegenstände	19.342	22.058	2.073	118	219	4.892	0	205	0	0
Sachanlagen										
Unbebaute Grundstücke und grundstücksgl. Rechte	482.244	477.982	3.749	10.546	5.848	4.564	0	380	0	0
Bebaute Grundstücke und grundstücksgl. Rechte	1.829.200	1.835.905	40.598	15.118	6.738	53.698	34	2.423	4.374	0
Infrastrukturvermögen	3.441.102	3.497.630	42.896	31.818	6.616	128.097	-23	3.448	0	0
Bauten auf fremdem Grund und Boden	1.343	0	1.547	155	0	359	0	0	0	0
Kunstgegenstände, Kulturdenkmäler	89.765	89.804	14	0	53	0	0	0	0	0
Maschinen und technische Anlagen, Fahrzeuge	112.637	105.321	14.084	9.522	9.258	16.238	24	9.231	0	0
Betriebs- und Geschäftsausstattung	118.459	120.890	19.189	5.874	3.175	26.608	-35	2.253	0	0
Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	141.179	143.712	71.475	-73.150	687	170	0	0	0	0
Summe Sachanlagen	6.215.928	6.271.244	193.552	-118	32.376	229.734	0	17.734	4.374	
Finanzanlagen										
Anteile an verbundenen Unternehmen	15.109	16.435	0	0	1.326	0	0	0	0	0
Beteiligungen	26.925	27.927	0	-10	992	0	0	0	0	0
Assoziierte Unternehmen	351.901	384.236	2.045	10	5.490	28.900	0	0	0	0
Wertpapiere des Anlagevermögens	41.254	40.686	568	0	0	0	0	0	0	0
Ausleihungen	52.743	56.213	31	0	3.550	0	0	49	0	0
Sondervermögen	3.803	1.167	2.636	0	0	0	0	0	0	0
Summe Finanzanlagen	491.735	526.664	5.279	0	11.357	28.900	0	49	0	0
Summe Anlagevermögen	6.727.005	6.819.967	200.903	0	43.952	263.527	0	17.987	4.374	

Rückstellungsspiegel zum 31.12.2016								
	Periodenanfang EUR	Inanspruchnahme EUR	Auflösungen EUR	Zuführungen EUR	Umbuchungen EUR	Konsolidierungs- maßnahmen EUR	Periodenende EUR	
Pensionsrückstellungen	1.085.426.231,47	41.859.124,44	575.962,34	64.566.144,19			1.107.557.288,88	
Instandhaltungsrückstellungen	8.722.152,28	4.368.615,81	1.090.808,09	7.201.742,19			10.464.470,57	
Steuerrückstellungen	11.656.752,16	1.255.721,89	482.553,30	2.826.792,15			12.745.269,12	
Sonstige Rückstellungen	371.692.215,82	152.571.777,66	11.209.293,68	198.524.595,87			406.435.740,35	
Summe Rückstellungen	1.477.497.351,73	200.055.239,80	13.358.617,41	273.119.274,40	0,00	0,00	1.537.202.768,92	

Verbindlichkeitspiegel zum 31.12.2016					
Art der Verbindlichkeiten	RLZ <1 Jahr EUR	RLZ >1 Jahr <= 5 Jahre EUR	RLZ > 5 Jahre EUR	Gesamt EUR	Vorjahr EUR
Anleihen					
Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen	185.481.865,65	512.083.294,53	1.378.168.077,01	2.075.733.237,19	1.715.429.534,21
Verbindlichkeiten aus Krediten zur Liquiditätssicherung	1.320.074.371,39	114.050.688,58	221.839.852,29	1.655.964.912,26	1.740.721.265,24
Verbindlichkeiten aus Vorgängen, die Kreditaufnahmen wirtschaftlich gleichkommen	295.474,45	1.580.355,85	27.278.296,97	29.154.127,27	337.399.545,93
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	93.037.122,91	235.258,00		93.272.380,91	87.867.511,21
Verbindlichkeiten aus Transferleistungen	8.711.320,12			8.711.320,12	6.784.808,25
Sonstige Verbindlichkeiten	91.766.408,71	1.384.544,03	6.461.876,49	99.612.829,23	97.634.977,46
Erhaltene Anzahlungen	99.379.822,44			99.379.822,44	113.005.982,44
Summe Verbindlichkeiten	1.798.746.385,67	629.334.140,99	1.633.748.102,76	4.061.828.629,42	4.098.843.624,74
Nachrichtlich:					
Haftungsverhältnisse aus der Bestellung von Sicherheiten:					
Patronatserklärungen	547.656,80				682.005,83
Bürgschaften	36.014.447,97				45.018.059,96
Sonstige Garantieerklärungen					

Gesamtabschluss 2016

für das Haushaltsjahr vom 01.01.2016 – 31.12.2016

Gesamtlagebericht



Inhaltsverzeichnis

Vorbemerkung	3
A. Darstellungen der Rahmenbedingungen und der verselbstständigten Aufgabenbereiche	3
a) Rahmenbedingungen	3
b) Geschäftsverlauf im Konzern Stadt Duisburg	5
I. Aufgabenfelder	5
II. Vorgänge von besonderer Bedeutung	8
B. Ertragslage (Ergebnisrechnung)	10
C. Vermögens-, Schulden- und Finanzlage (Bilanz)	14
D. Risiko-, Chancen- und Nachtragsbericht	17
a) Entwicklung des Eigenkapitals im Konzern Stadt Duisburg	18
b) Entwicklung der Verschuldung der Stadt Duisburg (Einzelabschluss)	19
c) Weitere Risiken	20
E. Ausblick und Prognose	23
F. Kennzahlen	26
a) Haushaltswirtschaftliche Gesamtsituation	26
b) Kennzahlen zur Vermögenslage	27
Anlage	30

Vorbemerkung

Gemäß § 116 Abs. 1 GO NRW in Verbindung mit § 49 Abs. 2 GemHVO NRW ist der aus der Gesamtergebnisrechnung, der Gesamtbilanz und dem Gesamtanhang bestehende Gesamtabschluss um einen Gesamtlagebericht zu ergänzen. Die nachfolgenden Ausführungen geben einen Überblick über den Geschäftsablauf mit den wichtigsten Ergebnissen des Gesamtabchlusses und der Gesamtlage in ihren tatsächlichen Verhältnissen. Sie erläutern das durch den Gesamtabschluss vermittelte Bild der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzgesamtlage der Stadt Duisburg einschließlich der verselbstständigten Aufgabenbereiche. Darüber hinaus enthält der Gesamtlagebericht eine Zusammenfassung der relevanten Analysekenntzahlen. Auf Chancen und Risiken für die künftige Gesamtentwicklung wird eingegangen.

Auf die Angabe der Organe und Mitgliedschaften des Verwaltungsvorstandes sowie der Ratsmitglieder gem. § 95 Abs. 2 GO NW wird verzichtet, da die Informationen bereits im Einzellagebericht der Kernverwaltung dargestellt werden, auf den hiermit verwiesen wird.

A. Darstellungen der Rahmenbedingungen und der verselbstständigten Aufgabenbereiche

a) Rahmenbedingungen

Das Jahr 2016 hat die **Weltwirtschaft** gefestigt beendet. Obwohl die hohe Dynamik in den USA zur Jahresmitte hin hauptsächlich von Sondereinflüssen wie u. a. der Erwartung eines einschneidenden Politikschwenks begünstigt war und sich zum Jahresende hin etwas verlangsamt hatte, gab es insgesamt eine Aufhellung des weltweiten Konjunkturbildes.¹ Nachdem die Wirtschaft in 2016 mit verhaltenen 3,1% gewachsen ist, schätzt der IWF das Wachstum der Folgejahre auf 3,4% in 2017 und 3,6% in 2018.²

Das Wirtschaftswachstum in den **Vereinigten Staaten** ist moderat gestiegen. So legte das Bruttoinlandsprodukt (BIP) im 4. Quartal 2016 auf das Jahr hochgerechnet um 1,9% zu, nach einer Zunahme von 3,5% im 3. Quartal 2016. Im Gesamtjahr 2016 wuchs die US-Wirtschaft um 1,6% (2015: 2,4%).³ Im Wesentlichen wurde das robuste Wachstum von den privaten Konsumausgaben, dem Außenhandel und einer Umkehr des Beitrags der Vorratsveränderungen getragen. Die Lage am Arbeitsmarkt hat sich weiter entspannt, da die Zahl der Beschäftigten außerhalb der Landwirtschaft im 4. Quartal 2016 im Monatsdurchschnitt um 165.000 zunahm. Dies trug zu einer weiteren Beschleunigung des Lohnwachstums bei, wobei der jährliche Anstieg des durchschnittlichen Stundenlohns bei 2,9 % lag.⁴ Zum Jahresende 2016 hin reduzierte sich die Arbeitslosenquote zum Vorjahr um 0,3% auf 4,9%.⁵

1 Deutsche Bundesbank: Monatsbericht Februar 2017

2 Internationaler Währungsfonds, Konjunkturaussicht 2017

3 Bureau of Economic Analysis: GROSS DOMESTIC PRODUCT: FOURTH QUARTER AND ANNUAL 2016 (SECOND ESTIMATE), https://bea.gov/newsreleases/national/gdp/2017/pdf/gdp4q16_2nd.pdf

4 Europäische Zentralbank: Wirtschaftsbericht 1/2017

5 Statista: USA Arbeitslosenquote von 2006 bis 2016, <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/17332/umfrage/arbeitslosenquote-in-den-usa/>

Auch bei den Entwicklungs- und Schwellenländern hat sich das Wirtschaftswachstum gefestigt. Sie tragen derzeit das Wachstum der Weltwirtschaft. In **China** expandierte das reale Bruttoinlandsprodukt zum Jahresende hin mit einer im internationalen Vergleich hohen stabilen Rate (+6,7% in 2016). Die Industrieproduktion wächst weiterhin beständig, die Anlageninvestitionen steigen stabil und insbesondere die staatseigenen Unternehmen verzeichnen eine verstärkte Geschäftstätigkeit.⁶

Ebenfalls stieg das reale BIP im **Euro-Raum**. So konnte im vierten Quartal 2016 gegenüber dem Vorjahresquartal ein Zuwachs von 1,7% verzeichnet werden.⁷ Der öffentliche Schuldenstand hingegen sank von 91,5% (Ende 2015) auf 90,1% (Ende 2016) des BIP.⁸

Die Lage am Arbeitsmarkt hat sich noch weiter entspannt. Während die saisonbereinigte Arbeitslosenquote Ende 2015 noch bei 10,5% lag, sank sie im Dezember 2016 weiter auf die seit Mai 2009 niedrigste im Euro-Raum verzeichnete Quote von 9,6%. Dabei ergeben sich bei der Verteilung der Arbeitslosenzahlen deutliche Divergenzen innerhalb des Euro-Raumes. So verzeichneten Deutschland (3,9%) und die Tschechische Republik (3,5%) im Dezember 2016 die niedrigste harmonisierte Arbeitslosenquote. Die höchsten Quoten registrierten Griechenland (23,0% im Oktober 2016) sowie Spanien (18,4%). Über ein Jahr betrachtet fiel die Arbeitslosenquote im Dezember 2016 in vierundzwanzig Mitgliedstaaten und stieg in Zypern (von 13,1% auf 14,3%), Italien (von 11,6% auf 12,0%), Estland (von 6,6% auf 6,7% zwischen November 2015 und November 2016) und Dänemark (von 6,1% auf 6,2%) an. Die stärksten Rückgänge wurden in Kroatien (von 15,0% auf 11,4%), Spanien (von 20,7% auf 18,4%) und Portugal (von 12,2% auf 10,2%) registriert.⁹

Auch in **Deutschland** war die konjunkturelle Lage im Jahr 2016 gekennzeichnet durch ein solides und stetiges Wirtschaftswachstum. Das reale BIP war im Jahresdurchschnitt 2016 um 1,9% höher als im Vorjahr. Ausschlaggebend für die positive Entwicklung war die inländische Verwendung. So waren die privaten Konsumausgaben preisbereinigt um 2,0% höher als im Vorjahr. Mit einem Plus von 4,2% stiegen die staatlichen Konsumausgaben sogar noch deutlich stärker. Zurückzuführen ist dieser kräftige Anstieg unter anderem auf die hohe Zuwanderung von Schutzsuchenden und die daraus resultierenden Kosten. Die Bauinvestitionen stützten ebenfalls das Wirtschaftswachstum. Die preisbereinigten Bauinvestitionen stiegen im Jahr 2016 kräftig um 3,1%, was vor allem an höheren Investitionen für Wohnbauten lag. Auch die Anlageinvestitionen legten zu: In Ausrüstungen (hauptsächlich Maschinen, Geräte und Fahrzeuge) wurden 1,7% mehr investiert als im Vorjahr. Gebremst wurde das BIP-Wachstum im Jahr 2016 durch einen Vorratsabbau von 0,4 Prozentpunkten. Die Exporte von Waren und Dienstleistungen stiegen gegenüber dem Vorjahr preis-, saison- und kalenderbereinigt um 2,5%. Die Importe legten ebenfalls stärker zu (+3,4%). Insgesamt hatte der Außenbeitrag, also die Differenz von Exporten und Importen, damit einen leicht negativen Effekt auf das BIP-Wachstum von -0,1 Prozentpunkten.¹⁰

Auf dem deutschen Arbeitsmarkt ist eine gesteigerte Arbeitskräftenachfrage wahrzunehmen. Erwerbstätigkeit und sozialversicherungspflichtige Beschäftigung haben

6 Europäische Zentralbank: Wirtschaftsbericht 1/2017

7 Eurostat: Pressemitteilung 40/2017 - 7. März 2017, BIP-Schätzung

8 Eurostat: Pressemitteilung 27/2017 - 14. Februar 2017, Öffentlicher Schuldenstand im Euro-Raum

9 Eurostat: Pressemitteilung 22/2017 - 31. Januar 2017, Arbeitslosenquote im Euro-Raum

10 Statistisches Bundesamt; Pressemitteilung Nr. 010 vom 12.01.2017

weiter zugenommen. Das Plus resultiert zum größeren Teil aus Zuwanderung und gestiegener Erwerbsneigung, kam aber auch inländischen Arbeitslosen zugute. Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung sind jahresdurchschnittlich gesunken, obwohl sich mehr geflüchtete Menschen arbeitslos meldeten. Die Erwerbstätigkeit hat im Jahresdurchschnitt um 429.000 oder 1,0% auf 43,49 Mio. zugenommen, nach +395.000 oder +0,9% im Jahr 2015. Insgesamt reduzierte sich die Arbeitslosenquote auf Basis aller zivilen Erwerbspersonen im Jahr 2016 um 0,3 Prozentpunkte auf 6,1%, verglichen mit der Quote des Vorjahres.¹¹

Das Bruttoinlandsprodukt von **Nordrhein-Westfalen** lag mit 669,7 Mrd. Euro um 1,8% über dem des Jahres 2015. Die wirtschaftliche Entwicklung im nordrhein-westfälischen Dienstleistungssektor lag dabei um 2,2% über dem Ergebnis des Jahres 2015. Im Verarbeitenden Gewerbe (+0,8%) NRWs fiel das Wirtschaftswachstum hingegen niedriger aus als im bundesweiten Durchschnitt (+1,9%).¹²

Die gute Stimmung im Land zeigt sich nahezu unverändert und gilt dementsprechend auch für die konjunkturellen Aussichten in der Region. So steht der Konjunkturklimaindex der Niederrheinischen IHK entsprechend des konstanten Stimmungsbildes im Herbst 2016 bei 110 Punkten (Frühsommerumfrage 2016: 112) und damit weiterhin über dem langjährigen Durchschnitt von 105 Punkten. Rund zwei Drittel aller regional angesiedelten Unternehmen gehen von einer stabilen Wirtschaftsentwicklung aus, in der Industrie sind es sogar drei Viertel. Bemerkenswert ist allerdings, dass in diesem Segment auch nur noch knapp 14 % mit besseren Geschäften rechnen. Das ist der niedrigste Wert seit der Frühsommerumfrage 2012. Nach dem Beschluss der Briten, aus der EU auszutreten, fürchten sich viele der produzierenden Betriebe um die Zukunft einer ihrer wichtigsten europäischen Märkte.¹³

In **Duisburg** sank die Arbeitslosenquote im Dezember 2016 verglichen mit dem Vorjahreswert um 0,4 Prozentpunkte von 13,0% auf 12,6%. Die darin enthaltene SGB II-Arbeitslosenquote hat sich um 0,3 Prozentpunkte verringert auf 10,8%. Insgesamt beläuft sich die Zahl der gemeldeten Arbeitslosen damit auf 31.434 Personen.¹⁴ Besonders hervorzuheben ist der Duisburger Binnenhafen, welcher in 2016 mit einem Gesamtgüterumschlag von 133 Mio. Tonnen kräftig wuchs und damit volumenmäßig fast gleichauf lag mit dem Deutschland-Spitzenreiter Hamburg.¹⁵

b) Geschäftsverlauf im Konzern Stadt Duisburg

I. Aufgabenfelder

Die Geschäftstätigkeit des „Konzerns Stadt Duisburg“ umfasst pflichtige und freiwillige Aufgaben der kommunalen Selbstverwaltung, die durch die Kernverwaltung und die in den Gesamtabschluss einbezogenen Einrichtungen und Beteiligungen erbracht werden. Dieser Konsolidierungskreis wird regelmäßig überprüft. Ihm gehören in 2016 - wie schon in den Vorjahren - neben der Kernverwaltung, die eigenbetriebsähnlichen Einrichtungen Immobilien Management Duisburg und DuisburgSport sowie die nachfolgend genannte Beteiligungen des öffentlichen und privaten Rechts an.

¹¹ Bundesagentur für Arbeit: Der Arbeits- und Ausbildungsmarkt in Deutschland - Monatsbericht Dezember und Jahr 2016

¹² IT.NRW: Pressemitteilung 080/2017

¹³ IHK-Konjunkturreport Herbst 2016

¹⁴ Bundesagentur für Arbeit: Arbeitsmarktreport für Duisburg - Dezember 2016, <http://www.statistik.arbeitsagentur.de/>

¹⁵ Duisport Pressemitteilung vom 05.04.2017

Die vAB werden im Folgenden in der Reihenfolge des Beteiligungsberichtes aufgeführt, die Gliederung orientiert sich also an den Sparten. Zu einer detaillierteren Beschreibung der einzelnen vAB wird auf den Gesamtanhang 2016 verwiesen. Weitere Informationen zu allen Beteiligungen sind im Beteiligungsbericht zu finden.

Versorgung, Entsorgung und Verkehr

- Duisburger Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft mbH (DVV) mit Stadtwerke Duisburg AG (SWDU) und Duisburger Verkehrsgesellschaft AG (DVG)
 - Der DVV-Konzern stellt als Teilkonzern mit seinen Tochtergesellschaften die größte beherrschte Beteiligung der Stadt Duisburg dar. Sie ist zuständig für die Versorgung mit Elektrizität, Gas, Wasser und Wärme sowie die Erfüllung von Verkehrsaufgaben jeder Art, insbesondere des öffentlichen Nahverkehrs.
- Duisburger Hafen AG (duisport) – Konzern
 - Die Stadt Duisburg hat durch ihre 33,33%ige Beteiligung einen maßgeblichen Einfluss und bezieht den Konzern daher als assoziiertes Unternehmen mit in den Gesamtabschluss ein. Das Unternehmen betreibt die Häfen einschließlich aller Nebenanlagen und Bahnanlagen. Duisburg hat den größten Binnenhafen Europas.
- Wirtschaftsbetriebe Duisburg – Anstalt öffentlichen Rechts (WBD)
 - Die Stadt Duisburg ist alleinige Trägerin der Anstalt, welche für die Kommune sämtliche Aufgaben in den Bereichen Abfallwirtschaft, Stadtentwässerung, Stadtreinigung und Winterdienst, Unterhaltung der Grünflächen, Betrieb der Friedhöfe, Pflege der gesamten städtischen Infrastruktur, Gewässerunterhaltung und Hochwasserschutz wahrnimmt.

Stadtmarketing, Kultur und Freizeit

- Stiftung Wilhelm Lehmbruck Museum - Zentrum internationaler Skulptur – (WLM)
 - Die Stiftung wird aufgrund ihrer Wichtigkeit in Bezug auf Kunstgegenstände und Kulturdenkmäler in den Gesamtabschluss einbezogen.

Immobilien

- Duisburger Baugesellschaft mbH (GEBAG)
 - Die Gesellschaft errichtet, betreut, bewirtschaftet und verwaltet Bauten in allen Rechts- und Nutzungsformen, darunter Eigenheime und Eigentumswohnungen. Sie nimmt in allen Bereichen des Immobilienmanagements Aufgaben wahr. Schwerpunkte sind die Immobilienentwicklung, Stadtentwicklung, Mitwirkung bei der Verbesserung der Infrastruktur und der Wirtschaftsförderung.
- Immobilien Management Duisburg (IMD)
 - Die eigenbetriebsähnliche Einrichtung hat die Aufgabe, Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Gebäude sowie sonstige Bauwerke für die Zwecke der Stadt Duisburg nach kaufmännischen Grundsätzen zu

erwerben, anzumieten, zu pachten, zu bewirtschaften, zu entwickeln und zu verwerten sowie Bauvorhaben zu realisieren. Die Ziele der Stadt im Hinblick auf die Stadtentwicklung und die Wirtschaftsförderung sind dabei zu beachten. Dem IMD wurde zum 01.01.2003 bzw. 01.01.2004 in zwei Schritten sämtliches Immobilienvermögen der Stadt Duisburg übertragen.

Gesundheit, Sport, Arbeit und Soziales

- DuisburgSport (DuSport)
 - Die eigenbetriebsähnliche Einrichtung ist als Sondervermögen der Stadt für sämtliche Belange des Sportbereichs zuständig und pflegt die Sportstätten der Stadt Duisburg. Ihr wurde das Sportstättenvermögen der Stadt teilweise übertragen.

II. Vorgänge von besonderer Bedeutung

Der Haushalt der Stadt Duisburg war letztmalig im Jahr 1992 ausgeglichen. Seitdem stieg das Defizit im Verwaltungshaushalt bzw. nach der Umstellung auf das „Neue kommunale Finanzmanagement (NKF)“ im Jahr 2008 im Ergebnishaushalt kontinuierlich an. Diesen Verlauf konnten auch die in den vergangenen zwei Jahrzehnten aufgestellten Konsolidierungsprogramme nicht aufhalten.

Am 22.03.2010 hatte der Rat der Stadt Duisburg das Haushaltssicherungskonzept 2010 (HSK) mit einem Konsolidierungsvolumen von bis zu 162 Mio. EUR verabschiedet. Dieses musste i.R. der zweiten Fortschreibung zum Haushaltsjahr 2012 im Volumen auf rd. 159 Mio. EUR p.a. abgesenkt werden (davon rd. 140 Mio. EUR innerhalb des Finanzplanungszeitraums). Trotz intensiver Konsolidierungsbemühungen war die Stadt Duisburg weiterhin nicht in der Lage, einen ausgeglichenen Haushalt innerhalb des Finanzplanungszeitraums darzustellen. Somit unterlag die Stadt Duisburg in den letzten Jahren dauerhaft den Restriktionen des § 82 Gemeindeordnung NRW, wonach sie nur zur Leistung von Aufwendungen berechtigt war, zu deren Leistung sie rechtlich verpflichtet war oder die zur Weiterführung notwendiger Aufgaben unaufschiebbar waren.

Am 16.12.2011 wurde schließlich im Gesetz- und Verordnungsblatt NRW das „Gesetz zur Unterstützung der kommunalen Haushaltskonsolidierung im Rahmen des Stärkungspakts Stadtfinanzen“ (Stärkungspaktgesetz) veröffentlicht. Demnach unterstützt das Land NRW ab dem Jahr 2011 die Haushaltskonsolidierung aller überschuldeten oder von Überschuldung bedrohten Gemeinden mit einer jährlichen Konsolidierungshilfe.

Mit einem „Nicht durch Eigenkapital gedeckten Fehlbetrag“ von 140,1 Mio. EUR zum Stichtag 31.12.2010 (31.12.2011 = 240,9 Mio. EUR) gehörte die Stadt Duisburg zum Kreis der bereits überschuldeten Kommunen und unterlag somit der pflichtigen Teilnahme am Stärkungspakt Stadtfinanzen. Dabei beläuft sich die jährliche Konsolidierungshilfe auf rd. 52 Mio. EUR, die erste Rate wurde bereits im Dezember 2011 ausbezahlt.

Gem. § 6 Abs. 2 Stärkungspaktgesetz NRW ist die Stadt Duisburg verpflichtet, den Haushaltsausgleich spätestens im Jahr 2016 – dann noch unter Einbeziehung der Konsolidierungshilfe – zu erreichen. In den Folgejahren ist durch weitere Konsolidierungsbemühungen „ein degressiver Abbau der zum Haushaltsausgleich erforderlichen Konsolidierungshilfe vor(zu)sehen“. Spätestens ab dem Jahr 2021 muss der Haushaltsausgleich aus eigener Kraft und ohne Konsolidierungshilfe des Landes erreicht werden. In der Spitze weist der am 25.06.2012 vom Rat der Stadt Duisburg beschlossene und zuletzt im Rahmen der Beratungen zum Haushalt 2016 fortgeschriebene Haushaltssanierungsplan (HSP) ein Konsolidierungsvolumen von 292,5 Mio. EUR aus. Darin sind die im Jahr 2010 ff. beschlossenen Maßnahmen des Haushaltssicherungskonzepts (HSK) mit enthalten.

Im festgestellten Jahresabschluss 2016 konnte die Stadt Duisburg, so wie im Vorjahr, ein positives Jahresergebnis (rd. 5,7 Mio. EUR) verbuchen und somit den vom Landesgesetzgeber geforderten Haushaltsausgleich abermals erreichen. Gemäß aktueller Haushaltsplanung für das Jahr 2018, die einen Jahresüberschuss von rd. 5,6 Mio. EUR ausweist, wird die Stadt Duisburg das Konsolidierungsziel weiterhin

erfolgreich verfolgen. Trotz der sukzessiv wegfallenden Konsolidierungshilfe soll sich der Jahresüberschuss im Jahr 2021 danach auf rd. 2,2 Mio. EUR belaufen.

Damit würde die Stadt Duisburg in die Lage versetzt, die in den vergangenen Jahren eingetretene Überschuldung Schritt für Schritt abzutragen und perspektivisch zu einer generationengerechten Haushaltsführung zurückzukehren. Bei einem negativen Eigenkapital von voraussichtlich rd. 410,7 Mio. EUR im Jahr 2021 wird deutlich, dass auch über den HSP-Zeitraum hinaus sparsames Wirtschaften und konsequente Konsolidierung notwendig sein werden. Die Belastung durch die Liquiditätskredite und der Abbau selbiger, im Jahr 2021 rd. 1,5 Mrd. EUR, erfordern auch weiterhin die Einhaltung vorgenannter Haushaltsdisziplin.

Anzumerken ist an dieser Stelle allerdings auch, dass die Realisierung der im Eckwertepapier dargestellten Entwicklungen nicht allein in der Hand der Stadt Duisburg liegt. Auf der Ertragsseite können die Gemeindeanteile an Gemeinschaftssteuern (Einkommensteuer, Umsatzsteuer) nur aufgrund der jeweils aktuellen Steuerschätzungen und Orientierungswerte berechnet werden. Auch die Gewerbesteuer eignet sich aufgrund ihrer volatilen Entwicklung kaum für eine verlässliche Prognose. Sollte es aufgrund der wirtschaftlichen Entwicklung zu Steuerausfällen kommen, wäre die Stadt Duisburg – und somit auch der Haushaltssanierungsplan – davon in erheblichem Maße betroffen.

Entsprechendes gilt auch für die mit Abstand größte Ertragsposition, die Schlüsselzuweisungen. Verringert sich auf Landesebene der Steuerertrag, der zur Berechnung der auf die Kommunen zu verteilenden Masse (Schlüsselmasse) entfällt, hat dies direkt Auswirkungen auf die Empfängerkommunen. Gleiches gilt, wenn sich die Steuerkraft der Kommunen untereinander erheblich verschieben sollte. In der Folge würden dann Kommunen mit überdurchschnittlich stark sinkender Steuerkraft erheblich mehr Zuweisungen – zu Lasten der anderen Empfängerkommunen – erhalten. Insbesondere dieser Tatbestand lässt sich mangels Kenntnis der realen Entwicklungen in der Zukunft nicht in der Prognose abbilden.

Auch die Umsetzung der beschlossenen Konsolidierungsmaßnahmen kann, bei aller Sorgfalt der Planung, nicht in allen Fällen als gesichert angesehen werden. Neben den im erheblichen Umfang geplanten Personaleinsparungen, die nur durch konsequente Aufgabenkritik realisiert werden können, drohen insbesondere auch aus dem Bereich der städtischen Beteiligungen Risiken für den Haushaltssanierungsplan (siehe hierzu auch Ziff. 5.5).

B. Ertragslage (Ergebnisrechnung)

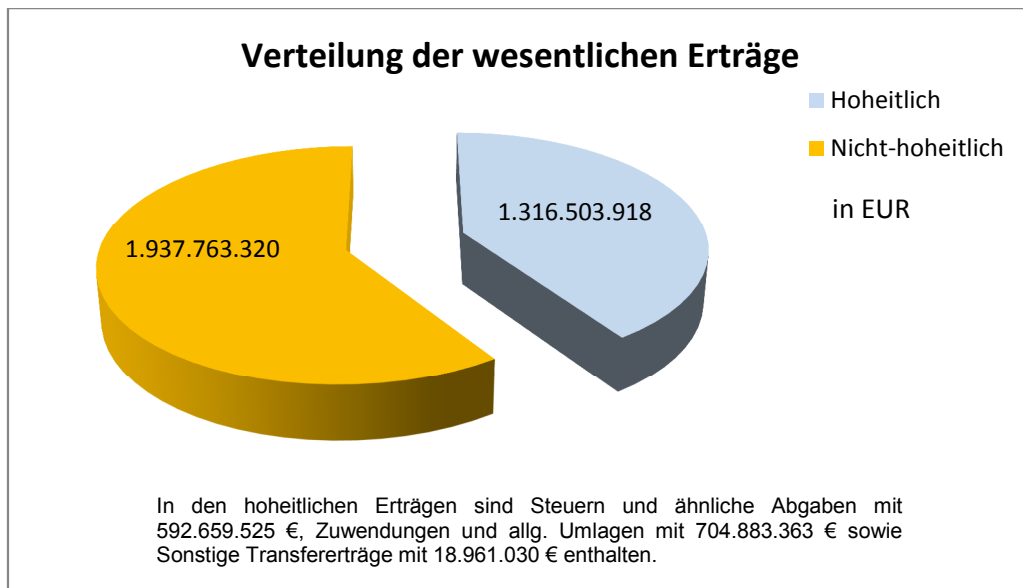
Gesamtergebnisrechnung Stadt Duisburg	Ergebnis EUR	2016	%	Ergebnis EUR	2015	%
Ordentliche Erträge						
Steuern und ähnliche Abgaben*	592.659.524,91	18,21		595.208.017,15	17,71	
Zuwendungen und allgemeine Umlagen*	704.883.363,43	21,66		673.196.203,66	20,03	
Sonstige Transfererträge*	18.961.029,76	0,58		20.929.167,15	0,62	
Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	227.967.371,73	7,01		219.400.201,39	6,53	
Privatrechtliche Leistungsentgelte	1.318.354.443,40	40,51		1.456.047.605,02	43,32	
Kostenerstattungen und Kostenumlagen	200.236.613,47	6,15		153.468.053,05	4,57	
Sonstige ordentliche Erträge	167.608.111,14	5,15		214.730.928,93	6,39	
Aktivierte Eigenleistungen	23.596.780,36	0,73		27.851.142,90	0,83	
Bestandsveränderungen	0,00	0,00		0,00	0,00	
Summe ordentliche Erträge	3.254.267.238,20	100,00		3.360.831.319,25	100,00	
Ordentliche Aufwendungen						
Personalaufwendungen	648.786.649,55	20,61		604.404.824,80	18,94	
Versorgungsaufwendungen	61.756.940,29	1,96		83.391.227,22	2,61	
Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	1.428.290.502,22	45,38		1.516.221.294,37	47,50	
Bilanzielle Abschreibungen	235.752.119,94	7,49		210.177.270,41	6,58	
Transferaufwendungen	599.307.848,93	19,04		549.077.739,72	17,20	
Sonstige ordentliche Aufwendungen						
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	10.825.008,44			16.105.116,64		
Sonstige Steuern	2.229.648,88			2.330.815,75		
Übrige sonstige ordentliche Aufwendungen	160.560.333,96			210.061.702,83		
Summe sonstige ordentliche Aufwendungen	173.614.991,28	5,52		228.497.635,22	7,16	
Summe ordentliche Aufwendungen	3.147.509.052,21	100,00		3.191.769.991,74	100,00	
Ordentliches Gesamtergebnis	106.758.185,99			169.061.327,51		
Gesamtfinanzergebnis						
Erträge aus Beteiligungsverhältnissen	12.745.578,73			11.033.587,25		
Anteil am Ergebnis v. assoziierten Unternehmen	2.034.408,30			4.103.703,09		
Zinsen und ähnliche Erträge	4.219.037,02			31.355.287,54		
Aufwendungen aus Gewinnabführungsverträgen	152.968,78			224.699,49		
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	69.698.863,69			111.730.940,52		
Summe Gesamtfinanzergebnis	-50.852.808,42			-65.463.062,13		
Gesamtergebnis der laufenden Geschäftstätigkeit	55.905.377,57			103.598.265,38		
Außerordentliches Gesamtergebnis						
Außerordentliche Erträge	0,00			3.591.661,95		
Außerordentliche Aufwendungen	0,00			90.586.581,56		
Summe außerordentliches Gesamtergebnis	0,00			-86.994.919,61		
Gesamtjahresergebnis	55.905.377,57			16.603.345,77		
Jahresergebnis Anteil Fremder * ¹	-3.842.906,72			-3.832.134,89		
Ergebnisverwendung * ²	-12.681.738,82			44.457.664,16		
Gesamtbilanzergebnis	39.380.732,03			57.228.875,04		

* hoheitliche Erträge

*¹ im Jahresergebnis enthaltener, anderen Gesellschaftern zustehender Gewinn oder der auf sie entfallende Verlust*² Entnahmen/Zuführungen Allgemeine Rücklage

Den ordentlichen Erträgen in Höhe von 3.254.267 TEUR stehen ordentliche Aufwendungen von 3.147.509 TEUR gegenüber, so dass sich erneut ein positives **Ordentliches Ergebnis von 106.758 TEUR** ausweisen lässt.

Die **Erträge** mit privatrechtlichem Charakter (60 %) übersteigen wie im Vorjahr deutlich die Erträge, die dem hoheitlichen Bereich (40 %) zuzurechnen sind. Hier spiegeln sich die hohe Ertragskraft der Beteiligungen, aber auch die relativ geringen Steuererträge wieder.



Im Vergleich zu 2015 sinken die Erträge aus Steuern (um 2.548 TEUR, -0,43 %) ebenso wie die Transfererträge (um 1.968 TEUR, -9,40 %) und Sonstigen Ordentlichen Erträge (um 47.123 TEUR, -21,95%). Die privatwirtschaftlichen Leistungsentgelte, als größter Posten des nicht-hoheitlichen Bereichs, reduzieren sich um 137.693 TEUR (-9,46 %).

Steigerungen ergeben sich hingegen bei den Zuwendungen und Umlagen (um 31.687 TEUR; +4,71%), den öffentlich rechtlichen Leistungsentgelten (um 8.567 TEUR; +3,9%) sowie den Kostenerstattungen und Umlagen (um 46,769 TEUR; +30,47%).

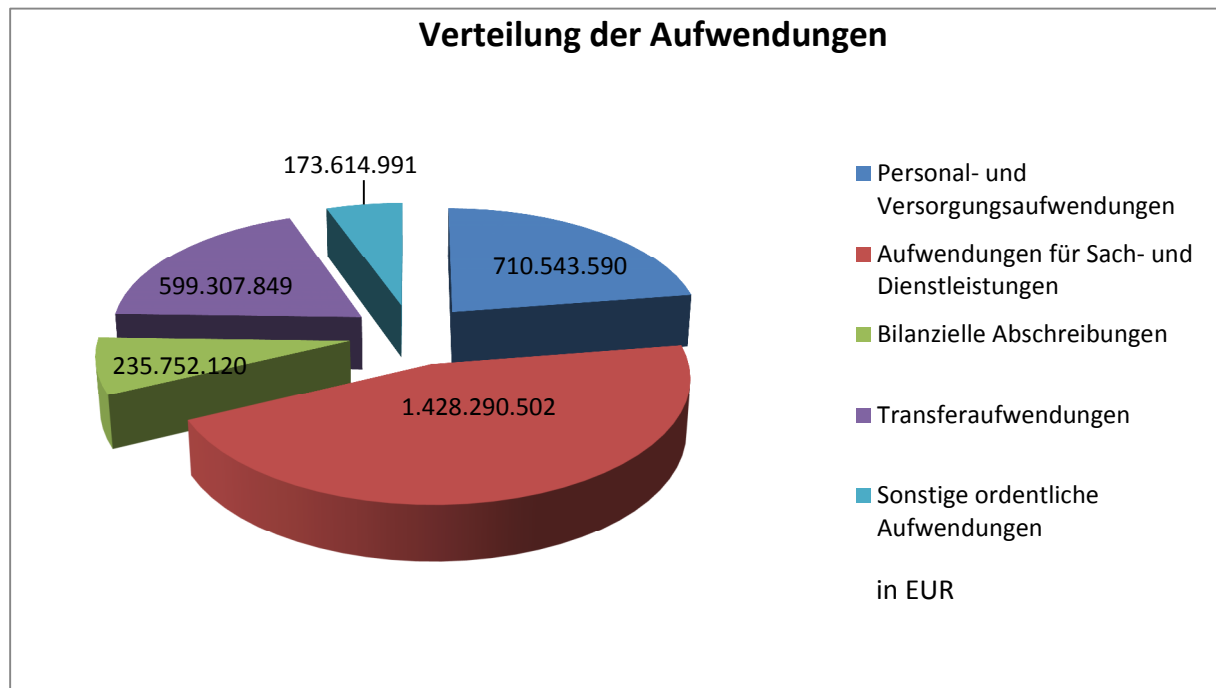
Die hoheitlichen Erträge fallen somit insgesamt 27.171 TEUR höher aus, die nicht-hoheitlichen Erträge sinken um 133.735 TEUR im Vergleich zu den Vorjahreswerten.

Aktiviert Eigenleistungen und Bestandsveränderungen spielen in der Gesamtergebnisrechnung keine wesentliche Rolle.

Im **Aufwandsbereich** bilden die Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen die größte Position (45,38 %), die im Vergleich zum Vorjahr wieder gesunken ist (um 87.931 TEUR, -5,80 %). Erst nach dieser Aufwandsart folgen die Personalaufwendungen, die einschl. Versorgungsaufwendungen 22,57 % der ordentlichen Aufwendungen ausmachen und die Transferaufwendungen mit 19,04 %.

Die Personalaufwendungen sind hierbei deutlich gestiegen (um 44.392 TEUR; +7,34%), währenddessen die Versorgungsaufwendungen gesunken sind (um 21.634

TEUR; -25,94%). Ebenfalls gestiegen sind die Transferaufwendungen (um 50.230 TEUR; 9,15%).



Das **Finanzergebnis** (-50.853 TEUR) hat sich gegenüber 2015 (-65.463 TEUR) verbessert. Die Ursache liegt im Wesentlichen in der deutlichen Verbesserung bei der Position „Zinsen und ähnliche Aufwendungen“ (-42.032 TEUR).

Es ergibt sich insgesamt ein positives **Gesamtjahresergebnis** für 2016 in Höhe von **55.905 TEUR** (2015 +16.603 TEUR), das sich auf die Kernverwaltung und die vAB nach Konsolidierung wie folgt verteilt:

Bereich	Anteil am Gesamtergebnis	
	2016	2015
Kernverwaltung	-23.580.243,51	29.784.118,19
Immobilien Management Duisburg	21.078.438,34	14.442.459,16
DuisburgSport	306.630,63	-896.531,88
DVV - Konzern	40.523.366,72	-48.531.217,14
WBD AöR	8.533.497,69	6.627.513,35
GEBAG Duisburger Baugesellschaft mbH	5.915.772,96	10.120.319,24
Duisburger Hafen AG - duisport	3.128.683,30	3.008.721,81
Klinikum Duisburg GmbH		1.652.089,96
Stiftung Wilhelm Lehmbruck Museum	-768,56	395.873,08
Summe	55.905.377,57	16.603.345,77

Entgegen dem im Vorjahr negativen ist in 2016 das nunmehr positive Ergebnis des DVV-Konzerns bestimmend für das Gesamtergebnis. Wesentliche positive Jahresergebnisse erzielen das Immobilien Management Duisburg, die WBD AöR sowie die GEBAG.

Negativ stellt sich insbesondere das Jahresergebnis der Kernverwaltung dar (-23.580 TEUR). Diese, insbesondere gegenüber dem Einzelabschluss ausgewiesene Verschlechterung, resultiert maßgeblich aus der Bildung einer Rückstellung für die Sanierung der Mercatorhalle in Höhe von 25.100 TEUR gegenüber dem IMD. Dieser Geschäftsvorfall wurde im Einzelabschluss der KV bereits 2015 berücksichtigt. Da eine entsprechende Forderung des IMD gegenüber der Kernverwaltung jedoch nicht im Einzelabschluss des IMD gebildet wurde, konnte dieser Vorgang auch im Gesamtabchluss erst in 2016 verarbeitet werden.

Dem Gesamtjahresergebnis sind der Ergebnisanteil Fremder*¹ sowie die Ergebnisverwendung*² zuzurechnen, so dass sich ein **Gesamtbilanzergebnis** von 39.381 TEUR ergibt. Dies bedeutet gegenüber dem Vorjahr eine Verschlechterung von 17.848 TEUR.

*¹ im Jahresergebnis enthaltener, anderen Gesellschaftern zustehender Gewinn oder der auf sie entfallende Verlust

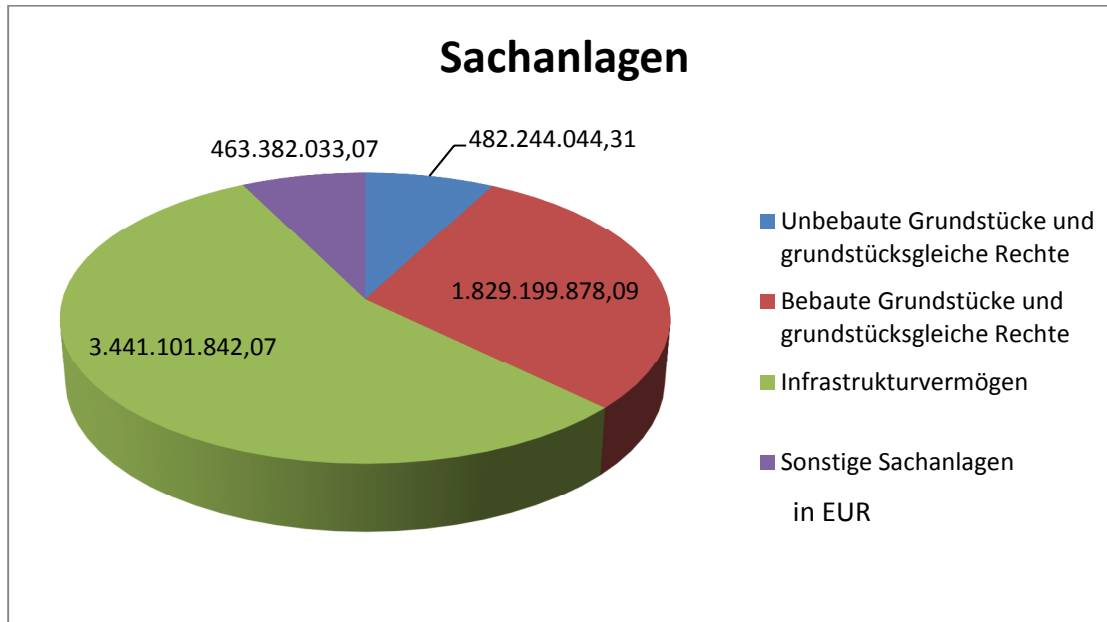
*² Entnahmen/Zuführungen Allgemeine Rücklage

C. Vermögens-, Schulden- und Finanzlage (Bilanz)

Gesamtbilanz Stadt Duisburg		Stand 31.12.2016 EUR	%	Stand 31.12.2015 EUR	%
A K T I V A					
1	Anlagevermögen				
1.1	Immaterielle Vermögensgegenstände				
1.1.1	Geschäfts- oder Firmenwert	11.819.588,16	0,15	13.297.036,68	0,17
1.1.2	Sonstige immaterielle Vermögensgegenstände	7.351.780,54	0,10	8.569.119,31	0,11
1.1.3	Anzahlungen auf immat. Vermögensgegenstände	170.690,99	0,00	191.965,21	0,00
	Summe immaterielle Vermögensgegenstände	19.342.059,69	0,25	22.058.121,20	0,28
1.2	Sachanlagen				
1.2.1	Unbeb. Grundstücke und grundstücksgl. Rechte	482.244.044,31	6,25	477.981.866,91	6,12
1.2.2	Bebaute Grundstücke und grundstücksgl. Rechte	1.829.199.878,09	23,70	1.835.904.989,83	23,50
1.2.3	Infrastrukturvermögen	3.441.101.842,07	44,58	3.497.630.393,86	44,78
1.2.4	Bauten auf fremdem Grund und Boden	1.342.677,35	0,02	0,00	0,00
1.2.5	Kunstgegenstände, Kulturdenkmäler	89.765.087,89	1,16	89.803.904,89	1,15
1.2.6	Maschinen und technische Anlagen, Fahrzeuge	112.636.639,41	1,46	105.321.138,37	1,35
1.2.7	Betriebs- und Geschäftsausstattung	118.458.906,50	1,53	120.890.161,64	1,55
1.2.8	Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	141.178.721,92	1,83	143.711.725,58	1,84
	Summe Sachanlagen	6.215.927.797,54	80,53	6.271.244.181,08	80,28
1.3	Finanzanlagen				
1.3.1	Anteile an verbundenen Unternehmen	15.108.964,53	0,20	16.434.964,53	0,21
1.3.2	Beteiligungen	26.925.065,55	0,35	27.927.286,84	0,36
1.3.3	Assoziierte Unternehmen	351.900.635,03	4,56	384.235.527,81	4,92
1.3.4	- davon Unterschiedsbetrag	0,00	0,00	0,00	0,00
1.3.5	Wertpapiere des Anlagevermögens	41.253.801,36	0,53	40.686.050,99	0,52
1.3.6	Ausleihungen	52.743.498,04	0,68	56.213.015,97	0,72
1.3.7	Sondervermögen	3.802.945,05	0,05	1.167.382,80	0,01
	Summe Finanzanlagen	491.734.909,56	6,37	526.664.228,94	6,74
	Summe Anlagevermögen	6.727.004.766,79	87,15	6.819.966.531,22	87,31
2	Umlaufvermögen				
2.1	Vorräte	53.230.882,98	0,69	52.725.089,61	0,67
2.2	Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände				
2.2.1	Öffentlich-rechtliche Forderungen u. Forderungen aus Transferleistung	94.430.053,83	1,22	74.002.821,24	0,95
2.2.2	Privatrechtliche Forderungen	172.108.759,79	2,23	181.634.839,72	2,33
2.2.3	Sonstige Vermögensgegenstände	78.598.591,49	1,02	53.037.170,09	0,68
	Summe Forderungen u. son. Verm.gegenstände	345.137.405,11	4,47	308.674.831,05	3,95
2.3	Wertpapiere des Umlaufvermögens	254.330,61	0,00	0,51	0,00
2.4	Liquide Mittel	173.469.446,18	2,25	106.401.533,33	1,36
	Summe Umlaufvermögen	572.092.064,88	7,41	467.801.454,50	5,99
3	Aktive Rechnungsabgrenzungsposten	67.338.460,98	0,87	70.260.902,39	0,90
4	Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	352.797.188,20	4,57	453.525.798,80	5,81
	Summe Aktiva	7.719.232.480,85	100,00	7.811.554.686,91	100,00

Die **Gesamtbilanzsumme** beträgt 7.719.232 TEUR, dies bedeutet einen Rückgang gegenüber 2015 von 92.322 TEUR.

Der überwiegende Teil der **Aktivseite** entfällt mit 80,28% auf die Sachanlagen, hier ist die größte Position das Infrastrukturvermögen, das mehr als die Hälfte des Sachanlagevermögens ausmacht. Weitere wesentliche Positionen sind die bebauten und die unbebauten Grundstücke.



Die Finanzanlagen sanken um 34.929 TEUR (-6,63 %). Hauptursache dafür ist die Abschreibung auf die Beteiligung an der KSBG Kommunale Beteiligungsgesellschaft GmbH & Co. KG durch die DVV.

Die Forderungen stiegen um 36.463 TEUR.

Die Zunahme der öffentlich-rechtlichen Forderungen und Forderungen aus Transferleistungen resultieren seitens der Kernverwaltung zu 7,2 Mio. EUR auf Forderungen aus Transferleistungen (aufgrund einer späteren Abrechnung der Landeserstattung für die „Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung“), 4,5 Mio. EUR auf Forderungen aus Kostenerstattungen (aufgrund einer späteren Abrechnung der Bundeserstattung für die „Leistungen für Arbeitsuchende“) sowie 7,2 Mio. EUR auf sonstige öffentliche Forderungen (verzögerte Bearbeitung der Kostenerstattung für unbegleitete minderjährige Ausländer durch den Landschaftsverband).

Die Zunahme bei den sonstigen Vermögensgegenständen resultiert hingegen auf zusätzliche Forderungen gegen das Hauptzollamt Duisburg seitens der DVV (+ 15.116 TEUR)

Gesamtbilanz Stadt Duisburg		Stand 31.12.2016 EUR	%	Stand 31.12.2015 EUR	%
P A S S I V A					
1 Eigenkapital					
1.1	Allgemeine Rücklage				
1.2	Sonderrücklagen	55.242.041,49	0,72	55.242.041,49	0,71
1.3	Ausgleichsrücklage				
1.4	Gewinn- und Verlustvortrag				
1.5	Gesamtbilanzergebnis				
1.6	- davon Gesamtjahresergebnis				
1.7	Ausgleichsposten für Anteile anderer Gesellschafter	103.396.371,57	1,34	185.691.698,49	2,38
	Summe Eigenkapital	158.638.413,06	2,06	240.933.739,98	3,08
2 Sonderposten					
2.1	Sonderposten für Zuwendungen	1.671.203.401,60	21,65	1.646.361.073,00	21,08
2.2	Sonderposten für Beiträge	172.156.726,27	2,23	177.492.096,51	2,27
2.3	Sonderposten für den Gebührenausschlag	7.439.387,72	0,10	18.217.794,72	0,23
2.4	Sonstige Sonderposten	27.286.751,93	0,35	64.647.394,26	0,83
	Summe Sonderposten	1.878.086.267,52	24,33	1.906.718.358,49	24,41
3 Rückstellungen					
3.1	Pensionsrückstellungen	1.107.557.288,88	14,35	1.085.426.231,47	13,90
3.2	Instandhaltungsrückstellungen	10.464.470,57	0,14	8.722.152,28	0,11
3.3	Steuerrückstellungen	12.745.269,12	0,17	11.656.752,16	0,15
3.4	Sonstige Rückstellungen	406.435.740,35	5,27	371.709.289,94	4,76
	Summe Rückstellungen	1.537.202.768,92	19,91	1.477.514.425,85	18,91
4 Verbindlichkeiten					
4.1	Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen	2.075.733.237,19	26,89	1.715.429.534,21	21,96
4.2	Verbindlichkeiten aus Krediten zur Liquiditätssicherung	1.655.964.912,26	21,45	1.740.721.265,24	22,28
4.3	Verbindlichkeiten aus Vorgängen, die Kreditaufnahmen wirtschaftlich gleichkommen	29.154.127,27	0,38	337.399.545,93	4,32
4.4	Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	93.272.380,91	1,21	87.867.511,21	1,12
4.5	Verbindlichkeiten aus Transferleistungen	8.711.320,12	0,11	6.784.808,25	0,09
4.6	Sonstige Verbindlichkeiten	99.612.829,23	1,29	97.634.977,46	1,25
4.7	Erhaltene Anzahlungen	99.379.822,44	1,29	113.005.982,44	1,45
	Summe Verbindlichkeiten	4.061.828.629,42	52,62	4.098.843.624,74	52,47
5 passive Rechnungsabgrenzungsposten		83.476.401,93	1,08	87.544.537,85	1,12
	Summe Passiva	7.719.232.480,85	100,00	7.811.554.686,91	100,00

Auf der **Passivseite** ist ein **Eigenkapital von 158.638 TEUR** ausgewiesen.

Der **Ausgleichsposten für Anteile anderer Gesellschafter** reduziert sich um 82.295 TEUR. Die Veränderung resultiert maßgeblich auf eine Bewertungsanpassung seitens der DVV.

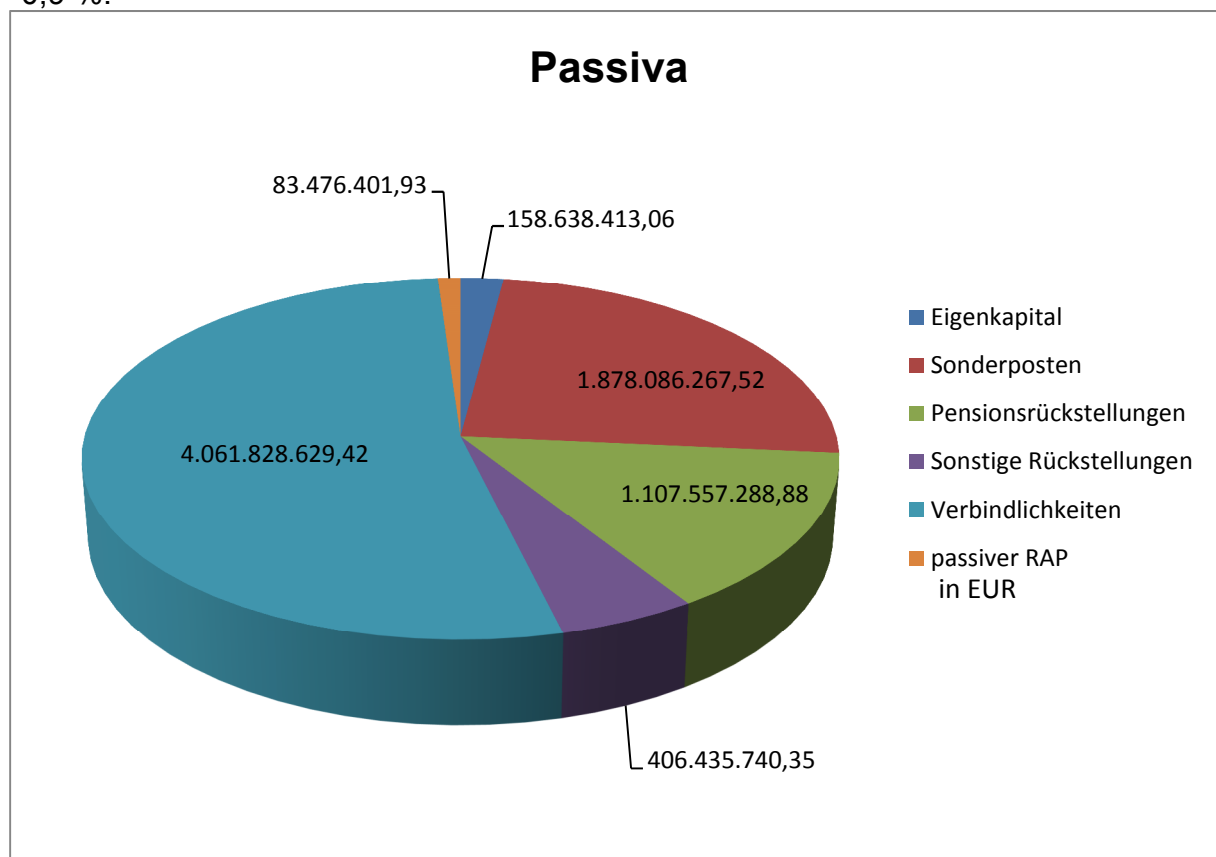
Dem gegenüber steht der **nicht durch Eigenkapital gedeckte Fehlbetrag** auf der Aktivseite in Höhe von **352.797 TEUR**. Aufgrund des wiederholten positivem Gesamtbilanzergebnis in Höhe von 39.381 TEUR hat sich der nicht durch EK gedeckte Fehlbetrag reduziert.

Es verbleiben aber trotz negativem Eigenkapitals die Sonderrücklagen und auch der Ausgleichsposten für Anteile anderer Gesellschafter auf der Passivseite unter dem Eigenkapital bestehen.

Bei der Beurteilung der Sonderposten ist zu beachten, dass diese auch inhaltlich zwischen Eigen- und Fremdkapital stehen und deshalb in der Beurteilung der Bilanz zumindest teilweise dem Eigenkapital (beispielsweise bei Ermittlung einer EK-Quote) zuzurechnen sind.

Die Rückstellungen betreffen vor allem die Pensionsrückstellungen.

Größter Posten der Passivseite sind die Verbindlichkeiten mit 4.061.829 TEUR. Es entfallen auf Kredite zur Liquiditätssicherung (hier: überwiegend Kernverwaltung) 1.655.965 TEUR. Die Verbindlichkeiten insgesamt haben sich im Vergleich zum Vorjahr um 37.015 TEUR reduziert, dies entspricht einer prozentualen Veränderung von -0,9 %.



D. Risiko-, Chancen- und Nachtragsbericht

Die Stadt Duisburg hat kein formalisiertes Gesamtrisikomanagementsystem aufgebaut, Risiken werden jedoch in allen großen vAB identifiziert und beobachtet. Im Rahmen des Gesamtabchlusses wird untersucht, ob es darüber hinaus Risiken gibt, die zwar für einzelne vAB nicht wesentlich sind, sich aber gegenseitig verstärkend für die Stadt Duisburg als Gesamtheit auswirken.

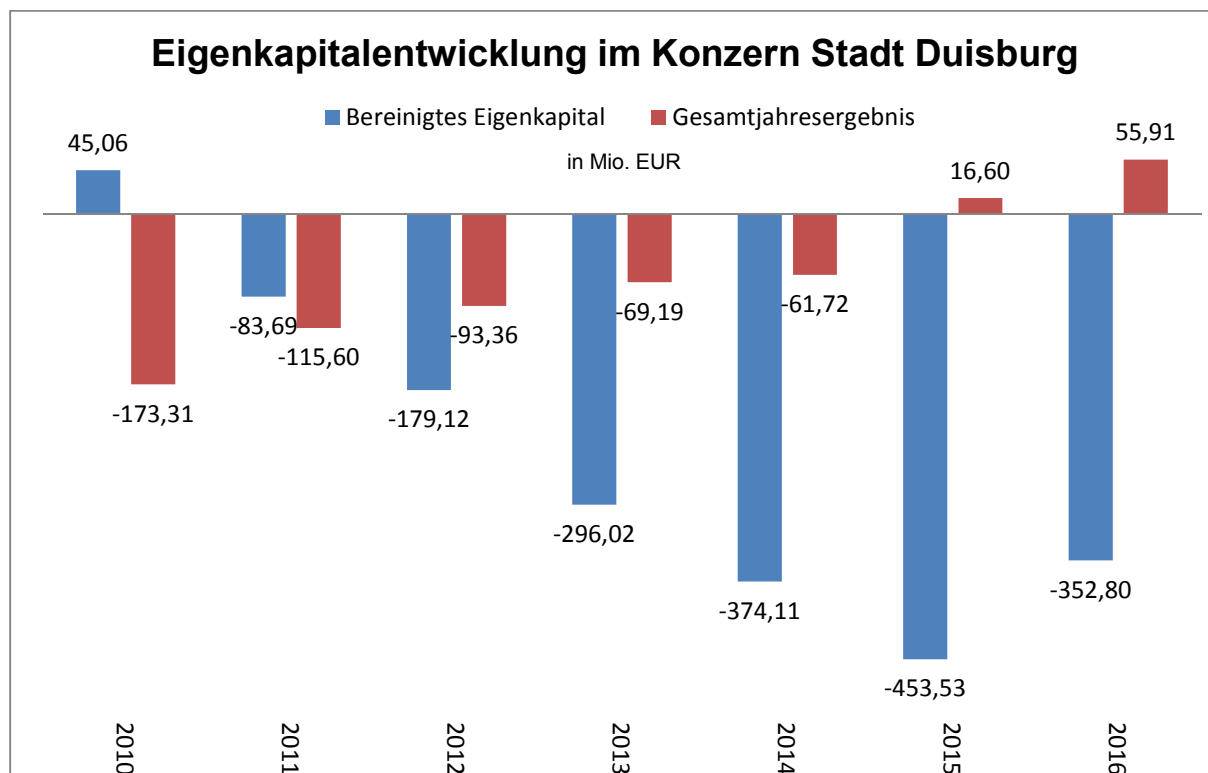
Es wird im Folgenden auf die Sachverhalte eingegangen, die als wesentlich identifiziert wurden oder Chancen/Risiken für mehrere Teilbereiche des Konzerns Stadt Duisburg darstellen:

a) Entwicklung des Eigenkapitals im Konzern Stadt Duisburg

Seit dem 01.01.2010 hat sich das Eigenkapital im Konzern stetig verringert. In 2016 ist erstmalig wieder eine Zunahme zu verzeichnen. Dargestellt wird die Entwicklung hier anhand des bereinigten Eigenkapitals, d. h. das Eigenkapital ohne die Sonderrücklage und den Ausgleichsposten für Anteile anderer Gesellschafter, da diese Posten auch auf der Passivseite der Bilanz stehen bleiben, seitdem das Eigenkapital negativ geworden ist und auf die Aktivseite umgebucht wird.

Die Gesamtbilanz weist zum 31.12.2016 einen nicht durch Eigenkapital gedeckten Fehlbetrag von 352,8 Mio. EUR aus.

Das Gesamtjahresergebnis hat sich seit dem 01.01.2010 stetig verbessert und ist nach 2015 auch in 2016 positiv (Stand zum 31.12.2016: 55,91 Mio. EUR).



Eine fundierte Prognose der Entwicklung des Eigenkapitals im Konzern für die Folgejahre ist zurzeit noch nicht möglich. Zum einen begründet sich dies aus den Überleitungen der HGB-Einzelergebnisse gemäß dem Neuen Kommunalen Finanzmanagement und der Einheitstheorie im Konzern. Zum anderen können sich die einzelnen Chancen und Risiken der vAB im Konzern sehr unterschiedlich auswirken (erhöhend oder verringernd).

b) Entwicklung der Verschuldung der Stadt Duisburg (Einzelabschluss)

Im Bereich der Investitionskredite hat sich in den vergangenen Jahren gezeigt, dass die im Haushaltsplan veranschlagten Kreditaufnahmen insb. aufgrund der restriktiven Bewirtschaftungspraxis nur in einem geringeren Umfang benötigt wurden. Gleichzeitig wurden die bestehenden Kredite im Rahmen der ordentlichen Tilgung abgebaut, so dass in den letzten Jahren eine kontinuierliche Entschuldung im Investivbereich festzustellen war. Dessen ungeachtet verzeichnen die Investitionskredite im Haushaltsjahr 2016 eine deutliche Erhöhung um 59,7 Mio. EUR. Die Erhöhung ist allerdings ausschließlich auf die Deckung der Finanzierungsbedarfe für die erste Zahlung (80,2 Mio. EUR) der DVV-Kapitalerhöhung zurückzuführen (vgl. DS 14-1012/13, DS 15-0505. Eine entsprechende Verbindlichkeit i.H.v. 176,2 Mio. EUR ggü. dem DVV-Konzern war bereits im Haushaltsjahr 2015 gebildet worden, siehe hierzu auch im Anhang zur Bilanz, Abschnitt „Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen“). Ohne diesen Sondereffekt, hätte sich das Volumen der Investitionskredite – ähnlich wie in den vergangenen Jahren – um rd. 20,5 Mio. EUR reduziert.

In den Jahren 2017/2018 ist angesichts der weiteren fällig werdenden Raten der DVV-Kapitalerhöhung ebenfalls mit einer Ausweitung der Investitionskreditvolumina zu rechnen. Eine negative Nettoneuverschuldung (Schuldenabbau) ist somit nicht vor dem Haushaltsjahr 2019 zu erwarten. Bei der Entwicklung der Liquiditätskredite war wie schon im Vorjahr eine Reduzierung festzustellen. Eigentlich als Instrument zur kurzzeitigen Überbrückung von Liquiditätsengpässen gedacht, erreichten sie aufgrund der langjährig defizitären Haushaltswirtschaft ein sehr hohes Volumen: Zwar gab es einen Rückgang um rd. 67,1 Mio. EUR gegenüber dem Vorjahr, das Volumen zum Stand 31.12.2016 beläuft sich allerdings immer noch auf rd. 1.609,9 Mio. EUR. Entsprechend der Planungen des Haushaltssanierungsplanes müssten die Liquiditätskredite in den kommenden Jahren weiter abgebaut zu werden. Doch selbst die Planungen für das Jahr 2021 gehen noch von einem Bestand von rd. 1,5 Mrd. EUR aus. Durch die niedrigen Kreditzinsen halten sich die Auswirkungen für den städtischen Haushalt derzeit noch in Grenzen. Auch die Investitionskredite profitieren vom niedrigen Zinsniveau, wenn auch durch die eher langfristige Orientierung nicht im selben Maße.

Es ist allerdings absehbar, dass dieser Zustand nicht von Dauer sein wird. Bei den längeren Zinsbindungen (>5 Jahre) war in den vergangenen Monaten bereits eine Verteuerung festzustellen, so dass zumindest mittelfristig auch ein Anstieg der Kurzfrist-Zinsen nicht auszuschließen ist. Ob es sich dabei um eine nachhaltige Entwicklung oder nur um einen kurzfristigen Trend – wie schon Mitte 2015 – handelt, lässt sich allerdings noch nicht abschätzen.

Da auch langfristige Zinsbindungen (für Liquiditätskredite sind maximal 10 Jahre zulässig) zeitlich begrenzt sind, lassen sich die Risiken eines dauerhaften Zinsanstieges nicht absichern. Beispielsweise wird bei einem (gleichverteilten) rollierenden 10-Jahres-Portfolio jedes Jahr 1/10 der Kredite fällig. Eine Zinssicherung erreicht insofern nicht mehr als eine „Glättung“ des Zinsanstiegs – auf Basis eines insgesamt höheren Zinsniveaus. Diese Aspekte sind beim Einsatz von Zinssicherungsinstrumente deshalb immer mit in den Blick zu nehmen.

c) Weitere Risiken

Für alle vAB und die Kernverwaltung können sich aus verändernden gesetzlichen Rahmenbedingungen Risiken ergeben. Dies gilt insbesondere für Regulierungsfragen im Bereich der Versorgung, Vergaben im Bereich der Verkehrsleistungen sowie den Anschluss- und Benutzungszwang im Bereich der Hausmüllsammlung.

Ein weiteres Risiko stellt das Tariftreue- und Vergabegesetz NRW dar: Es ergeben sich höhere Aufwendungen im Vergabeprozess, gleichzeitig birgt die Komplexität der Vergaberegeln die Gefahr von Vorstößen und die damit verbundene Rückzahlung von Fördermitteln. Die demografische Entwicklung kann zudem mittelfristig dazu führen, dass benötigtes Fachpersonal innerhalb der Verwaltung nicht vorhanden ist. Um dem gegenzusteuern, werden in allen Bereichen der Stadt Duisburg Aus- und Fortbildungsmaßnahmen durchgeführt.

Die DVV und ihre Tochtergesellschaften agieren an verschiedenen Märkten, die durch unterschiedliche Rahmenbedingungen geprägt werden. Speziell für die DVV-Tochtergesellschaft Stadtwerke Duisburg AG (SWDU) als mittelgroßes Stadtwerk, die mit ihren Tochtergesellschaften die gesamte Wertschöpfungskette (Energieerzeugung – Energieverteilung – Energiehandel – Energievertrieb) der Energiewirtschaft abdeckt, haben die Rahmenbedingungen der Energiewende Einfluss auf die Ergebnisentwicklung.

Derzeit ist etwa die Energiewirtschaft geprägt von dem ungewissen Rechtsrahmen auf Bundes- und EU-Ebene. Einerseits ist die konventionelle Energieerzeugung insbesondere mit hocheffizienten und klimaschonenden Gas- und Dampf-Kraftwerken nicht mehr wirtschaftlich. Andererseits ist diese Form der Energieerzeugung für Stadtwerke von essenzieller Bedeutung, auch weil diese – infolge ihrer Verbrauchernähe – Strom und Wärme über Kraft-Wärme-Kopplung (KWK) produziert und schon heute für eine dezentrale Energieerzeugung, die durch die Energiewende gestärkt werden soll, steht.

Durch das sehr weit fortgeschrittene Restrukturierungsprogramm "RePower" in Verbindung mit der seitens der Stadt Duisburg vollzogenen Erhöhung des Eigenkapitals von rd. 176 Mio. €, hat der DVV-Konzern eine wirtschaftlich und finanziell solide Ausgangsbasis geschaffen, um sich den neuen Herausforderungen zu stellen. Auch durch das Zukunftsprogramm „NewPower“ soll die zukünftige Entwicklung zu einem effizienteren, flexibleren und innovativeren Konzern gewährleistet werden.

Da ein Teil der für die Investitionen erforderlichen Finanzierungen im DVV-Konzern mit variabler Zinsbasis abgeschlossen wurde, besteht das Risiko, dass durch eine Zinserhöhung der Zinsaufwand entsprechend ansteigt. Im Zins- und Schuldenmanagement werden zur Begrenzung dieser Zinsänderungsrisiken und zur Optimierung von Kreditkonditionen für einen wesentlichen Teil des Gesamtportfolios derivative Finanzinstrumente eingesetzt, um so vorhandene Risiken zu mindern und die Zahlungsströme abzusichern. Sicherungsgeschäfte für Kredite bzw. Finanzanlagen werden etwa in Form von Swaps und Caps getätigt. Im Geschäftsjahr 2016 erfolgte weder bei der DVV noch bei den Tochtergesellschaften ein Abschluss von Zinssicherungsgeschäften. Die DVV hat mit vorzeitiger Rückführung eines Darlehens das zum Grundgeschäft gehörende Sicherungsgeschäft beendet. Zum Ende des Geschäftsjahres 2016 besitzt die DVV keine weiteren Zinssicherungsgeschäfte.

Im ÖPNV beeinflussen die politischen sowie gesetzlichen Rahmenbedingungen den Geschäftsverlauf wesentlich. Diesen Entwicklungen kann sich auch die DVV als Mehrheitseigner der Duisburger Verkehrsgesellschaft AG (DVG) nicht entziehen. Besonders wird hier das Leistungsangebot in den kommenden Jahren in einem erheblichen Maße von Investitionen des Aufgabenträgers Stadt Duisburg in die Verkehrsinfrastruktur (Zugsicherung, Ertüchtigung alter Straßenbahnen, Anschaffung neuer Straßenbahnen und Busse) beeinflusst. Die Installation des neuen Zugsicherungssystems wird nach dem aktuellen Zeitplan bis zum Jahr 2020 erfolgen und die anschließende Migration bis 2024 abgeschlossen sein. Damit wird der Weiterbetrieb der Stadtbahn (Gemeinschaftslinie U79) sowie aller Straßenbahnlinien in Duisburg dauerhaft gesichert.

Die WBD-AöR verfügt über ein umfassendes IT-gestütztes Risikomanagementsystem mit den Schwerpunkten Risikoidentifikation und Risikosteuerung. Infolge des OVG-Urteils zu preisrechtlich überhöhten Verbrennungsentgelten der GMVA und entsprechender deutlicher Reduzierung dieser Entgelte musste der Beteiligungswert der GMVA bei der WBD-AöR zum 31.12.2015 komplett abgeschrieben werden. Die weitere wirtschaftliche Entwicklung der GMVA mit ihren Auswirkungen auf die WBD-AöR ist von der künftigen Entwicklung/Höhe preisrechtlich zulässiger Verbrennungsentgelte, welche die gerichtlichen Vorgaben berücksichtigen müssen, abhängig. Die Preisprüfungsstelle der Bezirksregierung Düsseldorf hat die Entgeltkalkulationen für die Jahre 2012 bis 2016 geprüft und zulässige Entgelte ermittelt. Auf dieser Basis hat die WBD-AöR für die Jahre 2012 bis 2016 bereits neue Abfallgebührenbescheide erlassen.

Durch die Schließung der Mercatorhalle im CityPalais aus Brandschutzgründen in 2012 ergaben sich erhebliche Folgen für die Duisburg Kontor Hallenmanagement GmbH (vormals Duisburg Marketing GmbH) als Hallenbetreiberin sowie für das IMD als Eigentümerin des Innenausbaus. Auch die DBV Immobilien KG, die im Rahmen eines Servicevertrages die Halle den Duisburger Philharmonikern zur Verfügung stellt, litt unter der Schließung ebenso wie die Philharmoniker der Stadt, die dort nicht mehr auftreten konnten. Der große Saal kann seit September 2016 wieder genutzt werden, so dass sich die oben geschilderte Problemlage zum Jahreswechsel 2016/2017 insgesamt deutlich entschärft hat. Eine zukünftig wieder gute Auslastung der Halle bedarf nach der langen Schließung allerdings auch einer ausreichenden Anlaufzeit.

Der Nachtragswirtschaftsplan des IMD für das Geschäftsjahr 2017 schließt mit einem Überschuss i.H. von 2,5 Mio. EUR ab. Die Betriebsleitung sieht zurzeit keine wesentlichen Ergebnisunterschreitungen gegenüber dem Wirtschaftsplan und der Langfristplanung. Abhängig ist die weitere wirtschaftliche Entwicklung der Gesellschaft gemäß Ausführung der Betriebsleitung von der Zinsentwicklung, der Aktivierungsquote (80 %) für Sanierungsmaßnahmen an Schulimmobilien und sonstigen Immobilienvermögen sowie der Weitergabe der Kostensteigerung im Bereich der Betriebskosten an die Nutzer.

Das wesentliche Geschäftsrisiko beim IMD liegt in der langfristigen Vermietbarkeit des Immobilienbestandes. Aufgrund der Mieterstruktur, welche überwiegend aus städtischen Dienststellen und Gesellschaften besteht, tritt ein nachfrageseitiges Ausfallrisiko in den Hintergrund. Die Erlöse sind über die vollständige Abbildung der

Miet- und Betriebskostenzahlungen im Haushalt der Stadt Duisburg abgesichert. Bei einer Änderung des Nachfrageverhaltens der Stadt Duisburg bestehen aufgrund der eingeschränkten Drittverwertungsmöglichkeit eines Großteils des Bestandes - insbesondere nicht marktgängige Spezialimmobilien wie Schulen und Kulturgebäude - allerdings Risiken hinsichtlich der nachhaltigen Ertragslage des Betriebes. Darüber hinaus sind weitere Risiken, die den Bestand des IMD gefährden oder die vermögens-, Ertrags- und Finanzlage beeinträchtigen, nicht erkennbar.

Die seit Jahren positive Entwicklung der Betriebsergebnisse von DuisburgSport konnte auch im Jahre 2016 bestätigt werden. Der positive Trend setzt sich fort, da die Anstrengungen im Rahmen der Konsolidierung des Betriebsergebnisses durch zusätzliche Maßnahmen erfolgreich waren. Es befinden sich wichtige Projekte zur Stabilisierung der Sportstadt Duisburg in der Ausführung (Sanierung des Bundes- und Leistungszentrums). Des Weiteren konnten Maßnahmen der Kommunalen Investitionsoffensive Duisburg (KIDU) begonnen werden. Die weitere Entwicklung ebenso wie eine mögliche Reduzierung des städtischen Zuschusses bleibt abzuwarten.

Zur Sicherung der langfristigen Ertragskraft beabsichtigt die GEBAG gesteigerte Investitionen in die Werterhaltung des Bestandes und die Errichtung von Neubauten. Ziel ist ein weiterer Abbau des Leerstandes und die Umsetzung von Quartierskonzepten. Als Risiken werden das derzeitige gesamtstädtische Überangebot an nicht zeitgemäßen Wohnungen und Mietausfallrisiken durch ein Absinken der Zahlungsfähigkeit in der Mieterstruktur gesehen. Für Letztere wird die städtische Arbeitslosenquote als Indikator für das niedrige Niveau des durchschnittlichen Haushaltseinkommens in Duisburg herangezogen – im Vergleich zur Quote im Dezember 2016 (12,6%) gab es im November 2017 mit 11,8% zwar eine leichte Verbesserung, jedoch liegt sie weiterhin deutlich über der NRW-Arbeitslosenquote von 7,0% im November 2017.

Auch die GEBAG schließt Kreditprolongationen und -neuaufnahmen mit grundsätzlichen Zinsbindungszeiträumen von 15 bis 30 Jahren ab. Durch die langen Bindungsfristen der marktüblichen Konditionen und der überwiegend vollständigen Tilgung der Kredite mit Beendigung der Zinsbindungsfrist ist kein Zinsänderungsrisiko gegeben. Erhebliche Risiken, welche den Bestand der GEBAG oder der DBV Immobilien KG gefährden können, sind nicht vorhanden.

Das Wilhelm Lehmbruck Museum wurde im Jahr 2000 in die Rechtsform einer Stiftung überführt verbunden mit dem Ziel, aus den Erträgen des Stiftungsvermögens einen wesentlichen Teil der Betriebskosten decken zu können. Angesichts einer rückläufigen Zinsentwicklung ist dieses Ziel immer weniger zu erreichen, so dass sich die Ertragslage voraussichtlich vermindern wird.

Auf die Ausführungen im Lagebericht der Stadt Duisburg wird bezüglich ihrer Risiken verwiesen. Weitergehende Chancen und Risiken sind im Konzern aktuell nicht ersichtlich bzw. gehen nicht über das allgemeine wirtschaftliche Risiko hinaus. Neben den operativen und strategischen Risiken, welche sich bei jeder vAB individuell ergeben, ist anzumerken, dass auf Konzernsicht fast alle Beteiligungen bei der Aufnahme von Investitionskrediten eine lange Zinsbindungsfrist anstreben.

E. Ausblick und Prognose

Während ein Überblick über die Ergebnisse des Gesamtabchlusses vergangenheitsbezogen ist, muss der Lagebericht auch auf die zukünftige Entwicklung des Konzerns eingehen.

Für die Kernverwaltung kann festgestellt werden, dass auch in den kommenden Jahren die Erreichung der Haushalts- und Stärkungspaktziele maßgeblich durch die Steuerentwicklung und die Entwicklung der Allgemeinen Finanzwirtschaft geprägt sein wird. Der bei weitem größte städtische Ertragsposten sind die Schlüsselzuweisungen. Sie werden im jährlich vom Landtag beschlossenen Gemeindefinanzierungsgesetz (GFG) geregelt. Während sich das GFG 2018 noch weitgehend an den Regelungen des Vorjahres orientiert, sind für die Folgejahre erhebliche Strukturänderungen vorgesehen. Ursache dafür ist neben einer bereits angekündigten Akzentverschiebung durch die neue Landesregierung (stärkere Fokussierung auf den ländlichen Raum durch kritische Hinterfragung des Hauptansatzes, des Soziallastenansatzes und der Methodik zur Ermittlung der Steuerkraft mittels einheitlicher Normierungshebesätze) auch ein Urteil des NRW-Verfassungsgerichtshofs, der einige Aspekte des Finanzausgleichs kritisch untersucht hatte. Derzeit ist nicht absehbar, in welcher Größenordnung sich die Aufkommen zwischen den Kommunen nach der Novellierung bewegen werden. Im Rahmen der letzten größeren Reform (ifo-Gutachten 2012) ergaben sich Aufkommensverschiebungen zugunsten des kreisfreien Raums in der Größenordnung von rd. 100 Mio. EUR, wobei Duisburg mit 31 Mio. EUR Zuwachs zu den deutlichen Profiteuren gehörte. Die Verluste aus der zukünftigen Neuregelung könnten sich in einer ähnlichen Größenordnung bewegen, Zugewinne sind - zumindest ceteris paribus - nicht zu erwarten und könnten sich in diesem Verhältnis auf das Gesamtergebnis des Konzerns Stadt Duisburg auswirken.

Angesichts der nach wie vor gewaltigen Schuldenlast kommt auch dem Zinsumfeld eine besondere Bedeutung zu. Bei einem Kassenkreditbestand von rd. 1,6 Mrd. EUR führt jeder Prozentpunkt mehr bei den Zinssätzen zu einem Mehraufwand von 16 Mio. EUR. Derart hohe Altschulden stellen nicht nur eine Hypothek für Duisburgs Zukunft dar, sie gefährden auch massiv die Einhaltung des Konsolidierungskurses. Insgesamt besteht somit in den nächsten Jahren für das Gesamtergebnis ein Zinsänderungsrisiko, welches insbesondere durch die kurzen Laufzeiten von Liquiditätskrediten der Kernverwaltung begründet wird.

Eine deutliche Herausforderung besteht auch weiterhin durch die Entwicklung der Zuwanderung aus Südosteuropa und aus den Folgewirkungen der Zuweisung von Asylbewerbern. Während die Asylzuweisungen zwischenzeitlich stagnieren und für diese Leistungen eine pauschale Kostenerstattung je Asylbewerber zugesagt ist, stellen künftig insbesondere die städtischen Leistungen für anerkannte Flüchtlinge ein finanzielles Risiko dar. Aus den steigenden Einwohnerzahlen resultierende zusätzliche Anforderungen an die städtische Infrastruktur beispielsweise durch die Erweiterung von Schulen oder die Schaffung von neuen Kita-Plätzen dürfen hier ebenfalls nicht unerwähnt bleiben. Der Focus bleibt damit auf dem Gelingen der Integration und der damit einhergehenden wirtschaftlichen Verselbstständigung der Zugewanderten Einwohner. Die Stadt Duisburg stellt sich diesen Herausforderungen auch unter Inanspruchnahme der hierfür relevanten Förderprogramme. Gleichwohl können die sich hieraus ergebenden Bedingungen nicht oder nur sehr bedingt beeinflusst werden. Neben den bereits ergriffenen Steuerungsmaßnahmen wird daher auch weiterhin im Einzelfall auf Entwicklungen zu reagieren sein.

Die aktuelle und zukünftige Entwicklung des DVV-Konzerns wird durch das beschriebene Restrukturierungsprogramm „RePower“ in Kombination mit dem Zukunftsprogramm „NewPower“ gewährleistet. „RePower“ wird mit dem klaren unternehmerischen Ziel weiter verfolgt, die DVV aus der gegenwärtig schwierigen Situation herauszuführen und dabei nachhaltige Grundlagen dafür zu schaffen, dass die DVV-Gruppe künftig deutlich stabiler den wechselhaften Rahmenbedingungen begegnen kann. Im Fokus steht aber auch die dauerhafte Sicherung der Stabilität des Konzernmodells DVV, da diese Konstruktion langfristig die Haushaltssituation des Konzerns Stadt Duisburg entlastet und die DVV das Fundament der Daseinsvorsorge in Duisburg bildet. Ein wesentlicher Einflussfaktor für das Zukunftsprogramm „NewPower“ ist das Thema Digitalisierung. Durch die Aufnahme neuer Digitalisierungsmaßnahmen soll die bereichsübergreifende Zusammenarbeit fokussiert und Ressourcen auf die Prüfung und mögliche Umsetzung weitsichtiger Projekte konzentriert werden.

Die im Jahr 2012 beschlossene Energiewende bedeutet auch weiterhin für alle Energieversorger eine erhebliche Beeinflussung der Geschäftstätigkeit. Alle Akteure in der Energielandschaft sind weiterhin aufgefordert, ihre bestehenden Geschäftsaktivitäten zu überdenken und ggf. neue Geschäftsfelder zu erschließen. Die konventionelle Energieerzeugung insbesondere mit hocheffizienten und klimaschonenden Gas-und-Dampf-Kraftwerken war aufgrund der veränderten Rahmenbedingungen nicht sehr rentabel. Andererseits ist diese Energieerzeugungsart für das Gesamtsystem „Energemarkt“ aufgrund der Netzstabilität und Versorgungssicherheit und zum anderen wegen den damit einhergehenden Emissionseinsparungen weiter bedeutend. Es bleibt daher abzuwarten, inwiefern sich die Regeln eines Zusammenspiels von Erneuerbaren Energien und konventionellen Kapazitäten festigen und einen sicheren Handlungsrahmen aller Akteure bieten werden.

Einige weitere Änderungen der energiewirtschaftlichen Rahmenbedingungen, insbesondere das Digitalisierungs-Gesetz sowie das neue Messstellenbetriebsgesetz, werden als Chance für neue Geschäftsmodelle hin zu einem Strommarkt 2.0 aufgefasst. Da bei der DVV die Gewinne der SWDU, insbesondere zur Finanzierung der DVG herangezogen werden, würden sich sinkende Gewinne direkt auf die Kernverwaltung und somit auch auf das Gesamtergebnis auswirken.

Für das Geschäftsjahr 2017 ist zu erwarten, dass das IMD weiterhin von dem insgesamt noch niedrigen Zinsniveau profitieren kann, soweit dies die bestehenden Verträge mit der Kernverwaltung zulassen. Vertragsgemäß ist ein Teil der Zinseinsparung an die Kernverwaltung weiterzugeben.

In der Ergebnisplanung 2017 stehen einem Umsatzvolumen von 193,3 Mio. €, bei einer Gesamtleistung von 199,2 Mio. €, ein Gesamtaufwand unter Einbeziehung der Zinserstattung an die Kernverwaltung der Stadt in Höhe von 196,7 Mio. € gegenüber. Gemäß Mittelfristplanung setzt sich der positive Trend auch im GJ 2018 fort. Hierbei sind u. a. Maßnahmen aus den Förderprogrammen „Gute Schule 2020“ und „KIDU“ berücksichtigt, die wiederum für die folgenden vier Schwerpunkte gebildet werden:

- Sanierung von WC-Anlagen
- (energetische) Sanierung von Gebäuden
- Sanierung und Ausstattung der naturwissenschaftlichen Räume
- Breitband-Ausbau

Deren Verlauf bleibt abzuwarten.

Auf der Grundlage der Planung wird auch für die folgenden Jahre ein ausgeglichenes Jahresergebnis erwartet. Die Jahresergebnisse können insbesondere im Bereich der Schul- und Verwaltungsflächen durch handelsrechtlich gebotene außerplanmäßige Wertabschreibungen signifikant negativ beeinflusst werden. Laut Vermögens- und Finanzplan sind für die folgenden Jahre Kreditaufnahmen vorgesehen. Eine Netto-neuverschuldung liegt trotz einer vergleichsweise geringen Tilgungsleistung nicht vor, weil die Kreditaufnahmen überwiegend dem Projekt Gute Schule 2020 zuzuordnen sind. Dafür erfolgt die Tilgung durch das Land.

DuisburgSport hat in den vergangenen Jahren eine Vielzahl von Konsolidierungsmaßnahmen erfolgreich umsetzen können. Als Folge dieser Konsolidierung ist das Ziel, die Ausweisung einer schwarzen Null erreicht worden. Dokumentiert wird dies insbesondere durch die Jahresabschlüsse der vergangenen 3 Jahre, die jeweils, wenn auch nur geringe, Überschüsse auswiesen. Gemäß der Mittelfristplanung setzt sich der positive Trend fort. Gegensteuerungsmaßnahmen zur Vermeidung von Verlusten werden in die Wege geleitet, soweit jeweils erkennbar wird, dass von dem vorrangigen Ziel (Ausweis mindestens einer schwarzen Null) negativ abgewichen werden müsste. Es bleibt abzuwarten, ob weitere Konsolidierungsbemühungen von DuisburgSport zu einer Entlastung des städtischen Haushaltes über eine Reduzierung des städtischen Zuschusses führen werden.

Gemäß der aktuellen wirtschaftlichen Entwicklung der WBD-AöR im ersten Halbjahr 2017 ist davon auszugehen, dass die Planvorgabe für das Jahr 2017 (Erzielung eines Jahresüberschusses von 9,5 Mio. EUR) erfüllt werden kann. Unsicherheiten bestehen weiterhin im Zusammenhang mit der Erstattung von Abfallgebühren. Da Vorsorge für entsprechende Prozessrisiken und die Abdeckung evtl. höherer Gebührenerückerstattungen getroffen wurde, ist eine negative Planabweichung nicht zu erwarten. Für die künftigen Wirtschaftsjahre kann nach heutigem Kenntnisstand gemäß der Mittelfristplanung der WBD-AöR mit weiteren nennenswerten Jahresüberschüssen der Anstalt gerechnet werden.

Seit dem in 2014 abgeschlossenen begleiteten Sanierungsverfahren in Folge des Projektes Museum Küppersmühle konzentriert sich die GEBAG auf ihr Kerngeschäft Wohnungswirtschaft und Wohnbauflächenentwicklung. Seitdem werden konstante Jahresüberschüsse erwirtschaftet, die das Unternehmen zur Stärkung des Eigenkapitals einbehält. Die positive Ergebnisentwicklung hat dazu geführt, dass sich die Eigenkapitalquote auf den 31.12.2016 auf 8,2 % verbessert hat, was allerdings im Branchenvergleich immer noch eine geringe Quote ist. Nach Auflage der am Sanierungsverfahren beteiligten Banken sind Ausschüttungen erst ab einer Eigenkapitalquote von 10 % möglich. Auch für die Wirtschaftsjahre ab 2017 erwartet die GEBAG positive Jahresergebnisse zur Verbesserung der Eigenkapitalquote. In der Konzernbetrachtung führen die Gewinne der GEBAG zu einem positiven Gesamtbeitrag.

Die Stiftung Wilhelm Lehmbruck Museum setzt angesichts einer schwierigen Finanzmarktlage und einem hohem Kostendruck auf das Ausschöpfen von Ertragschancen. Es wird eine intensive Akquise von Förder- und Sponsorengeldern betrieben, die im GJ 2017 19% zum Gesamtertrag beitragen. Sie sieht sich indessen mit einer anhaltend schwierigen Finanzmarktlage und einer rückläufigen Zinsentwicklung im Stiftungsfonds konfrontiert, die die Ertragslage in den kommenden Jahren vermindern wird. Auf Basis der Prognosen könnte die Stiftung zukünftig negative Jahresergebnisse aufweisen. Gemäß der Mittelfristplanung sind – unter Berücksichti-

gung unveränderter städtischer Zuschüsse – Jahresfehlbeträge nicht ausgeschlossen.

Eine Gesamtentwicklung für einen kommunalen Konzern zu prognostizieren birgt gegenüber einem privaten Konzern gewisse Besonderheiten. Hier sind zum einen die sehr unterschiedlichen Geschäftsfelder zu nennen. Darüber hinaus ist ein Großteil des kommunalen Konzerns durch Daseinsvorsorge und Pflichtaufgaben in seiner Selbstbestimmung eingeschränkt.

Weiterhin wird die Erreichung der Haushalts- und Stärkungspaktziele eine Herausforderung für die Kernverwaltung und die vAB darstellen. Besonders die Steuerentwicklung hat darauf maßgeblichen Einfluss. Verschlechterungen müssen weiterhin kompensiert werden. Die restriktive Haushalts- und Wirtschaftsführung wird deshalb auch zukünftig alle anderen Entwicklungen dominieren. Nur wenn es gelingt, den positiven Weg weiter beizubehalten, kann Duisburg mittel- bis langfristig die finanzielle Autonomie behalten.

F. Kennzahlen

Im Folgenden sind diejenigen Kennzahlen aus dem NKF-Kennzahlenset, die sich nach Auffassung der GPA auf den Gesamtabchluss übertragen lassen, aufgeführt.

a) Haushaltswirtschaftliche Gesamtsituation

Aufwandsdeckungsgrad (ADG)

Der Aufwandsdeckungsgrad zeigt an, zu welchem Anteil die ordentlichen Aufwendungen durch ordentliche Erträge gedeckt werden können. Ein finanzielles Gleichgewicht kann nur durch eine vollständige Deckung erreicht werden.

Formel:

$$\text{Aufwandsdeckungsgrad} = \frac{\text{Ordentliche Erträge} \times 100}{\text{Ordentliche Aufwendungen}} = \mathbf{103,39 \%} \text{ (Vj. } 105,30 \%)$$

Eigenkapitalquote 1 (EkQ1) ¹⁶

Die Kennzahl „Eigenkapitalquote 1“ misst den Anteil des Eigenkapitals am gesamten bilanzierten Kapital (Gesamtkapital) auf der Passivseite der Gesamtbilanz.

Formel:

$$\text{Eigenkapitalquote 1} = \frac{\text{Eigenkapital} \times 100}{\text{Bilanzsumme}} = \mathbf{2,06 \%} \text{ (Vj. } 3,08 \%)$$

¹⁶ Es wird hier zwar eine Eigenkapitalquote ausgewiesen, jedoch ist zu beachten, dass das Eigenkapital im Gesamtabchluss 2016 vollständig aufgezehrt ist (es entsteht ein nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag auf der Aktivseite der Bilanz). Lediglich die Sonderrücklage sowie der Ausgleichsposten für Anteile anderer Gesellschafter bleiben unter dem Eigenkapital bestehen und fließen in die Berechnung der Kennzahl mit ein.

Eigenkapitalquote 2 (EkQ2)

Die Kennzahl „Eigenkapitalquote 2“ misst den Anteil des „wirtschaftlichen Eigenkapitals“ am gesamten bilanzierten Kapital (Gesamtkapital) auf der Passivseite der Gesamtbilanz. Weil die Sonderposten mit Eigenkapitalcharakter oft einen wesentlichen Ansatz in der Bilanz darstellen, wird die Wertgröße „Eigenkapital“ um diese „langfristigen“ Sonderposten erweitert.

Formel:

$$\text{Eigenkapitalquote 2} = \frac{(\text{Eigenkapital} + \text{SoPo Zuwendungen/Beiträge}) \times 100}{\text{Bilanzsumme}}$$

$$= 25,94 \% \text{ (Vj. 26,43 \%)}$$

Fehlbetragsquote (FbQ)

Diese Kennzahl gibt Auskunft über den durch einen Fehlbetrag in Anspruch genommenen Eigenkapitalanteil. Da Sonderrücklagen hier jedoch unberücksichtigt bleiben müssen, bezieht die Kennzahl ausschließlich die Ausgleichsrücklage und die allgemeine Rücklage ein. Zur Ermittlung der Quote wird das negative Jahresergebnis (Summe aus ordentlichem Ergebnis und außerordentlichem Ergebnis) ins Verhältnis zu diesen beiden Bilanzposten gesetzt. Da Ausgleichs- sowie allgemeine Rücklage aufgezehrt ist, ist die Berechnung der Kennzahl nicht möglich.

Formel:

$$\text{Fehlbetragsquote} = \frac{\text{Negatives Jahresergebnis} \times (-100)}{\text{Ausgleichsrücklage} + \text{Allgem. Rücklage}} = \text{n.n. (Vj. n.n.)}$$

b) Kennzahlen zur Vermögenslage**Infrastrukturquote (IsQ)**

Diese Kennzahl stellt ein Verhältnis zwischen dem Infrastrukturvermögen und dem Gesamtvermögen auf der Aktivseite der Bilanz her. Sie soll Aufschluss darüber geben, ob die Höhe des Infrastrukturvermögens den wirtschaftlichen Rahmenbedingungen der Gemeinde und ihrer vAB entspricht.

Formel:

$$\text{Infrastrukturquote} = \frac{\text{Infrastrukturvermögen} \times 100}{\text{Bilanzsumme}} = 44,58 \% \text{ (Vj. 44,78 \%)}$$

Abschreibungsintensität (Abl)

Die Abschreibungsintensität zeigt an, welchen Anteil die Abnutzung des Anlagevermögens an den ordentlichen Aufwendungen beansprucht.

Formel:

$$\text{Abschreibungsintensität} = \frac{\text{Bilanzielle Abschreibungen Anlagevermögen} \times 100}{\text{Ordentliche Aufwendungen}}$$

$$= 7,45 \% \text{ (Vj. 6,54 \%)}$$

Anlagendeckungsgrad 2 (AnD2)

Die Kennzahl „Anlagendeckungsgrad 2“ gibt an, wie viel v. H. des Anlagevermögens langfristig finanziert sind. Bei der Berechnung dieser Kennzahl werden dem Anlagevermögen die langfristigen Passivposten Eigenkapital, Sonderposten mit Eigenkapitalanteilen und langfristiges Fremdkapital gegenübergestellt.

Formel:

$$\begin{aligned} \text{Anlagendeckungsgrad 2} &= \frac{(\text{Eigenkapital} + \text{SoPo Zuwendungen} / \text{Beiträge} + \text{langfristiges Fremdkapital}) \times 100}{\text{Anlagevermögen}} \\ &= \mathbf{60,62 \%} \text{ (Vj. 55,43 \%)} \end{aligned}$$

Kurzfristige Verbindlichkeitsquote (KVbQ)

Wie hoch die Gesamtbilanz durch kurzfristiges Fremdkapital belastet wird, kann mit Hilfe der Kennzahl „Kurzfristige Verbindlichkeitsquote“ beurteilt werden.

Formel:

$$\begin{aligned} \text{Kurzfristige Verbindlichkeitsquote} &= \frac{\text{kurzfristige Verbindlichkeiten} \times 100}{\text{Bilanzsumme}} \\ &= \mathbf{25,73 \%} \text{ (Vj. 30,51 \%)} \end{aligned}$$

Zinslastquote (ZIQ)

Die Zinslastquote soll aufzeigen, welche Belastung aus Finanzaufwendungen zusätzlich zu den ordentlichen Aufwendungen aus laufender Verwaltungstätigkeit besteht.

Formel:

$$\begin{aligned} \text{Zinslastquote} &= \frac{\text{Finanzaufwendungen} \times 100}{\text{Ordentliche Aufwendungen}} = \mathbf{-2,21 \%} \text{ (Vj. -3,50 \%)} \end{aligned}$$

Zuwendungsquote (ZwQ)

Die Zuwendungsquote gibt einen Hinweis darauf, inwieweit die Gemeinde und ihre vAB von Zuwendungen und damit von Leistungen Dritter abhängig ist.

Formel:

$$\begin{aligned} \text{Zuwendungsquote} &= \frac{\text{Erträge aus Zuwendungen} \times 100}{\text{Ordentliche Erträge}} = \mathbf{21,66 \%} \text{ (Vj. 20,03 \%)} \end{aligned}$$

Personalintensität (PI)

Die „Personalintensität“ gibt an, welchen Anteil die Personalaufwendungen an den ordentlichen Aufwendungen ausmachen.

Formel:

$$\text{Personalintensität} = \frac{\text{Personalaufwendungen} \times 100}{\text{Ordentliche Aufwendungen}} = \mathbf{20,61 \%} \text{ (Vj. 18,94 \%)}$$

Sach- und Dienstleistungsintensität (SDI)

Die Kennzahl „Sach- und Dienstleistungsintensität“ lässt erkennen, in welchem Ausmaß sich die Gemeinde und ihre vAB für die Inanspruchnahme von Leistungen Dritter entschieden hat.

Formel:

$$\begin{aligned} \text{Sach- und Dienstleistungsintensität} &= \frac{\text{Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen} \times 100}{\text{Ordentliche Aufwendungen}} \\ &= \mathbf{45,38 \%} \text{ (Vj. 47,50 \%)} \end{aligned}$$

Anlage

Wesentliche Veränderungen und Entwicklungen der Beteiligungen in 2016 auf einen Blick

Beteiligung	Veränderungen und Entwicklungen
Stadtwerke Duisburg AG	Abschluss des Liquidationsverfahrens für die Kraftwerk Duisburg-Wanheim GmbH i.L., die Gesellschaft ist aus dem Handelsregister ausgetragen worden.
Duisburger Verkehrsgesellschaft AG	Veräußerung der Anteile an der Via Verkehrsgesellschaft mbH
Duisburger Hafen AG	Gründung der dev.log GmbH gemeinsam mit der Evonik Degussa GmbH mit jeweils 50 % der Anteile Veräußerung von 10 % der Anteile an der dpl Chemnitz GmbH Beteiligung an der Railport Terminal Isletmeleri A.S. mit 33 % Beteiligung an der Verpackungsgemeinschaft Dirmayr-dpl Weinzierl Verpackungen (ARGE Dirmayr)
Duisburg Kontor Hallenmanagement GmbH	Zum 01.01.2016 erfolgte die Umfirmierung von der Duisburg Marketing GmbH (DMG) zur Duisburg Kontor Hallenmanagement GmbH (DKH).
Duisburg Kontor GmbH	Zum 01.01.2016 erfolgte die Umfirmierung der Frische Kontor Duisburg GmbH zur Duisburg Kontor GmbH (DKH).